Auf dem Bild: Die Folgen des Anschlags auf den Berliner Abschiebeknast in einem besseren 1995

Der gescheiterte Anschlag auf den Berliner Abschiebeknast im April 1995 und die Folgen

7,50 DM
Feb. '99

Als das K.O.M.I.T.E.E. ein Osterei legte...

27.06.95... SoKo Osterei an BKA ZD 11:
„...Betr.: Antrag auf kriminaltechnische
Untersuchung... Inwieweit handelt es sich
hierbei um eine funktionsfähige Vorrich-
tung? Bzw. zu welchem Zweck könnte sie
dienen? Zündauslösevorrichtung? Inwieweit
bestehen Tatmittelgleichheiten zu den hier
zur Debatte stehenden Tatmitteln aus zu-
rückliegenden Ereignissen, besonders die
Blitzlichtbirne?"
03.07.95... BKA ZD 11 an LKA 512, SoKo
Osterei: „...Laut Asservatenaufkleber sollte
das Asservat aus 'Elektronikbauteilen' be-
stehen... Nach Inaugenscheinnahme der
übersandten Tatmittel war schnell erkenn-
bar, daß es sich um eine Attrappe handelt...
keine Elektronik, keine Blitzlichtbirne... kei-
nerlei Anhaltspunkte auf mögliche Tatmittel-
übereinstimmungen... die beantragten kri-
minaltechnischen (...) Untersuchungen soll-
ten zuständigkeitshalber in Berlin geführt
werden..."
10.07.95... SoKo Osterei an LKA 6212:
„...Betr.: Antrag auf daktyloskopische Spu-
rensuche... Während der o.a. Durchsuchung
wurde auf dem Dachboden die beigefügte
Konstruktion, die vom BKA als Attrappe
klassifiziert wurde, gefunden..."
07.08.95... LKA 6212 an SoKo Osterei:
„...Auswertung: Das Spurenmaterial ist un-
brauchbar."

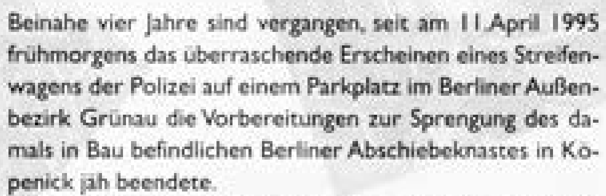
Impressum

Berlin
Frühjahr 1999
Selbstdruck im Eigenverlag

Hrsg. und V.i.S.d.P.:
Dr. Fischer
Kochstr.
10961 Berlin

Einleitung





Beinahe vier Jahre sind vergangen, seit am 11.April 1995 frühmorgens das überraschende Erscheinen eines Streifenwagens der Polizei auf einem Parkplatz im Berliner Außenbezirk Grünau die Vorbereitungen zur Sprengung des damals in Bau befindlichen Berliner Abschiebeknastes in Köpenick jäh beendete.
Die gescheiterte Aktion der militanten Gruppe "DAS K.O.M.I.T.E.E." löste eine Lawine von Ereignissen aus, die das Leben einiger Menschen vollkommen durcheinanderwirbelte.
Aber der Rauch setzt sich, der Lärm verklingt und der Alltag nimmt seinen Lauf - zuerst für die, die nicht betroffen sind von Durchsuchungen, Ermittlungsverfahren, Vorladungen, Beschlagnahmen, Fahndungen, und für die der ganze "Fall" nach ein paar Monaten in der täglichen Flut der schlechten Nachrichten untergegangen ist.
Nach und nach kehrt auch bei den Betroffenen Alltag ein, bei manchen mehr, bei anderen weniger, aber sicher haben sich alle schon einmal bei dem Gedanken ertappt: "was, fast vier Jahre ist das schon her?"
Beinahe vier Jahre für drei Menschen auf der Flucht vor dem gründlichen deutschen Fahndungsapparat.
Beinahe vier Jahre mit der Drohung für einige weitere, von einem Tag auf den anderen in Untersuchungshaft genommmen zu werden.
Beinahe vier Jahre der Beschäftigung mit dem Ermittlungsverfahren, der juristischen Spiegelfechterei, der Vorbereitung auf weitere Aktionen von Justiz und Polizei.
Beinahe vier Jahre der Auseinandersetzung mit polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Vorladungen angeblicher ZeugInnen und der Beugehaft-Drohung gegen Aussageunwillige.
Es ist höchste Zeit, einmal zusammenzufassen, was alles passiert ist seit diesem 11.April 95. Wir tun dies auf der Grundlage einer kleinen Foto-Ausstellung, die wir im Herbst 1996 für eine (übrigens ganz tolle) radikal-Soli-Party in Berlin zusammengestellt hatten.
Als Leitfaden dient uns in erster Linie nicht die Chronologie der Ereignisse, sondern mehrere **Themenkomplexe**, die wir hier darstellen wollen - wobei alle so umfangreich sind, daß sie kaum mehr als schlaglichtartig behandelt werden können:



Auf unsere einleitenden Texte folgen jeweils dokumentierte Passagen, teils ungekürzt (wenn ein direkter Bezug zum „K.O.M.I.T.E.E.-Komplex" bestand), teils in Zitaten. Es kann dabei auch inhaltliche Überschneidungen und Wiederholungen geben. Wo die Texte über eine bloße Auflistung von Ereignissen hinausgehen, stellen sie selbstverständlich nur eine oder auch einige von vielen möglichen Meinungen dar. An manchen Punkten haben wir versucht, auch entgegengesetzte Positionen bzw. die Auseinandersetzungen darum zu dokumentieren. Die Menge der irgendwie vom K.O.M.I.T.E.E.-Verfahren Betroffenen ist groß und sehr durchmischt, und es ist unmöglich, allen gerecht zu werden in der Darstellung der Ereignisse und Diskussionen. Sicher gibt es einiges zu ergänzen...
Am Ende findet ihr Hinweise auf weitere lesenswerte Veröffentlichungen.

Chronologie

Zur Auffrischung der Erinnerung hier erst einmal die Chronologie der Ereignisse:

Am 11.4.95 entdeckte ein Streifenwagen frühmorgens in Grünau (Berlin-Köpenick) auf einem Parkplatz an der Rabindranath-Tagore-Str. zwei verdächtige Fahrzeuge, die offenbar verlassen waren. Es handelte sich um einen Pkw und einen Lieferwagen. In den beiden Fahrzeugen fanden die Bullen nach eigenen Angaben folgende Dinge: Eine einsatzbereite selbstgebaute Bombe mit 120kg Sprengstoff; Warnschilder, in denen 'DAS K.O.M.I.T.E.E.' die Sprengung der nahegelegenen Knast-Baustelle ankündigte; persönliche Papiere, darunter Ausweise; Autokennzeichen. Aufgrund dieser gefundenen Sachen wurde die Fahndung nach vier Personen eingeleitet: Bernhard H., Thomas W., Peter K. und dessen Schwester. Peters Schwester, der der gefundene Pkw gehörte, stellte sich kurz danach in Begleitung ihrer Anwältin. Sie wurde freigelassen, einige Wochen später verhaftet und dann nach einem Haftprüfungstermin wieder freigelassen. Die anderen drei Gesuchten sind seit dem elften April untergetaucht.
Der zu dieser Zeit in Berlin stattfindende Autonomie-Kongreß der Linksradikalen solidarisierte sich mit der versuchten Aktion ebenso wie mit den Gesuchten und stellte seine Abschluß-Demonstration unter das Motto 'Terroristen sind die, die Abschiebeknäste bauen, und nicht die, die sie sprengen'.
Beim polizeilichen Staatsschutz wurde die Sonderkommmission 'SoKo Osterei' eingerichtet, die in den Tagen nach dem 11.4. verschiedene Aktivitäten entwickelte. Neben den Durchsuchungen von Meldeadressen und vermuteten Aufenthaltsorten der direkt Beschuldigten erschienen Staatsschützer auch bei deren Eltern und bei vermeintlichen FreundInnen zu Befragungen. Ein Hof in Neutrebbin (Brandenburg), wo zwei der Beschuldigten zeitweise gelebt hatten, wurde zweimal gründlich durchsucht. Zwei Privatfahrzeuge wurden vorübergehend beschlagnahmt. Bei der Autovermietung 'Autos und Weine' in Berlin wurden die Mietunterlagen für das Jahr 1994 beschlagnahmt, da der gefundene Ford Transit, der dieser Vermietung gehörte, angeblich keine Einbruchspuren aufgewiesen habe.

Am 13.6.95 wurden im Zuge der Razzia gegen angebliche MacherInnen der Zeitschrift 'Radikal' auch Wohnungen durchsucht, die die 'SoKo Osterei' im KOMITEE-Verfahren auf der Liste hatte. Die Durchsuchungsbeschlüsse richteten sich im wesentlichen gegen drei Personen, denen die Bundesanwaltschaft (BAW) eine Verwicklung in die Aktivitäten des KOMITEE anhängen wollte und will, ohne sie vorerst direkt der Mitgliedschaft oder Unterstützung zu beschuldigen. Bei einer der Durchsuchungen bestand außerdem angeblich der (absurde) Verdacht, ein Gesuchter könne sich im Haus versteckt halten. Diese Begründung mußte auch herhalten für die Durchsuchung eines Hofes in einem Ort in Mecklenburg-Vorpommern.

Am 20.6.95 drangen die Bullen bei den Nachbarn des oben erwähnten Hofes in Neutrebbin ein und begründeten dies mit angeblicher persönlicher Nähe der dort Wohnenden zu den Gesuchten.

Im Sommer 95 gab es bereits die ersten polizeilichen Vorladungen zu Zeugenaussagen aufgrund einzelner Funde bei den Durchsuchungen. Sie verliefen jedoch im Sande, wegen Fernbleibens der Vorgeladenen und/oder Nebensächlichkeit der Funde.

Am 20.7.95 erschien in der Interim ein kurzer Brief eines der drei Untergetauchten.

Am 6.9.95 veröffentlichte die Gruppe 'DAS K.O.M.I.T.E.E.' eine Erklärung, in der sie sich zu der mißglückten Aktion vom 11.4.95 bekannte, ihre Beweggründe und Ziele erklärte, Selbstkritik übte und sich als Konsequenz daraus für aufgelöst erklärte. Diese Erklärung wurde (gekürzt) in den Tageszeitungen *junge Welt* und *tageszeitung*, außerdem in linksradikalen Zeitschriften abgedruckt. Am 29.9.95 durchsuchte der Staatsschutz die Redaktionsräume der Tageszeitungen, um an das Original der Erklärung zu kommen. Diese Aktion wurde am 24.11.95 vom Bundesgerichtshof abgesegnet.

Im November 95 versuchte die BAW, die Eltern der Gesuchten einem Gen-Test zu unterziehen. Sie hoffte, dabei Indizien dafür zu finden, daß die Zigarettenkippen, die vom LKA in den beiden in Grünau gefundenen Autos aufgesammelt worden waren, von den Beschuldigten geraucht worden waren. Ein Elternpaar unterzog sich dem Test. Über das Ergebnis ist nichts bekannt.

Im Januar 96 startete die SoKo Osterei ihre erste Vorladungs-Offensive: Über 20 Personen wurden als angebliche ZeugInnen zum Staatsschutz am Tempelhofer Damm vorgeladen. Soweit bekannt, kam diesen Ladungen niemand nach.

Am 25.4.96 versuchte dann die Bundesanwältin Fischer ihr Glück und lud einige ausgewählte Personen zum Tempelhofer Damm vor. Dieser staatsanwaltschaftlichen Ladung folgten drei Personen. Eine davon beantwortete einige Fragen (siehe dazu ausführlicher das Kapitel "Das Imperium schlägt zurück"). Die beiden anderen beriefen sich auf ein Zeugnisverweigerungsrecht gemäß §55 StPO (Gefahr der Selbstbelastung). Die BAW belegte sie daraufhin mit einem Ordnungsgeld, gegen das sie Widerspruch einlegten.
In knapper Hörweite der Staatsschutz-Räume im dritten

Kluge Antwort

Als eine Sternschnuppe verglühte, lachte die Öllampe und sagte:
„Soviel Aufwand und solch ein Ende!"
Die Nacht erwiderte:
„Spotte du nur, solange dein Öl reicht!"

(Rabindranath Tagore)

Stock des Polizeipräsidiums fanden sich rund 150 Leute zu einer Kundgebung aussageunwilliger Menschen zusammen, was auch der BAW nicht verborgen blieb.

Anfang 97 war es schließlich soweit, daß der zuständige Richter am Bundesgerichtshof über den Widerspruch gegen das Ordnungsgeld entschied. In einem Fall folgte er der Argumentation des Rechtsanwaltes und entschied, daß der Geladene von der BAW faktisch als Beschuldigter und nicht als Zeuge behandelt worden sei, was zur Folge hatte, daß er nun auch formal ins Ermittlungsverfahren wegen §129a etc. aufgenommen wurde und als Beschuldigter Aussageverweigerungsrecht hatte. Nebenaspekt des Widerspruchsverfahrens war, daß die BAW gezwungen war, erstmals Einsicht in einzelne Teile der Ermittlungsakten zu gewähren.
Im zweiten Fall wurde der Widerspruch abgewiesen.

Im Juni 97 wurde folgerichtig die zweite Betroffene erneut von der BAW vorgeladen. Sie verweigerte wiederum die Aussage. Die BAW verhängte daraufhin ein Ordnungsgeld (das bezahlt wurde) und vier Monate Beugehaft, gegen die erfolglos Widerspruch eingelegt wurde.

Ende Oktober 97 erschien die aussageunwillige "Zeugin" zum Haftantritt im Frauenknast Plötzensee, wo sie bis Ende Februar 98 inhaftiert wurde.



DIE GESUCHTEN: Aus der Hausbesetzer-Szene





Berliner Zeitung 12.4.95

„Steckt die RAF dahinter, Herr Senator?"

■ Interview mit Innensenator Dieter Heckelmann

Sprengstoff im Kofferraum: Attentäter wollten Gefängnis in die Luft jagen

Frankfurter Rundschau 12.4.95

Rätsel um geplanten Anschlag

Attentäter wurden wohl gestört / 120 Kilogramm Sprengstoff gefunden

Bombenanschlag auf Haftanstalt vereitelt

BERLIN/KARLSRUHE, 12. April (ap). Ein Sprengstoffanschlag auf ein leeres Abschiebegefängnis in Berlin ist von einer Polizeistreife vereitelt worden ...

In Berlin aufgespürt: Autobombe mit insgesamt 120 Pfund Sprengstoff

12.4.95

■ Offenbar sollte Gefängnis-Neubau gesprengt werden

Mopo 13./14.4.95

Erste Festnahme wegen Sprengstoffanschlags

TSP 24.6.95

Generalbundesanwalt ermittelt wegen verhinderten Anschlags

■ Tätergruppe bereits im Land Brandenburg aktiv

... auf einem Parkplatz an der Rabindranath-Tagore-Straße in Grünau zwei verdächtige Autos entdeckt. Sie waren kurz zuvor offenbar fluchtartig verlassen worden ...

16./17.9.1995

Auto-Bombe: Das sind die vier Gesuchten

■ Anschlag-Versuch durch Kreuzberger Szene?

Von Walter Scharfenecker, P. Goldstein, G. Schupelius und Nikolas Rechenberg

Die drei Männer und die Frau, die von der Polizei wegen des versuchten Sprengstoffanschlags auf die im Bau befindliche Abschiebehaft in der Grünauer Straße (Köpenick) gesucht werden, gehören der Kreuzberger Szene an. Sie sind wahrscheinlich mit einem orange farbenen Ford-Kastenwagen unterwegs. Bei den Sicherheitsbehörden herrschte aber gestern abend das große Schweigen.

Noch nie sind aber bislang in Berlin der Polizei solche Mengen an Sprengstoff – 120 Pfund – für ein geplantes Attentat in die Hände gefallen. Nicht auszuschließen, daß wie bei dem Attentat in Weiterstadt ... 27. März auch hier die ... Spiel hatte.

Verdächtige – Offenbar unschuldig

■ Das K.O.M.I.T.E.E. scheitert

In die Aktion verrannt

Der Termin war wohlkalkuliert: Der Sprengstoff ... den Abschiebeknast Grünau, wenige Tage ... mie-Kongresses im April, hätte ... tung vorgegeben und die ... terns zeigt, daß ...

jW 9.2.

Akteneinsicht erst nach Auslieferung

Anwältinnen der angeblichen K.O.M.I.T.E.E.-Mitglieder rügen Behinderung der Verteidigung



Gasflaschen mit Schaltuhr



Solche Propangas-Flaschen enthielten die Sprengladung

Gen-Test der Eltern soll Sohn überführen

FALL I

■ Verfahren erstmals bei Ermittlungen angewandt

Von Nikolas Rechenberg

Erstmalig wird zur Feststellung von Tatverdächtigen auch das Erbmaterial der Eltern zu einer Gen-Analyse herangezogen. Die Generalbundesanwaltschaft erhofft sich ...

Untersuchungen seien noch nicht abgeschlossen. Die beiden anderen Eltern machten von ihrem Recht auf Untersuchungs- und Zeugnisverweigerung Gebrauch, das ihnen als Eltern rechtlich zugesichert ist.

Sollte es sich bei dem Sohn der Eltern, die sich zur Untersuchung bereit erklärt haben, um einen Nichttrescher handeln, wären allerdings weder belastende noch entlastende Ergebnisse zu erwarten.



Märkische Oderzeitung Dienstag, 18. April 1995

Polizeigroßeinsatz in Neutrebbin

Ein Gehöft im Neunziger Winkel wird durchsucht

... Anschlag auf Haftanstalt?

Bundesanwaltschaft gegen »K.O.M.I.T.E.E.«: Der Stand der Dinge

Innen zu begehen. Ohne Übertreibung läßt sich feststellen, daß die BRD heute für die Türkei die gleiche Bedeutung hat, wie die USA ehemals für Vietnam und Mittelamerika.«

Die Aktion vom 11.4.95 galt offensichtlich dem Gebäude des ehemaligen Polizeigefängnisses in Köpenick-Grünau, das bereits seit einiger Zeit zum zentralen Berliner Abschiebeknast umgebaut wurde. Der Knast war zum damaligen Zeitpunkt nicht belegt, sondern eine Baustelle, es ist also falsch, wenn der Eindruck erweckt wird, es seien Menschen gefährdet worden. Dieses Bauprojekt war bis dahin öffentlich kaum bekannt. Wir haben mittlerweile ein paar Informationen darüber gefunden.

Die Berliner Senatsverwaltung für Inneres legte am 25.10.1994 dem Senat einen Bericht vor über die Situation im Abschiebegewahrsam. Darin wurde der Umbau des früheren Frauengefängnisses der Polizei zum neuen zentralen Berliner Abschiebeknast detailliert vorgeschlagen. Der Senat von Berlin stimmte dem Vorschlag noch am selben Tage zu. In dem Bericht heißt es: »Wegen der Zunahme der Abschiebungen nach Änderung des Asylverfahrensgesetzes (1992: 1331 Fälle; 1993: 3175 Fälle; 1994 bis einschließlich August: [illegible] Fälle); des anstehenden Problems der Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen; der Notwendigkeit, auf grundsätzlich ungeeignete Zellentrakte der Polizei (...) zurückgreifen zu müssen; und der permanenten Überschreitung der bestehenden Kapazitäten mit der Folge, zur Abschiebung festgenommene Ausländer wieder entlassen zu müssen, verfolgte der Senat (...) das Ziel, eine deutliche Erhöhung der Abschiebegewahrsams-Kapazitäten (der Gewahrsam Kruppstraße verfügt über 176 Plätze) zu erreichen.« Der Senat will dabei mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen:

Seitdem das Asylrecht nahezu abgeschafft wurde, nimmt die Zahl der Abschiebungen jährlich zu. 1994 wurden von Berliner Behörden täglich rund zehn Abschiebungen durchgeführt. Das soll offenbar noch gesteigert werden, und dafür wird Raum benötigt. Der Knast in Grünau wird über ca. 350 Plätze verfügen.

Durch die Zentralisierung des Abschiebeknastes wird die ganze Prozedur rationalisiert und damit verbilligt. Immerhin soll der Umbau des Knastes in Grünau mindestens 24 Mio. DM kosten, die jährlichen Personalkosten werden mit ca. 20 Mio. DM veranschlagt.

Ein zentraler Knast in der Nähe des Flughafens Schönefeld vereinfacht auch die Durchführung der Abschiebungen an sich.

Schließlich werden die üblichen angeblichen Verbesserungen der Haftbedingungen angeführt. Wir kennen das aus den letzten zwanzig Jahren zur Genüge. Auch die Hochsicherheitstrakte und der Behandlungs- und Wohngruppenvollzug wurden bei ihrer Einführung als »Verbesserung« der Haftbedingungen öffentlich gepriesen, obwohl es letztlich darum ging, die Leute im Knast noch besser überwachen, kontrollieren und terrorisieren zu können. Das wird deutlich, wenn der Bericht des Innensenats sagt: »Auch auf Grund der Erkenntnisse aus den Vorkommnissen und Ereignissen im Gewahrsam Kruppstraße im Sommer 1994 können bei dem genannten Umbau in Köpenick (...) die nachstehenden neuen konzeptionellen Unterbringungsmaßstäbe gesetzt werden:

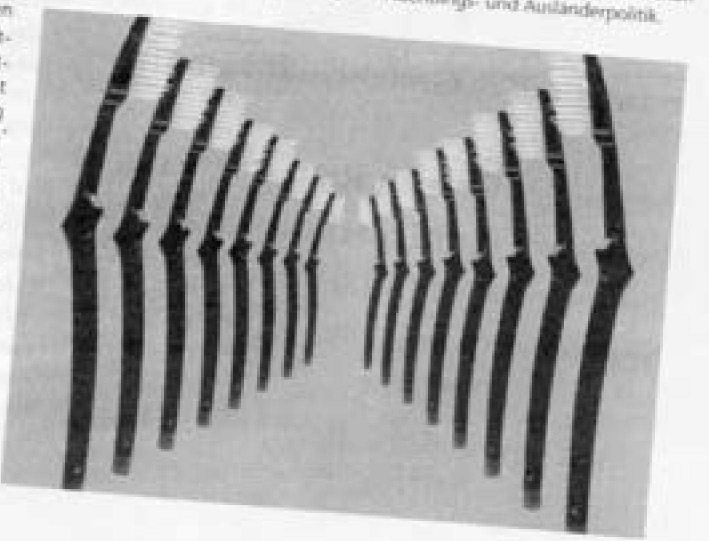
a) Es werden überschaubare Unterbringungstrakte mit einer Höchstbelegung von 24 Abschiebungshäftlingen geschaffen (...). Die niedrige Belegung je Zellentrakt (...) verbunden mit einem komplettierten Sicherungssystem ermöglicht eine flexible Unterbringungskonzeption (...).«

Mit den »Vorkommnissen und Ereignissen« von 1994 sind die Versuche der damals in der Kruppstraße eingeknasteten MigrantInnen gemeint, sich gegen ihre menschenunwürdige Behandlung zu wehren.

Im Frühjahr 1995 bemühten sich die deutschen Innenministerien, die letzte große Hürde zu beseitigen, die zahlreiche Flüchtlinge bisher noch vor Abschiebungen schützt. Es geht darum, das Verbot, Flüchtlinge in Krisenregionen abzuschieben, auszuhebeln. Dazu gehört die Aufhebung des Abschiebestops für Kurden und Kurdinnen sowie die im oben zitierten Bericht angekündigte »Rückführung« von Bürgerkriegsflüchtlingen vor allem aus Bosnien/Ex-Jugoslawien. Dazu gehört auch die Verstärkung des Terrors der Berliner Behörden gegen vietnamesische Frauen und Männer, die als VertragsarbeiterInnen in die DDR gekommen waren und deren massenhafte Abschiebung vorbereitet wird.

Die ab Frühjahr 1995 beabsichtigte verstärkte Abschiebung von Menschen aus Kurdistan in die Türkei ist ein weiterer Baustein in der deutschen Unterstützungspolitik für den türkischen Krieg in Kurdistan, die das K.O.M.I.T.E.E. in seiner Erklärung vom Oktober 1994 angegriffen hatte.

Der neue Abschiebeknast in Grünau ist dabei, genau wie die grenznahen Sammellager des Bundesgrenzschutzes, steingewordenes Symbol und gleichzeitig notwendiger Bestandteil der rassistischen deutschen Flüchtlings- und Ausländerpolitik.





Die Mühen der öffentlichen Ebenen

Seit längerem schon fragen manche sich und andere, warum es von Seiten der Betroffenen kaum öffentliche Stellungnahmen zu all dem gibt.
Dieser Text ist eine Stellungnahme von Betroffenen – wir sind dies durch unsere persönliche Verbundenheit mit den Beschuldigten, durch Razzien, oder dadurch, daß wir von den Sicherheitsbehörden irgendwie mit den Verfolgten in Verbindung gebracht werden.
Der 11.4.95 war ein krasser Einschnitt in das Leben der Beschuldigten. Doch auch viele Frauen und Männer drumherum hat der Schock ziemlich getroffen. Viele Alltäglichkeiten gerieten durcheinander, und in der ersten Phase, wo es außer der allmächtig erscheinenden Repressionsdrohung kaum etwas zu geben schien, schon gar keine genauen Informationen, dauerte jeder Schritt und jede Klärung dreimal so lange als sonst. Auch jetzt ist die Situation offen: Wird es noch mehr Beschuldigte geben? Wird die BAW das Konzept der Geiselhaft gegen Leute durchziehen? Wird es weitere Durchsuchungen geben? In den ersten Wochen stand für uns an erster Stelle die Notwendigkeit, das eigene Leben geregelt zu kriegen und Vorbereitungen zu treffen für das, was evtl. noch kommen könnte. Einige Leute hat das viel Kraft gekostet, obwohl es eigentlich weitgehend »nur« um Dinge des Alltags ging, die durch den BAW-Terror durcheinandergekommen waren.
Es darf dabei auch nicht vergessen werden, daß es ein erheblicher Unterschied ist, ob Leute im Knast sitzen oder auf der Flucht sind. Die Menschen, die in vergleichbaren Situationen, wie z.B. im Fall Kaindl, gearbeitet haben, werden sicher dieselbe Erfahrung gemacht haben: Die Repressionsdrohung wird unkalkulierbarer, und das Beobachtungs- und Verfolgungsinteresse der Bullen gegen das vermutete Umfeld der Untergetauchten ist groß. Es gibt plötzlich sehr viele Eventualitäten,

und Ungenauigkeiten im bisherigen Zusammenleben rächen sich. Bei allem, was veröffentlicht wird, und sei es eine banale politische Stellungnahme oder eine Chronologie, muß noch einmal doppelt so genau darauf geachtet werden, was es für Folgen hat oder haben könnte. Jede Veröffentlichung könnte die Gesamtsituation stärker festlegen und die Entscheidungsmöglichkeiten für die Verfolgten einengen.

Ein weiterer Grund ist, daß wir lange brauchten, um einigermaßen Klarheit darüber zu bekommen, wie ein öffentlicher Umgang mit der ganzen Sache aussehen könnte; wozu wir etwas sagen können oder wollen und wozu nicht. Ein bißchen haben wir dabei auch darauf gewartet, daß es eine Stellungnahme der Beschuldigten selbst gibt. Wir müssen aber insgesamt selbstkritisch feststellen: Trotz dieser Probleme hätten wir schneller öffentlich reagieren können, wenn wir uns mehr dahintergeklemmt hätten.

Es scheint so, als ob manche (oder viele?) um uns herum eine abwartende Haltung haben und erst mal sehen wollen, was für eine Stellungnahme kommt, bevor sie eine eigene Position beziehen oder gar aktiv etwas zu der Sache machen. Wir finden das teilweise richtig, nämlich soweit es das Verhalten zu den direkt Betroffenen und Spekulationen drumherum betrifft. Politisch hätte aber durchaus auch von anderen mehr passieren können – zumindest von denen, die die politische Stoßrichtung der gescheiterten Aktion gut finden und/oder denen die aktuelle Repressionswelle nicht egal ist.

Letztlich haben wir durch unsere Trägheit im öffentlichen Verhalten dazu beigetragen, daß eine eher defensive Stimmung entstanden ist. Es entstehen Gerüchte und Spekulationen, weil manche den Eindruck haben, es werde aus irgendwelchen Gründen gemauert und Heimlichtuerei betrieben.

Wir können hier nicht versprechen, daß jetzt alles ganz anders wird – dazu reichen weder unsere Kräfte noch scheint die aktuelle politische Situation das zu tragen. Wir werden uns aber bemühen, gerade im Zusammenhang mit dem, was zur 13.6.-Razzia und den Verhaftungen läuft, präsent zu sein.

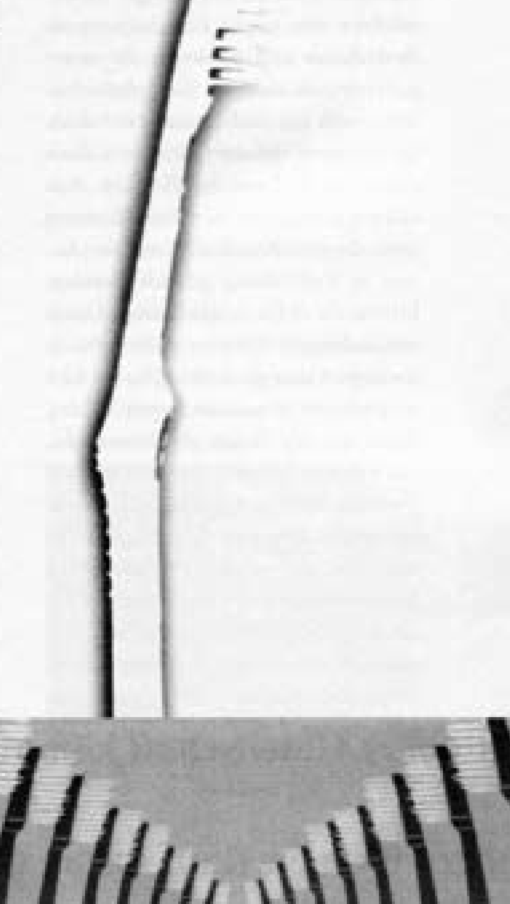
Es gibt noch einen dritten Grund, der eine öffentliche Stellungnahme sehr erschwert und teilweise ganz verhindert hat, und das ist die prekäre Lage der vierten Beschuldigten, die zeitweise von der BAW eingeknastet worden war. Ihr persönliches Bedürfnis war und ist, es solle möglichst wenig öffentlicher (auch szene-öffentlicher) Wirbel insbesondere um ihre Person gemacht werden. Sie möchte weder von irgendwem politisch vereinnahmt noch in irgendeinen Tratsch hineingezogen werden. Wir hatten dieses Bedürfnis zu respektieren, wobei wir der Meinung sind, es wäre besser gewesen, diese Situation so auch öffentlich zu benennen.

Wir wollen auch noch kurz was sagen zu Spekulationen und dem Text des S.O.L.I.K.O.M.I.T.E.E.s. Die Kritik am zu zaghaften Umgang mit der Situation haben wir bereits angenommen. Neben guten Gründen für die Zurückhaltung gab es eben wirklich auch schlechte. Den Umgang der »Interim« fanden wir aber insofern korrekt, als die Interim-Leute sicher nicht oder kaum einschätzen konnten, inwieweit sie durch eine Veröffentlichung an der Spekulations-Schraube mitdrehen und welche Interessen dadurch verletzt werden.

Wir finden es aber auch wichtig, Gerüchten entgegenzutreten, in Grünau sei irgendwie Verrat am Werk gewesen oder das alles sei von den Bullen inszeniert. Es gibt dafür keinerlei Indizien. Im Gegenteil, der bisherige Verlauf des Verfahrens (das anfängliche Durcheinander bei den Bullen, die magere Beweislage u.a.) bringt uns zu dem Schluß, daß die Polizeistreife in Grünau zufällig und unvorbereitet auf die zwei Autos gestoßen ist.

Eine »Manöver«-Kritik an dem, was in Grünau passiert ist, finden wir allerdings zum jetzigen Zeitpunkt sehr schwierig. Wir gehen davon aus, daß diejenigen, die dort waren, ihre Fehler kennen und sich damit auseinandersetzen. Wir als Außenstehende können wenig dazu sagen. Vielen, die die bisherigen Veröffentlichungen gelesen haben, werden bestimmte Fragen auch zu Details haben. Solange aber niemand dasteht und sich dazu bekennt, in der fraglichen Nacht in Grünau gewesen zu sein, werden solche Spekulationen immer auf die Beschuldigten zurückfallen und von der BAW ausgenutzt werden.

Eine öffentliche kritische Auseinandersetzung sollte unserer Meinung nach anderswo ansetzen, nämlich im politischen Bereich. Das kann sowohl bedeuten, Fragen an die militanten Kleingruppen zu stellen: wie genau geht ihr mit eurer Verantwortung um (Beispiel AIZ), wie entstehen eure politischen Analysen, usw.; als auch: welchen politischen Rahmen haben militante Aktionen zur Zeit überhaupt, welche Perspektive gehört dazu?



Zähne zeigt, wer's Maul aufmacht!

S.O.L.I.K.O.M.I.T.E.E., Juni/Juli 1995

An die Interim-Redaktion, die den Text "K.O.M.I.T.E.E., RADIKAL, AIZ. Zur Situation in Berlin seit dem 11. April 95:" (Nr. 337) fast um die Hälfte zensiert hat.

Ehrlich gesagt, waren wir baff erstaunt, unseren Text so verkürzt abgedruckt zu finden. Ihr begründet eure Zensur damit, (wie wir in unserem Text selber einräumen) dass eine Einschätzung der geplatzten Aktion gegen den Abschiebeknast Grünau, allein auf Presse- und Bulleninformationen gestützt, sich auf schwammigem Boden bewege. Ihr bezeichnet eine solche Einschätzung als Spekulation und erklärt sie für unangebracht, da sich die Gesuchten bislang nicht zur Sache geäussert haben. Wir können uns dem nicht so einfach anschliessen. Trotz der Tatsache, dass es kein Papier von den drei Männern gibt, die von den Bullen mit der Aktion in Verbindung gebracht werden, hielten wir es für möglich einige Dinge einzuschätzen. Gründe dafür gibt es mehrere: Ganz grundsätzlich sind Einschätzungen in unseren Augen legitim, wenn aus den Texten klar hervorgeht, auf welchen Infostand sie sich stützen. Unseren Infostand haben wir durchaus präzise dargelegt. Ausserdem scheinen wir ein anderes Verhältnis zu Presseinformationen zu haben, als ihr, da diese für uns nicht immer von vorneherein erstunken und erlogen sind, also eine legitime Grundlage einer Einschätzung sein kann. Es ist in der Linken durchaus nicht üblich, dass sich Gruppen und von Repression Betroffene zu allen Aktionen erklärend äussern, mit denen sie in Zusammenhang gebracht werden. Deshalb gehen wir nicht wie ihr davon aus, dass wir nur eine angemessene Zeit abwarten müssen, bis entsprechende Leute sich melden und Infos aus erster Hand kommen.

In unserem Fall wurde der angemessene Zeitraum auch schon abgewartet. Der 11.April liegt jetzt so gut wie drei Monate zurück und wenn es in den Augen der Betroffenen eine dringende Notwendigkeit gegeben hätte, sich sofort zu den Infos, die in der Presse veröffentlicht wurden, zu äussern wäre das sicherlich kurz geschehen. Wir warten also nicht mehr darauf, dass sie sich melden und sagen, die Informationen bezüglich Autofund und belastendem Inhalt der Autos seien von den Pigs frei erfunden.

Oftmals erlaubt die eigene Situation den Gruppen und von Repression Betroffenen auch gar nicht, allzuviel klarzustellen, ohne dass den Bullen nicht auch was klar wird. Trotzdem sind immer wieder linke Aktionen von solidarischen Männern und Frauen eingeschätzt, beurteilt und kritisiert worden. Gerade was die Aktionsdurchführung anbelangte, oftmals nur aufgrund von Presseinformationen, die über die Bullen kamen. Für den Fall, dass da einer Gruppe zu Unrecht Fehler und Nachlässigkeit unterstellt wurden, hätte sie sich jederzeit zu Wort melden und das von sich aus richtigstellen können. Das gleiche gilt für die Gesuchten, bzw. für das K.O.M.I.T.E.E..



Ihr bezeichnet unsere zensierten Seiten als Spekulation. Wir beziehen uns darin auf Spekulationen, die wir von verschiedensten Ecken hören, zum Beispiel, dass das ganze eine von Spitzeln unterwanderte Angelegenheit sein müsse. Wir begegnen dieser Vermutung mit einigen Überlegungen. Da in unseren Kreisen sowieso über die Aktion und über die Zeitungsmeldungen geredet und nachgedacht wird, finden wir es falsch, dies nicht auch öffentlich zu tun, solange dabei gewährleistet bleibt, dass keiner Person geschadet wird. Letzters ist in unserem Text nicht der Fall. Unter Umständen bekommen die Gesuchten überhaupt erst durch solch einen Text mit, was zu der ganzen Sache gedacht wird und werden so auf die Notwendigkeit sich einzumischen, aufmerksam gemacht. Alles in allem fanden wir eure Zensur eine recht ängstliche Angelegenheit und hoffen, dass das nicht in Zukunft so weitergehandhabt wird, wenn es Texte von Aussenstehenden in dieser Sache gibt.

Veröffentlicht bitte diese Kritik zusammen mit dem unzensierten Text. Ganz grundsätzlich sehen wir Zensur nur in einem tatsächlich schadensvermeidenden Zusammenhang gerechtfertigt. Wo in unserem Text irgendeine Schädigung einer Person zu vermuten gewesen wäre, müsstet ihr uns ausführlicher darlegen, als ihr es getan habt.

S.O.L.I.K.O.M.I.T.E.E.
Berlin, 2. Juli, 1995

Zur Situation in Berlin seit dem 11. April 95:

(...)

Zur verhinderten Aktion gegen den Abschiebeknast in Berlin-Grünau:

Als Informationsquellen standen uns ein Artikel der Tagespresse und lediglich zwei (!) Flugblätter von betroffener Seite zur Verfügung. Es gibt keine Erklärung einer Gruppe, die sich zu den Vorbereitungen des Anschlags bekennt. Unser Versuch, eine Einschätzung der Sache fast ausschliesslich auf der Grundlage von Presseinformationen abzugeben, bewegt sich deshalb zwangsläufig auf schwammigem Boden.

Wir zweifeln die Informationen, dass es sich bei der Knastsprengung um den im Umbau befindlichen zukünftigen Abschiebeknast Grünau handeln sollte, nicht an. Auch den blöden Zufall, durch den die Bullen auf die beiden Fahrzeuge aufmerksam geworden sind, halten wir für realistisch. Wären die Menschen, die die Aktion vorbereitet haben schon länger observiert worden, dann wäre davon auszugehen, dass sich die Bullen mit ihrem vermeintlichen Observationsgeschick gebrüstet hätten und nicht stattdessen in der Presse lancieren, es hätte sich um einen ganz normalen Streifenwagen gehandelt, der auf beide Fahrzeuge aufmerksam geworden sei.

Ausserdem hätte es bei der Observation der Vorbereitung des Anschlages oder bei Beteiligung eines Spitzels ein anderes Ergebnis geben müssen, als dass irgendwo zwei Autos verhaftet werden. Nicht zuletzt läge es in der Verantwortung der beteiligten Leute, sich zu äussern, wenn etwas an der Geschichte schräg gewesen sein sollte, konkret, wenn sie durch einen Spitzel aufgeflogen wären. Wir gehen also davon aus, dass die Pressemitteilungen diesbezüglich richtig waren, die Leute vor der Aktion zufällig überrascht wurden und irgendwie noch da wegkommen konnten. Wer auch immer es war, wir finden es total schade, dass der Knast nicht hochgegangen ist!!!

Zu dem Zeitpunkt, als die Aktion stattfinden sollte, waren die Medien voll mit Artikeln zu Asyl, Abschiebungen, Abschiebehaft,... Aktuell stand der Abschluss eines Abschiebeabkommens mit Vietnam bevor. Debattiert wurde über massenhafte Abschiebung von Kriegsflüchtlingen, Deserteuren, Kriegsdienstverweigerern aus Ex-Jugoslawien. Der Abschiebestop für kurdische Flüchtlinge wurde gerade aufgehoben. Auf der anderen Seite war, gemessen an den heutigen Verhältnissen, selbst die Linke vergleichsweise aktiv:

- Aktionen und Kampagnen von Bündnissen gegen Abschiebung,
- Aktionen und Flugblätter von Frauengruppen für ein vom Ehemann unabhängiges Aufenthaltsrecht für Flüchtlingsfrauen,
- breite Proteste gegen die bevorstehenden Abschiebungen von KurdInnen,
- Aufrufe von Kirchen, Flüchtlinge zu verstecken,
- Aktionswochen in Bremen,
- Demos vor den Abschiebeknästen in Glasmoor und Herne, Aktionstage gegen die Eröffnung eines Abschiebeknastes in Offenbach, Vorbereitungen für eine bundesweite Demo zum Knast in Büren,

...

- Weiter gab es militante Aktionen beispielsweise gegen rassistische Schreibtischtäter in Hamburg und in Frankfurt, wo zentrale Kommunikationsleitungen des Flugplatz durchgesägt wurden, um die täglichen Abschiebungen zu behindern.

In dieser Situation wäre die gelungene Sprengung eines Abschiebeknastes bestimmt von vielen begeistert aufgenommen worden. Nicht zuletzt von denen, die in diesem Land mit Abschiebung bedroht werden.

Doch leider kam alles anders.

Wären die Menschen, die die Aktion geplant hatten, einfach nur überrascht worden, hätte das Ergebnis nicht sein müssen, dass heute drei Männer und eine Frau mit der Aktion in Verbindung gebracht werden! Offensichtlich wurden bei der Vorbereitung der Aktion Fehler gemacht:

- In einem Fahrzeug wurden Ausweispapiere von zwei Männern sowie ein Fahrzeugschein einer dritten Person gefunden. Was die da zu suchen hatten ist uns schleierhaft!
- Laut Presse hatte der eine Wagen (Ford Transit) gestohlene Kennzeichen. Der andere Wagen (VW Passat) war mit seinen Originalkennzeichen ausgestattet und auf die Frau zugelassen, die jetzt im Knast sitzt. Es ist für uns nicht ersichtlich, wozu es nötig ist, ein illegalisiertes Auto neben ein legales zu stellen. Da wir nicht wissen, in welchem Auto die Papiere gefunden wurden (in der jW liest es sich, als hätten sie im legalen Auto gelegen), ist alles weitere Spekulation.
- Leider wurden ja laut Berliner Zeitung vom 12.4. für den Transit geklaute Mercedes-Benz-Kennzeichen verwendet. Dies sei der Bullenstreife bei der Überprüfung der abgeparkten Fahrzeuge als erstes aufgefallen (Tagesspiegel vom 12.4.). Geklaute Transit-Kennzeichen wären cooler gewesen, vielleicht wäre dann nichts weiter passiert, es sei denn, die Autotüren haben tatsächlich offengestanden...
- einen der grösseren Fehler und schlichtweg unverständlich finden wir die Tatsache, dass auf dem Warnzettel angeblich mit einem Gruppennamen (Komitee) unterschrieben wurde, der schon einmal bei einer anderen Aktion verwendet wurde. Mit so etwas zu einem Zeitpunkt rumzulaufen, wo man doch vor Ort und während der Aktion noch abgegriffen werden kann, ist einfach doof!! Bekennen kann man sich noch in den nächsten Tagen, wenn alle cool und sicher wieder zu Hause angekommen sind.

Soweit so schlecht!

Aber wir haben nochmehr zu meckern. Uns ist aufgefallen, dass es so gut wie keine Öffentlichkeitsarbeit zu der ganzen Geschichte gibt.



Woran liegt das?
In der Welt vom 15.6. war zu lesen, dass die verhaftete Frau wieder freigelassen worden sei. Keine andere Zeitung bestätigte dies, so dass uns unklar ist, ob die Info stimmt. Von seiten der Bullen kein Wort, weder zu den Gründen, die zur Verhaftung führten, noch zur eventuellen Freilassung.
Wir haben das Gefühl, dass der Bundesanwaltschaft alle Zeit und aller Raum gelassen werden, ihre Konstruktionen und Schweinereien durchzuziehen. Es scheint widerspruchslos hingenommmen zu werden, dass das, was mensch Öffentlichkeit nennt, einseitig von der BAW gefüttert wird! Wozu soll das gut sein ???
Alle Erfahrungen zeigen, dass die BAW sich an keinerlei Spielregeln hält und verfolgt und verknackt, wen und wie sie lustig ist, wenn nicht massiver öffentlicher Druck sie zwingt, wenigstens den Schein von Rechtsstaat zu wahren. Wer Repression und Schnüffelei einfach über sich ergehen lässt, liefert sich selber aus.

Fazit

Die jetzige Zeit ist nur so gespickt von politischen Unklarheiten, Zweifeln und einer Tendenz, die bisherige politische Identität an den Nagel zu hängen. Es gibt nur sehr wenige Initiativen, die sich mit grundlegenden Fragen nach dem wie weiter auseinandersetzen und praktische Anstösse liefern, die über Hauptsache es passiert was hinausgehen. Eingebettet sein in Bewegung ist längst vorbei und eine neue Bewegung wird auch nicht so einfach mit der richtigen Aktion oder der richtigen Theorie zu erzwingen sein. Heute können stundenlang Strassen abgesperrt werden, Hausdurchsuchungen stattfinden, und kein Mensch kreuzt auf, pöbelt die Bullen an, schlägt Alarm. Das dem so ist, wissen die Bullen natürlich auch und solche Zeiten sind für sie die besten, um viel Schaden durch Repressalien anzurichten. Kein Zufall bestimmt, dass Aktion Wasserschlag, wie die 50 Durchsuchungen vom 13.6. in einem Flugblatt in der Interim tituliert wurden, jetzt stattfindet. Da wird alles auf den Tisch gepackt, was es an Vereinen noch so gibt, als Einschüchterungsversuch gegen die restliche Linke, ganz offen von Kanther so benannt. Wie erfolgreich die Gegenseite damit wird, hängt letztendlich davon ab, ob wir zu mehr in der Lage sind als zu Hause vorsorglich unsere Bude zu cleanen und darauf eingestellt zu sein, dass sie auch bei uns durchsuchen kommen.
In diesem Zusammenhang fanden wir es spitzenmässig, dass einer der Firmen, die am Knastumbau in Grünau verdient, schon zum zweiten Mal ihre Autos abgefackelt wurden!!
Wir fordern alle auf sich praktisch solidarisch zu verhalten:
Sammelt und spendet Geld für Bernhard, Thomas und Peter auf der Flucht und für anfallende Anwaltskosten in Sachen radikal und Komitee. Besprüht und beklebt und transparentet die Stadt mit Parolen zu den kriminalisierten Vereinen!
Überlegt euch Soliaktionen!
Und am allerwichtigsten: macht weiter an den Dingen, die euch wichtig sind!
Lasst euch durch den Misserfolg nicht abschrecken, praktisch zu intervenieren und es besser zu machen!
Grüsse an K.O.M.I.T.E.E., K:O:L:L:E:K:T:I:V, RADIKAL und die AIZ (letztere trotz allerschwerster inhaltlicher und praktischer Differenzen)
Viele Grüsse und Power für Bernhard, Thomas und Peter! Lasst euch nicht erwischen!
Für Werner und die drei weiteren Männer, die am 13.6. festgenommen wurden: Power durch die Mauern!
Liebe Grüsse an alle gefangenen und gesuchten GenossInnen und alle, die hier aus höchst zweifelhaften Gründen verfolgt und eingeknastet werden!
LEBT UND LEST RADIKAL!
Berlin, 18.6.95



Deutschland ist Kriegspartei in Kurdistan

Erste Erklärung des K.O.M.I.T.E.E.'s, Oktober 1994

Am 27.10.94 haben wir ein Gebäude des Verteidigungskreiskommandos 852 der Bundeswehr in Bad Freienwalde, Kreis Märkisch Oderland, mit einem Brandsatz zerstört.

DEUTSCHLAND IST KRIEGSPARTEI IM VÖLKERMORD IN KURDISTAN - MILITÄRISCH, ÖKONOMISCH, POLITISCH

"Die Türkei war in der Vergangenheit auf Grund ihrer exponierten Lage an der Südostflanke der NATO ein Eckpfeiler auch unserer Sicherheit. Heute und für die Zukunft nimmt ihre Bedeutung angesichts der Entwicklung im Süden der früheren Sowjetunion sowie in den Ländern des Nahen und Mittleren Osten weiter zu. Eine demokratische und in sich gefestigte Türkei kann und muß eine stabilisierende Rolle für das Verhältnis dieser Region zu Europa einnehmen. (...) Diese Rüstungshilfe (...) erfolgte in der Kontinuität auch der früheren Bundesregierungen und vor allem auch im Interesse der Atlantischen Allianz." (Helmut Kohl während der Bundestagsdebatte vom 02.04.94, bei der das kurzfristige Rüstungsembargo gegen die Türkei im Mittelpunkt stand). Diese Aussage belegt deutlich das Interesse der BRD an einer stabilen Türkei und begründet das deutsche Engagement im Krieg in Kurdistan. Der Türkei wurde die Rolle der regionalen Ordnungsmacht zuerteilt, nachdem es ihr gelungen ist, sich auf internationaler Ebene als der einzig verläßliche Partner in der Region zu profilieren. So hob Außenminister Kinkel bei einem im Januar 1994, im Anschluß an den NATO-Gipfel in Brüssel stattgefundenen trilateralen Außenministertreffen zwischen BRD-GB-TR in Ankara, die "strategische Bedeutung" der Türkei in Europas neuer Sicherheitsstruktur an der Nahtstelle zu Asien hervor (taz,21.01.94).



Ex-NVA-Schützenpanzer im Kriegseinsatz in Kurdistan/Türkei

Konkret darauf gemünzt einerseits als Bollwerk gegen den Vormarsch islamisch fundamentalistischer Gruppen aus Nahost zu dienen, andererseits eine erneute Machtausweitung Rußlands auf die neuen Republiken im Kaukasus und Asien zu verhindern. Letztere Funktion kommt der Türkei auch von sich aus sehr gelegen: Die sog. Turk-Staaten (Aserbeidschan, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Turkmenien) werden von der Türkei als "natürliche" Einflußzonen und "Bruder-Staaten mit einen gemeinsamen historischen Erbe und kulturellen Verbindungen" gesehen. Ein erster Schritt diesen hegemonialen Anspruch in der Region zu verwirklichen, stellt der am 19.10.94 in Istanbul mit den Turk-Republiken unterzeichnete Vertrag für die "künftige Intensivierung der politischen und kulturellen Beziehungen" dar.
Es ist die geopolitische Lage der Türkei, die jeden Tag zahlreichen KurdInnen das Leben kostet. Diese Funktion, die die Türkei in der Region ausübt, ist der Grund dafür, warum der Genozid an dem kurdischen Volk mit Billigung und Unterstützung der westlichen Staaten vollzogen werden kann, ohne daß dies ernsthafte Konsequenzen nach sich zieht. Es sind diese übergeordneten Interessen, die vor allem Vorrang haben.
Deutschland ist die bedeutenste Säule, auf die sich das Regime in Ankara stützen kann: Die 3000 Mann umfasssende Anti-Terror-Einheit "Schwarze Käfer", die für ihre Killermentalität berüchtigt ist, wurde von der GSG 9 ausgebildet. Jedes Jahr gibt es türkische "Schüler" an der Führungsakademie der Bundeswehr und verschiedener Polizeihochschulen. Die Türkei ist seit Jahren der größte Abnehmer des inzwischen zweitgrößten Rüstungsexporteurs der Welt, der BRD. Die Rüstungsexporthilfen der BRD an die Türkei von 1964-94 beliefen sich auf 6,3 Milliarden DM. Der besondere Wert der offiziell als "NATO-Verteidigungshilfe" deklarierten Lieferung, im Umfang einer kompletten Armee, liegt in ihrer Abgabe zum Nulltarif. In dieser Summe sind noch nicht die Kosten für verbilligte Kredite bei Waffeneinkäufen (Hermes-Bürgschaften) und von "regulären" türkischen Rüstungskäufen enthalten. Die "NATO- Verteidigungshilfe", die der Türkei aufgrund eines NATO-Beschlusses seit 1964 kontinuierlich eingeräumt wird, läuft nun allerdings Ende 1994 endgültig aus. Über das Hilfsabkommen für die Jahre 1992 bis 1994 im Umfang von je 68 Millionen DM aus dem

Etat des Auswärtigen Amtes hatte Bonn der Türkei auch noch eine zusätzliche Materialhilfe im Umfang von 1,5 Milliarden DM gewährt. Dabei handelte es sich um die kostenlose Abgabe von Waffen der ehemaligen NVA der DDR. Konkrete Waffengeschenke an die Türkei seit 1989 machen die Dimension der Transaktion deutlich. Nur einige Beispiele: 30 Kampfflugzeuge Phantom, 170 Kampfpanzer Leopard 1, 300 Schützenpanzer BTR-6OPB (Ex-NVA), 537 Schützenpanzer M-113, 1000 Luft-Luft-Raketen, 5000 Panzerfäuste RPG-7 (Ex-NVA) mit 200000 Granaten, über 300000 Maschinenpistolen Kalaschnikow (EX-NVA) , 175000 Gasmasken, ... Neben der Waffenhilfe an die Türkei im Rahmen der NATO will die Bundesregierung auch ein umfangreiches privates Geschäft absichern: In einer Mitteilung an den Bundestag berichtet das Bundesfinanzministerium über Verhandlungen des türkischen Verteidigungsministeriums mit deutschen Firmen. Dabei gehe es um die "Lieferung von 115 Sattelzugmaschinen für Panzertransporte", sowie um 10 Mehrzweckhubschrauber. Bonn wolle das Geschäft mit 120,7 Millionen DM verbürgen. Im Verhandlungsstadium mit der Türkei befänden sich derzeit Lieferungen mit einem Gesamtauftragswert von 1,8 Milliarden DM (Neues Deutschland, 21.09.94). Daß das NATO-Programm 1995 ausläuft, bedeutet keineswegs ein Ende der Waffenlieferungen. Im Gegenteil, "private" Geschäfte von deutschen Rüstungsmultis, die auch leichter der Öffentlichkeit vorenthalten werden können, allen voran Siemens, die zum Daimler-Benz-Konzern gehörenden Firmen AEG, Dornier, MBB, MTU und andere, gehen weiter. Dornier lieferte Stinger-Luftabwehrsysteme, die DASA setzte die gelieferten Phantom-Kampfflugzeuge instand. Die Leopard-I-Panzer wurden von Kraus-Maffei speziell für die Türkei umgerüstet. Deutsche Granaten aus deutschen Leopard-I-Panzern wurden nach der Zerstörung der kurdischen Stadt Sirnak Mitte August 1992 eben dort gefunden. An einem BTR-60 Schützenpanzer (Ex-NVA) wurde der Kurde Mesut Dünder in Lice zu Tode geschleift. Die ca. 40000 "Dorfschützer", Lakaien im Dienste der türkischen "Sicherheitskräfte", sind größtenteils mit G3 Gewehren der Firma Heckler & Koch ausgerüstet. Die über 300000 Kalaschnikow Maschinenpistolen fanden ihre Abnehmer vor allem bei der Geheimpolizei und den teilweise under cover in Kurdentracht operierenden Spezialeinheit "Özel-Teams", die mit Kopfprämien bezahlt werden.

Lange Zeit wurde der Einsatz deutscher Waffen gegen die kurdische Guerilla und die Zivilbevölkerung vom Auswärtigen Amt geleugnet, später, als das nach vorgelegten Beweisen nicht mehr möglich war, als nicht vertragsgemäß gerügt. Die Beweise für diese Einsätze führten im Frühjahr zu einem kurzzeitigen Waffenembargo. Dabei handelte es sich in Wirklichkeit nur um ein Scheingefecht. Nach §13 des 1991 in Rom beschlossenen NATO-Konzeptes kann die Sicherheit eines Landes auch durch Terror und Sabotageakte gefährdet werden, was den Einsatz der Waffen auch in innerstaatlichen Konflikten zuläßt. Aus dem NATO-Konzept: "Die Sicherung des Bündnisses muß jedoch auch den globalen Kontext berücksichtigen. Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken berührt werden (...), der Unterbrechung lebenswichtiger Ressourcen sowie von Terror und Sabotageakten".

Damit begründet die türkische Regierung ihre Militäreinsätze in Türkei-Kurdistan. Der Einsatz deutscher Waffen würde "nur im Kampf gegen Terroristen" erfolgen, was mit NATO-Richtlinien vereinbar sei. Für diese Argumentation hat auch die Bundesregierung "vollstes Verständnis" (Außenamtssprecher Hans Schumacher).Während seines Türkei-Besuches im Juli 1993 erklärte der Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, nach Gesprächen mit dem türkischen Generalstabschef Dogan Güres und Verteidigungsminister Nevzat Ayaz, der Einsatz deutscher Waffen in Kurdistan sei "angesichts der Umstände als völlig legitim" anzusehen.

Erst die deutsche Waffenhilfe in Größenordnung einer Armeeausrüstung befähigt die türkische Armee dazu, das kurdische Volk zu massakrieren: 1500 Dörfer wurden in den vergangenen 2 Jahren entvölkert und zerstört, 4 Millionen KurdInnen sind auf der Flucht. Im August 1994 wird bekannt, daß kurdische Flüchtlinge in Konzentrationslager gepfercht, gefoltert und auch ermordet werden. Ohne die politische, ökonomische und militärische Unterstützung der BRD wäre die Türkei nicht in der Lage, den Völkermord an den KurdInnen zu begehen. Ohne Übertreibung läßt sich feststellen, daß die BRD heute für die Türkei die gleiche Bedeutung hat, wie die USA ehemals für Vietnam und Mittelamerika.

Im September begann die neueste und gegenwärtig noch am laufen befindliche Zerstörungsaktion der türkischen Armee. Allein in den letzten 4 Wochen wurden 30 Dörfer in der Provinz Dersim entvölkert und zerstört. Die Wälder der Region um Dersim werden seit August bis heute kontinuierlich durch



Luftangriffe in Brand gesetzt.

Wie die Zeitung "Özgür Ülke" von einem höheren türkischen Militär erfuhr, lautet der militärische Befehlscode für das Verbrennen von Dörfern innerhalb der türkischen Streitkräfte "Aktion Rom" - unter Bezug auf die Zerstörung Roms durch Kaiser Nero. Wie beteiligte Soldaten wiederum der Zeitung berichteten, sind die bisherigen Zerstörungen nur der Auftakt für die Vernichtung von weiteren 150 Dör-

fern und Siedlungen der Region.

DIE BRD ALS VERLÄNGERTER ARM DER AUFSTANDSBEKÄMPFUNG IN WESTEUROPA!

oder "Man läßt Freunde gerade auch in schwierigen Situationen nicht im Stich!" (Klaus Kinkel)

Die Hetze gegen die in der BRD lebenden Kurdinnen und Kurden hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Mit der seit Jahren betriebenen Kriminalisierung von KurdInnen, ihrer Verfolgung, Verhaftung und Abschiebung, mit Prozeßen gegen angebliche PKK-Mitglieder nach §129a im Düsseldorfer PKK-Prozeß 1986 und schließlich



im Herbst 1993 durch das PKK-Verbot und dem Verbot von 42 kurdischen Vereinen, hat die BRD in Europa die zweite Front im Krieg gegen den kurdischen Befreiungskampf eröffnet. Die BRD hat in der EU die Führung und auch die Vorreiterrolle in der Zerschlagung der kurdischen Organisationen übernommen (nach Deutschland wurde auch in anderen EU-Staaten, z.B. in Frankreich, Vereinsverbote erlassen). Damit hat sich die BRD auch auf ihrem Territorium zum verläßlichsten Partner der türkischen Militärs und dem von ihr abhängigen politischen System erwiesen. Im September 1993, während des Staatsbesuchs der türkischen Ministerpräsidentin Tansu Çiller in Bonn, wurde bereits definitiv das Verbot der PKK zugesagt. So waren die bewaffneten Aktionen der PKK in der BRD nur wenige Wochen später zwar der Anlaß, nicht aber der eigentliche Grund des Verbotes. Damit hat die Bundesregierung die türkische Formulierung vom "Kampf gegen den Terrorismus" bis zur letzten Konsequenz übernommen. "Danke Helmut" hieß es dann in der türkischen Tagespresse nach dem PKK-Verbot. Am 19.07.1994 ist der türkische Generalstabschef Dogan Güres, hauptverantwortlicher Koordinator für den Krieg gegen die KurdInnen, zu einem viertägigen Aufenthalt von Bundeswehr-Generalinspekteur Klaus Naumann mit militärischen Ehren im Verteidigungsministerium auf der Hardthöhe empfangen worden. Nach Angaben des Ministeriums sollen Gespräche mit ranghohen Offizieren stattgefunden haben, sowie Besuche bei verschiedenen Dienststellen der Bundeswehr.

Ende Juli 1994 verkündete Güres in der türkischen Tageszeitung "Hürriyet" denn auch, daß mit den Regierungen der europäischen Staaten die "erforderlichen Kontakte" geknüpft worden seien, damit der PKK Einhalt geboten werden könne. Zudem sei er nach Gesprächen mit Bundesverteidigungsminister Volker Rühe "zuversichtlich", daß die Straftäter aus Reihen der PKK an die Türkei ausgeliefert würden.

Seit dem Verbot der PKK und der mit ihr in Verbindung gebrachten kurdischen Kulturvereine werden alle von KurdInnen geplanten Versammlungen und Demonstrationen gegen die Verbote, wie auch Proteste gegen das Vorgehen der türkischen "Sicherheitskräfte" in Kurdistan massiv kriminalisiert, trotzdem durchgeführte Aktionen werden brutal auseinandergeprügelt.

Staatlich gelenkte und von den Medien begierig aufgeriffene Hetze gegen die KurdInnen in der BRD führen zur gewollten Pogromstimmung. Vorläufiger Höhepunkt dieser Hetze war die Ermordung von Halim Dener durch Bullen beim Plakatieren in Hannover. Für KurdInnen in der BRD sind Grundrechte der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit faktisch und umfassend außer Kraft gesetzt. Der praktisch verordnete Notstand gegen eine gesellschaftliche Gruppe birgt in sich auch die Warnung an alle anderen oppositionellen Kräfte in der BRD, mit ihnen ebenso verfahren zu können. Den in der letzten Zeit verhafteten KurdInnen, die an Protestaktionen teilgenommen haben und die sich z.Z. im Hungerstreik befinden, wird mit der Ausweisung bzw. mit der Ablehnung ihrer Asylanträge gedroht. "Es kann nicht sein, daß ausländische Gewalttäter ihr Gastrecht mißbrauchen und Deutschland zum Schauplatz eines Bürgerkrieges machen", so der einhellige Tenor deutscher Politiker zu den Straßenblockaden. Die Abschiebung von KurdInnen in die Türkei kann für sie, gerade wenn sie mit dem kurdischen Befreiungskampf in Zusammenhang gebracht werden, Folter und Tod bedeuten.

Wir haben uns eine Einrichtung der Bundeswehr wegen deren Zusammenarbeit und aktiven Unterstützung der türkischen "Sicherheitskräfte", auch stellvertretend für die Innen- und Außenpolitik der BRD im Zusammenhang mit dem kurdischen Befreiungskampf, als Ziel gewählt. Gerade im Hinblick auf mögliche Kampfeinsätze der Bundeswehr im Rahmen der UNO oder WEU ist der deutschen Armee mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Während des Golfkrieges waren Ende 1990 schon einmal deutsche Soldaten in Nordkurdistan stationiert. Es ist nicht auszuschließen, daß es zukünftig wieder zu Bundeswehr-Einsätzen im Zusammenhang mit NATO-Verpflichtungen auch in Kurdistan kommen wird. Die deutsche Außenpolitik hat sich das Instrumentarium zum direkten militärischen Eingreifen geschaffen und wird davon auch Gebrauch machen. Dieser Entwicklung gilt es sich entgegenzustellen.

Sofortige Beendigung der militärischen, ökonomischen und politischen Zusammenarbeit mit der Türkei! Boykottiert den Tourismus in die Türkei!

Aufhebung der Verbote von Parteien und Vereinen!

Bleiberecht für alle Flüchtlinge!

Solidarität mit den kurdischen politischen Gefangenen in den BRD-Knästen, die sich seit dem 10.08.94 im Hungerstreik befinden!

Unterstützt den kurdischen Befreiungskampf!

DAS K.O.M.I.T.E.E.

Knapp daneben ist auch vorbei

Zweite Erklärung des K.O.M.I.T.E.E.'s, September 1995

Nach dem Scheitern des Angriffs auf den im Bau befindlichen Abschiebeknast Berlin-Grünau am Morgen des 11.04.95 war es keineswegs sicher, ob wir uns jemals wieder zu Wort melden würden. Vieles sprach dagegen, angesichts mehrerer konkret Beschuldigter und völliger Unklarheit darüber, ob die BAW noch weitere Personen hineinziehen würde. Es erschien uns ratsam, uns mit einer Darstellung der Ereignisse zurückzuhalten, zumal wir nicht wußten, wie sich die Betroffenen in der Situation verhalten wollten. Wir haben jetzt entschieden, daß mit einer Veröffentlichung nicht länger gewartet werden kann, da das Schweigen um die Aktion durch uns gebrochen werden muß, um den politischen Flurschaden so weit wie möglich zu begrenzen. Wir werden auf eine genaue Erklärung dessen, was an diesem Abend passiert ist, aber verzichten und es den Betroffenen überlassen, sich dazu zu äußern, wenn sie es wollen. Wir denken nicht, daß jede und jeder alle Details kennen muß, um sich mit der Aktion und unserer Politik auseinanderzusetzen und sich zu den Beschuldigten solidarisch zu verhalten.

In diesem Text geht es darum, die schwerwiegenden Fehler, die uns unterlaufen sind zu benennen und selbstkritisch zu reflektieren, gerade auch damit andere daraus lernen können. Durch diese Fehler wurden Unbeteiligte mit unseren Aktionen in Zusammenhang gebracht.

Weiter ziehen wir Konsequenzen aus unserem Scheitern: wir werden unser Projekt "das K.O.M.I.T.E.E." beenden. Diesen Schritt auch öffentlich bekanntzugeben, leitet sich für uns aus der Bestimmung unseres Projektes und unserer Verantwortung gegenüber linksradikaler Politik ab.

Zu Beginn des Textes erklären wir unseren Schritt, warum wir das Projekt, mit der Ausrichtung auf militante Angriffe, gestartet haben und resümieren unsere bisherige Politik.

Zu unserem Projekt das K.O.M.I.T.E.E.

Seit Ende der 80iger und noch verstärkt in den 90iger Jahren war und ist eine radikale Linke zu beobachten, deren politische Stärke und gesellschaftlicher Einfluß von Jahr zu Jahr mehr verloren ging und deren inhaltliche wie praktische Entwicklung sich immmer mehr von radikalen Positionen entfernt hat. Solange es eine gemeinsame Stärke gab, auch auf militanter Ebene, hielten wir es nicht für unbedingt nötig, als Militante immer wieder unter dem selben Namen in Erscheinung zu treten.

Als der kontinuierliche Diskussionsfaden durch die zu beobachtende Rükkzugsbewegung der Linken abgerissen war und gemeinsam erarbeitete Handlungsgrundlagen sich aufzulösen begannen, kamen wir zu dem Schluß, daß es nötig ist, sich als Gruppe in den Kontext einer kontinuierlichen und öffentlich nachvollziehbaren Politik zu stellen.

Wir sind davon ausgegangen, daß Beiträge und Interventionen von Gruppppen, deren Name für eine bestimmte Praxis und politische Ausrichtung steht, von der Öffentlichkeit und der Linken mit einer größeren Aufmerksamkeit gelesen, verfolgt und diskutiert werden als Veröffentlichungen von Gruppen ohne erkennbare Kontinuität. So hofften wir im Laufe der Zeit auf die Entwicklung der linken Scene einen positiven Einfluß zu haben und Orientierungspunkte zu setzen.

Wir waren uns darüber im Klaren, daß eine solche Ausrichtung hohe Verantwortung und Genauigkeit erfordert. Fehleinschätzungen der politischen Lage, Ungenauigkeiten in der politischen Diskussion oder das Reproduzieren von überholten und falschen Politikansätzen usw. wären nicht nur auf uns, sondern dadurch, daß wir auch Orientierung bieten wollten, evtl. auch auf die Linke im Allgemeinen zurückgefallen.

Warum militante Politik

Angesichts des Diskussionsstandes der rad. Linken, ihrem häufigen Schweigen und Nichtverhalten, bedarf es einer Erklärung, warum wir uns in diesen bewegungsarmen Zeiten für militante Politik entschieden haben. Es ist heute ja oft das Argument zu hören, nach dem Niedergang der linksradikalen Bewegung hätte einfaches "Weitermachen" keinen Sinn mehr, wobei geflissentlich unterschlagen wird, daß revolutionäre Politik hier in den letzten Jahrzehnten gesellschaftlich immer nur eine Randposition innehatte und nie eine realistische Strategie zum Umsturz der Verhältnisse vorweisen konnte.

Konsequente militante Praxis könnte einer der Hebel sein, den Kreislauf der Linken von Glaubwürdigkeitsverlust nach außen und Mutlosigkeit und Anpassung nach innen zu durchbrechen. Radikale Kritik an der bestehenden Praxis von Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung, die nicht alle Mittel von Widerstand sucht, nutzt und erfindet, muß früher oder später den Glauben an sich selbst verlieren. Um bei unserem Beispiel zu bleiben: eine Linke, die zu recht behauptet, der Bau und Betrieb von Abschiebeknästen sei ein Verbrechen, aber nicht alle Möglichkeiten, den Bau zu verhindern, ernsthaft in Betracht zieht, schafft sich ihre Perspektivlosigkeit auch ein gutes Stück weit selbst, sie hat ihre Niederlage schon im eigenen Kopf erlitten. Unsere Methode, wäre sie erfolgreich gewesen, wäre gewiß nicht die einzige gewesen und vielleicht nicht mal die beste, aber allemal eine bessere als die Klage über die Aussichtslosigkeit linker Politik in einer sich nach rechts bewegenden Gesellschaft.

Wir denken, daß die Linke keine weitergehende Perspektive aus dem Gefühl der Hilflosigkeit und des Verlustes ihrer Handlungsmöglichkeiten ziehen wird, aber sie könnte Kraft daraus schöpfen, auch mal in schlechteren Zeiten der ständigen Schere zwischen Denken und Handeln getrotzt zu haben. Wir wollten mit unserem Namen und unserer Praxis Propaganda machen für die Möglichkeiten des direkten Eingreifens und Angreifens, die allen offenstehen, die sich mit Ungerechtigkeit und Unterdrückung nicht abfinden wollen.

Auch wenn wir nicht sagen, daß im heutigen gesellschaftlichen Kontext militante Politik der einzig richtige Weg ist, sind wir der Meinung, daß es ein Fehler wäre, sämtliche Praxis auf Eis zu legen, solange wir auf der Suche nach der richtigen Strategie sind. Wir denken, daß eine Weiterentwicklung nur im Rahmen eines praktischen Prozesses von Reflektion und Tat stattfinden kann. Learning by doing. Und wenn irgendwann mal die Bedingungen günstiger sein werden, grundsätzliche Kritik am System gesellschaftlich breiter zu verankern, wird es verdammt wichtig sein, auf eine Geschichte verweisen zu können, wo wir auch in Zeiten von allgemeiner Anpassung an den Mainstream grundsätzliche Positionen nicht aufgegeben haben.

Nicht zuletzt hat radikale Politik für uns natürlich auch einen moralischen Aspekt: selbst wenn wir die endgültige Lösung auch nicht vorweisen können, wollen wir uns nicht damit abfinden, einfach nur zuzusehen und uns unser Plätzchen im Trockenen zu sichern.

Unsere Praxis

Inhaltlich wollten wir uns nicht auf ein bestimmtes Thema beschränken. Wir hatten an Aktionen überlegt zu verschiedenen Bereichen wie faschistische Organisierung, Faschisierung der Gesellschaft, sexistischer Rollback, Abbau des sozialen Netzes.

Als vorläufigen Schwerpunkt unserer Arbeit haben wir uns auf den Befreiungskampf des kurdischen Volkes bezogen. Wichtig war uns dabei, uns als deutsche linke Gruppierung dazu zu verhalten. Wir empfanden das weitgehende Nichtverhalten der radikalen Linken hier als eine Bankrotterklärung. Vielerseits mußte als Begründung dafür die zum Teil berechtigte Kritik an der Politik der PKK herhalten. Kritik an der PKK stellt für uns aber keine Rechtfertigung für unsolidarisches Verhalten dar. In der Verstrickung des BRD-Staates, der wichtigster Kriegspartner der Türkei im Völkermord an den KurdInnen ist, sahen und sehen wir die besondere Verantwortung der deutschen Linken, ihre eigene Lethargie zu durchbrechen und sich den Bestrebungen der BRD offensiv entgegenzustellen.

Deutschland ist Kriegspartei im Völkermord in Kurdistan - militärisch, ökonomisch, politisch - und weiter verläßlichster Partner der türkischen Militärs: als verlängerter Arm der Aufstandsbekämpfung gegen den kurdischen Widerstand in Europa.

Daran hat sich nichts verändert.

Mit einer Reihe von Angriffen auf mitverantwortliche Institutionen der BRD am Krieg in Kurdistan wollten wir das Thema in der Linken pushen.

Der erste Schlag: Bundeswehr in Bad Freienwalde

Als erstes Objekt unserer Kampagne haben wir am 27.10.94 ein Gebäude des Verteidigungskreiskommandos 852 der Bundeswehr in Bad Freienwalde, Kreis Märkisch Oderland, mit einem Brandsatz zerstört. Damals schrieben wir dazu:

"Wir haben uns eine Einrichtung der Bundeswehr wegen deren Zusammenarbeit und aktiven Unterstützung der türkischen "Sicherheitskräfte", auch stellvertretend für die Innen- und Aussenpolitik der BRD im Zusammenhang mit dem kurdischen Befreiungskampf, als Ziel gewählt."

In unserer Erklärung haben wir ausführlich die Zusammenarbeit des BRD-Staates mit dem Regime in der Türkei dargelegt. An dieser Stelle soll der Verweis darauf genügen. Des weiteren ha-

ben wir die Kriminalisierung der KurdInnen in der BRD als ein wesentliches Element dieser Kooperation benannt.
Potentiell hätte unser Angriff auch ein Auslöser dafür sein können, daß die Bundeswehr mehr in den Mittelpunkt des Interesses rückt. Die Entwicklung der deutschen Außenpolitik war wahrlich nicht schwer vorherzusehen. Spätestens nach dem Beginn des ersten deutschen Kampfeinsatzes seit Kriegsende auf dem Balkan muß der deutschen Armee mehr Interesse entgegengebracht werden.
Insgesamt gesehen war unser erster Angriff eine symbolische Aktion, die aber im Kontext der Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf und im Rahmen der Hetzkampagne gegen die PKK große Aufmerksamkeit durch die Presse erfuhr. Damit war ein Ziel, uns als deutsche Linke mit dem kurdischen Befreiungskampf in Bezug zu setzen, breit in die Öffentlichkeit getragen.


Abschiebeknast Berlin-Köpenick, Grünauer Straße

Auf dem Weg zum zweiten Schlag

Der BRD-Staat wird seiner Aufgabe, den kurdischen Widerstand in der BRD gegen den Völkermord in Kurdistan zu brechen und mit Repressalien zu überziehen, weiterhin gerecht:
Massenabschiebungen sind ein Garant des "inneren Friedens" und Kern imperialistischer Flüchtlingspolitik!
Die zynische, alle paar Wochen wiederkehrende Debatte um die Aufhebung des Abschiebestopps für KurdInnen, anfänglich aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung noch auf sog. "Straftäter" beschränkt, die ihr "Gastrecht" in Deutschland mißbraucht hätten, wurde schnell als eine allgemeingültige, für alle anwendbare Angelegenheit betrachtet. Besonders hervorgetan bei der Durchsetzung dieser Linie haben sich die Minister Kanther (Bund), Beckstein (Bayern, Bunzlauerstr.23, 90473 Nürnberg), Eggert (Sachsen, mittlerweile abgesetzt) und Heckelmann (Berlin). Abschiebung in Elend, Folter und Tod als drohendes Damoklesschwert für die KurdInnen sollen hier die Friedhofsruhe erzwingen, die für die Umsetzung übergeordneter ökonomischer und hegemonialer Interessen des BRD-Staates nötig ist.
Neben den KurdInnen sind auch andere Flüchtlingsgruppen betroffen: So begannen Massenabschiebungen von Kriegsflüchtlingen und Deserteuren aus dem ehemaligen Jugoslawien. Das Deportationsabkommen mit Vietnam, "Rücknahme" der vietnamesischen Staatsangehörigen als Voraussetzung für wirtschaftliche Hilfen, stand vor dem Abschluß.
Abschiebungen größeren Stils müssen organisiert werden, dafür bedarf es ausreichender Kapazitäten in der Abschiebehaft, denn die wenigsten gehen freiwillig.
In Berlin wird zu diesem Zweck der ehemalige DDR-Frauenknast in Grünau umgebaut. Mit bis zu 400 Haftplätzen werden damit die Kapazitäten der Abschiebehaft in Berlin mehr als verdoppelt. Die Konzentrierung der gesamten Abschiebeprozedur und die günstige verkehrstechnische Anbindung an den Flughafen Schönefeld effektiviert und organisiert fließbandmäßig die Abschiebung und verbilligt den ganzen Ablauf enorm.
Dieser neue Abschiebeknast geriet als zweites Angriffsziel in unseren Blick.
Die Kapazitäten der bisherigen Abschiebehaft in der Kruppstr. und den Gefangenensammelstellen der Polizei in der Gothaer Str. und Beimlerstr. stießen längst an ihre Grenzen. Überbelegung und unhaltbare inhumane Zustände führten öfters zu Revolten und zu Protesten humanistischer Gruppen. Diese Proteste beschränkten sich in den meisten Fällen auf das Aufzeigen von Mißständen in der Abschiebehaft, prangerten aber nicht Abschiebehaft und Abschiebungen als solche an. Symptomatisch dafür ist die Forderung eines gewissen Albert Eckert, Fraktion Bündnis 90/Grüne, der im Oktober 94 meinte, es sollen nur noch AusländerInnen inhaftiert werden, deren Abschiebung unmittelbar bevorstünde.
Als "Zwischenlösung" für das Problem Überbelegung wurde der ehemalige US-Militärknast in der "McNair"-Kaserne in Steglitz mit 30 Abschiebehäftlingen belegt. Laut Pressemeldungen von Ende Juli 94 sollten auch auf dem Polizeistandort Gallwitzallee (Lankwitz) kurzfristig 80 neue Haftplätze entstehen, was daraus wurde, wissen wir nicht.
Um den öffentlichen Protesten in Zukunft zu begegnen, warb der Innensenat, wie es auch schon bei den High-Tech-Knästen Weiterstadt oder Plötzensee der Fall gewesen ist, mit den vielfältigen Vorzügen des neuen Knastes in Grünau: ausreichend Kapazitäten, Gemeinschaftseinrichtungen, kleine Vollzugseinheiten, Krankenstation, Sportanlagen, DolmetscherInnen und SozialarbeiterInnen, ja sogar für

mehr Platz für Hofgänge war gesorgt, damit "sich die Abschiebehäftlinge auch mal die Füße vertreten können" (Norbert Schmidt, Pressereferent der Senatsverwaltung für Inneres).
Abzuschiebende Flüchtlinge sollen sich noch mal so richtig wohl fühlen in deutschen Abschiebeknästen, bevor Deserteure aus Jugoslawien ihr Leben dem nationalistischen Wahn opfern sollen und KurdInnen in den Folterkellern des türkischen Geheimdienstes MIT verschwinden.
Letztlich stehen diese Maßnahmen aber nur für mehr Kontrolle und das Verhindern von Revolten und Ausbrüchen, sowie für die Rationalisierung des Abschiebeverfahrens. Zudem wird damit den Protesten gegen unhaltbare Zustände in der Abschiebehaft das Wasser abgegraben.
Es geht nicht um Humanisierung als Ziel. Es geht um die Abschaffung der Abschiebehaft als Schritt auf dem Weg zum generellen Aufenthaltsrecht für alle Flüchtlinge!
Als unseren Beitrag dazu war die Sprengung des Knastes in Grünau geplant. Ein Gelingen der Aktion hätte weit mehr als symbolischen Charakter gehabt. Es hätte einen effektiven Eingriff in die Umsetzung der Abschiebebeschlüsse bedeutet und den Ausbau der Maschinerie zumindest vorübergehend gestoppt.

Zur verhinderten Aktion in Grünau

Vieles davon, was in der Presse über die Geschehnisse vom 11.04. berichtet wurde, ist richtig. Das Auffinden der beiden Fahrzeuge auf dem Waldparkplatz an der Rabindranathstraße war tatsächlich auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen. Eines war gestohlen und enthielt die Sprengsätze und anderes Material für die Aktion, z.B. einen Zylinderschloßauszieher, den wir mitführten, um überraschenderweise doch verschlossene Türen öffnen zu können, während in dem anderen diverse Ausweispapiere und weitere persönliche Gegenstände waren. Eine durch den Wald schleichende Bullenstreife wurde auf die Autos aufmerksam und durchsuchte sie. Diese Konstellation zweier Fahrzeuge, die den Bullen die Fahndung nach vier Personen ermöglichte, war aber nicht das Ergebnis irgendeiner Planung, sondern Resultat einer Panne, in deren Folge wir relativ kopflos die Gefährdung Unbeteiligter aus den Augen verloren haben. Näheres dazu wollen wir nicht sagen, wir überlassen es den Gesuchten, die tatsächlichen Gründe, warum sie in die Fahndung geraten sind, offen zu machen, wenn sie das wollen.
Richtig ist, daß der Abschiebeknast gesprengt werden sollte.
In der Presse wurde behauptet, der Knast wäre bestens bewacht gewesen. Das stimmt so nicht. In einem Gebäude in einer Ecke des Geländes war eine Wache, die offensichtlich auch besetzt war. Streifengänge der Wache auf dem Gelände des Knastes konnten wir trotz intensiver Beobachtung, und dafür gab es gute Möglichkeiten, nicht ausmachen. Tage nach unserer verhinderten Aktion wurde ein Wachturm mit Bütteln besetzt, das war vor der Aktion nicht so. Einmal mit Leitern die Mauer überwunden konnten wir über's ganze Gelände spazieren und in den Gebäuden flanieren: es gab keine verschlossenen Türen.
Für die Sprengung wurden 4 Propangasflaschen mit je 30 kg Natriumchlorat-Puderzucker-Gemisch (80:20) bestückt und mit Zeitzündern versehen. Die Flaschen hätten wir im Keller, in der Nähe tragender Bauteile, deponiert. Die tragende Substanz des Hauptgebäudes sollte so weit zerstört werden, daß aufgrund der statischen Schäden der gesamte Knast hätte abgerissen werden müssen.
Im Transit lagen Tafeln, die vor der bevorstehenden Sprengung warnten und mit dem Namen der Gruppe unterschrieben waren. Sie sollten an den diversen Eingangstüren des Gebäudes angebracht werden, um eventuell doch auf einem Streifengang befindliches Wachpersonal vor dem Eintritt in das Gebäude zu warnen und sie aufzufordern, sich in Sicherheit zu bringen. Dies war aufgrund unserer Beobachtungen aber nicht zu erwarten.
Es war ausgeschlossen, daß weitere Personen durch den Angriff gefährdet worden wären.
Meldungen, wonach im Transit scharf gemachte Bomben gestanden hätten, die Zeitzünder tickten und wir damit rumgegondelt wären, sind einfach nur lächerlich.
Dazu gehört auch die Behauptung, unser Selbstlaborat hätte die achtfache Sprengwirkung der Oklahomabombe (in Oklahoma/USA wurde im April ein Verwaltungsgebäude, in dem sich ein Büro der CIA, aber auch ein Kindergarten befand, vermutlich von Faschisten zerstört). Eine Assoziation mit den toten Kindern von Oklahoma sollte herbeigeredet werden. Die Bombe in den USA bestand aus 95% Ammoniumnitrat (Düngemittel) und 5% Benzin oder Diesel (Kohlenstoff) und stellt damit "richtigen" Ammoniumsprengstoff dar, der über eine weitaus größere Sprengkraft verfügt als Natriumchlorat-Gemisch.
Die Pressemeldungen entsprechen nicht nur der Unkenntnis und den Phantasievorstellungen der GazettenschreiberInnen, sondern decken sich mit dem Interesse des Staatsschutzes, aus dessen Feder sie stammen könnnten. Ziel ist es, ein Feindbild zu erzeugen, durch das Alle zu potentiellen Opfern unserer Aktion hätten werden können und alles möglichst verwerflich darzustellen. Dadurch soll eine Auseinandersetzung mit dem politischen Kontext unserer Aktion und eine mögliche Solidarisierung unterbunden werden.

Zu unseren Fehlern

Für die Ausführung der Aktion hatten wir uns einen festen Termin gesetzt, dem ein, wie sich herausstellte, äußerst knapp berechneter Zeit- und Arbeitsplan vorausging. Je näher der Tag der Aktion kam, desto deutlicher wurde,



daß wir keinen Raum miteingeplant hatten, um neu auftretende Probleme und die latent vorhandenen Ängste der Einzelnen zu thematisieren und kollektiv lösen zu können. Wir verfielen einem Mechanismus, der in unserer Männercombo nicht unbedingt neu war: es wurde von jedem Einzelnen verantwortlich am eigenen Aufgabenbereich gearbeitet und dabei der Blick für das Ganze verloren. Grundsätzlich muß als Fehler benannt werden, daß bei jeder Aktionsplanung, und insbesondere bei einer von dieser Dimension, immer die Zeit für gemeinsame Zwischenresümees bleiben muß. Aufgrund eines gesteckten Zieles bzw. der Einhaltung eines Zeitplans darf nicht über die aktuelle Situation der einzelnen Beteiligten hinweggegangen werden.



Bei der in Grünau geplanten Aktion hatten wir baugleiche Zeitzünder wie bei unserem Angriff auf ein Gebäude der Bundeswehr in Bad Freienwalde verwendet, außerdem hatten wir die Warnzettel mit unserem Namen unterschrieben. Dadurch haben wir uns schon vor Beendigung der Tatdurchführung in Zusammenhang mit einer vorangegangenen Tat gebracht. Viele haben sich sicherlich gefragt, wie wir auf diese Regelverletzung des autonomen Einmaleins gekommen sein könnten. Hier die alles erklärende "Logikkette":
Zunächst mal hatten wir uns schon lange vor der Grünauplanung auf einen Zündertypus spezialisiert, auf dessen Funktionstüchtigkeit wir uns verlassen konnten.
Für die Grünau-Aktion hatten wir zwar noch die Möglichkeit einer abweichenden Zündvorrichtung angedacht, diese zusätzliche Arbeit aber aus folgenden Gründen sogleich wieder verworfen: Wir sind davon ausgegangen, daß eine Entdeckung und Festnahme von uns wenn überhaupt denn auf dem hochummauerten Gelände des Knastes stattfinden würde, wo Fluchtmöglichkeiten ausgesprochen schlecht waren - Knast halt. Da wir das mögliche Strafmaß für die Sprengung des Knastes als sehr hoch eingeschätzt hatten, machte sich bei uns das Gefühl breit, die Freienwalde-Aktion würde diesbezüglich den Kohl auch nicht weiter fett machen. Also konnten wir beruhigt dieselbe Zündvorrichtung benutzen.
Und da wir nach unserer Logik dadurch den Zusammenhang mit Bad Freienwalde offengemacht hatten, sprach nichts mehr dagegen, die Warnzettel auch noch mit unserem Namen zu unterschreiben.
Zum einen gingen wir davon aus, daß mit unserem Namen unterschriebene Warntafeln ernster genommen würden. Zum anderen wollten wir dadurch erreichen, daß bei einer erfolgreichen Sprengung schon die ersten Pressemeldungen den Bezug zur ersten Aktion herstellen und somit den politischen Kontext der Aktion veröffentlichen würden.
In dieser "Logik"-Kette macht sich unsere damalige "Alles-oder-Nichts"-Haltung deutlich. Wie der Verlauf der Nacht und die weiteren Ermittlungen der Bullen zeigen, war dieses Vorgehen viel zu kurz gedacht. Die, die durch unsere Fehler ins Visier der Bullen geraten sind, haben sich nun mit dem Problem auseinanderzusetzen, daß ihnen die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird. Das wäre ohne die Baugleichheit und die unterschriebenen Warnzettel für die BAW nicht so einfach gewesen. Diese Vorgehensweise stellte auch für uns selbst eine unnötige Gefährdung dar. Jede Aktion sollte so geplant werden, daß bei einer Festnahme vor oder während der Aktion einem/r nicht auch noch vorangegangene angelastet werden können.

Fazit:

Entgegen dem durch die Presse vermittelten Bild, Berlin-Grünau hätte kurz vor einer Kamikazeaktion gestanden, wäre die von uns geplante Aktion durchführbar gewesen. Tatsache ist aber, daß wir in der Planung einiges an schwerwiegenden Fehlern produziert haben. Unserer Meinung nach war der Größte, uns nicht die ausreichende Zeit gelassen zu haben, im rechten Moment nicht von dem einmal gesetzten Termin losgelassen zu haben und bei auftretenden Pannen weder Ausweichmöglichkeiten noch den nötigen Raum für deren Beseitigung eingeplant zu haben. Die meisten der weiteren Fehler sind aus diesem Zeitdruck heraus entstanden, dem Unvermögen, die Probleme so ausreichend und gemeinsam zu diskutieren, bis für alles die beste Lösung gefunden ist.

Wir müssen aus diesen Fehlern Konsequenzen ziehen. Die Funktionalisierung von Personen, die sie der Justiz in die Hände gespielt haben, können wir durch unser Bedauern darüber nicht rückgängig machen. Wir können nur versuchen, soweit das in unserer Macht steht, den Schaden so weit als möglich zu begrenzen.

Unserer eingangs des Papiers formulierten Verantwortung sind wir nicht gerecht geworden. Der von uns avisierte Effekt, mobilisierend auf die radikale Linke zu wirken, hat sich durch unser Scheitern und durch die Art des Scheiterns ins Gegenteil verkehrt!

Wir werden unsere politische Arbeit als K.O.M.I.T.E.E. beenden. Diese Entscheidung haben wir aufgrund der Gesamtheit der von uns verursachten Fehler gefällt. Eine Weiterführung unserer Politik unter diesem Namen könnte eventuell auch noch den jetzt Beschuldigten zur Last gelegt werden. Wir kennen die Verurteilungswut deutscher Gerichte in 129a-Prozessen und wissen, daß sie Angeklagte nicht nach Beweislage, sondern nach politischer Opportunität verurteilen.

Unsere Entscheidung ist kein Abgesang auf militante Politik formen im Allgemeinen, sondern unsere persönliche Konsequenz aus dem Debakel. Wir finden es nach wie vor wichtig und richtig, auch mit militanten Mitteln, in die politischen und militärischen Pläne der Herrschenden einzugreifen und ihre Projekte, wo immer möglich, zu benennen, anzugreifen und zu verhindern.

Wir freuen uns sehr über die Initiative des K:O:L:L:E:K:T:I:V's, die unser Thema aufgegriffen haben und konsequent weitertragen.

6.9.95 DAS K.O.M.I.T.E.E.



Das Imperium schlägt zurück

Wie die Staatsschutz-Bullen es mit ihrem eigenen speziellen Humor richtig auf den Punkt brachten, als sie ihre SoKo 'Osterei' nannten, war der Fund vom 11.4.95 für sie ein unerwartetes Geschenk. Es gab und gibt bis heute keine Hinweise darauf, daß die Sicherheitsbehörden irgendeinen Hinweis auf den geplanten Anschlag gehabt hätten. Der Streifenwagen stieß zufällig in Grünau auf die beiden Fahrzeuge. Es dauerte danach einige Stunden, bis die Polizeimaschine warmgelaufen war, bis es zu Durchsuchungen und der anschließenden Fahndung kam.
Auch in der Folgezeit entstand immer wieder der Eindruck, daß der Ermittlungseifer vor allem des Staatsschutzes begrenzt blieb und nicht durch politischen Druck von oben geschürt wurde. Die Bundesanwaltschaft (BAW) in Karlsruhe selbst beschwerte sich über den schleppenden Gang der Ermittlungen.
Das Problem der Ermittlungsbehörden war und ist, daß sie außer den Funden in Grünau kaum etwas gerichtsverwertbares vorzuweisen haben. Ein §129a-Verfahren und die damit verbundene Behauptung einer existierenden 'terroristischen Vereinigung' namens KOMITEE ist zwar rasch in die Welt gesetzt, und auch Haftbefehle und Vorladungen sind damit leicht zu begründen. Weniger leicht ist es, nachzuweisen, wer dieser Vereinigung angehörte oder sie unterstützte, bzw. wer mit dem Anschlagsversuch vom 11.4.95 wirklich in Verbindung zu bringen ist.
Diese Beweisnot zeigt sich in den Versuchen der BAW, die Lücken in der Beweiskette zu schließen. So sollten im Sommer 1995 Spuren roter Sprühfarbe, die auf dem Gelände in Neutrebbin entdeckt worden waren, verglichen werden mit Spuren ähnlicher Farbe, die beim Anschlag des KOMITEEs 1994 in Bad Freienwalde zurückgeblieben sein sollen. Dadurch sollte ein Zusammenhang hergestellt werden zwischen den Gesuchten und der Gruppe KOMITEE.
Die Eltern der Gesuchten sollten sich im November 95 einer DNA-Analyse unterziehen; die BAW hoffte offensichtlich, durch den Gen-Abgleich mit Zigarettenkippen, die in den Autos in Grünau gefunden worden waren, diese Zigaretten den Gesuchten zuordnen zu können. Dieser Versuch der BAW war gleichzeitig ein Testballon, denn die Identifizierung einer Person über die DNA ihrer Eltern war vorher noch nicht versucht worden. Die mögliche Aussagekraft dieses Vergleichs ist wissenschaftlich umstritten, selbst die BAW räumt ihr nur eine Sicherheit von "über 50%" ein.
Anfang '96 dann folgte der Versuch, über die Ladung zahlreicher vermeintlicher ZeugInnen das Umfeld der Betroffenen durchsichtiger zu machen. Auch dieser Ansatz der Ermittlungsbehörden verlief praktisch ergebnislos.
Ohne die Aktenlage zu kennen, kann doch vermutet werden, daß es mit den Beweisen der BAW für die Beteiligung irgendwelcher Menschen an den KOMITEE-Aktionen nicht weit her ist. Die Aussagen angeblicher Augenzeugen erwiesen sich als unhaltbar - so behauptete jemand, die Gesuchten in der Nähe des Tatortes gesehen zu haben, was durch hieb- und stichfeste Alibis widerlegt werden konnte. Die BAW drohte bei dieser Gelegenheit mit Verfahren wegen Falschaussage gegen EntlastungszeugInnen, die über jeden Verdacht der Voreingenommenheit erhaben waren - einmal mehr bewiesen die VertreterInnen der Karlsruher Sonderbehörde da ihren krankhaften Beißreflex gegen alles, was ihnen im Weg steht.
Hätten sich in Grünau irgendwelche Beweise für die Anwesenheit der Beschuldigten gefunden, so hätte die BAW sich Strohhalme wie die Gen-Analyse der Eltern sparen können. Insofern unterscheidet sich der Stand der Ermittlungen 1998 wahrscheinlich nicht oder kaum vom Stand im Mai 1995, mit dem Unterschied, daß die Ermittlungsbehörden in der Zwischenzeit viele Informationen über das soziale Umfeld der Beschuldigten gesammelt haben dürften.



Das Ergebnis ist eine Art Patt: Die BAW kann nicht beweisen, daß alles so war, wie sie behauptet, hat aber genug in der Hand, um die Haftbefehle gegen die drei Hauptbeschuldigten aufrechtzuerhalten. Und da in politischen Verfahren oft aus Vermutungen der BAW 'Beweise' werden und aus rechtsstaatlichem Wunschdenken 'Urteilsbegründungen', ist es absolut verständlich, daß die drei Gesuchten sich weiterhin dem Verfahren entziehen.
Für die AnwältInnen der Beschuldigten gibt es nach wie vor fast keine

Möglichkeit, in das Verfahren einzugreifen. Die Akten werden ihnen - bis auf kleine Ausnahmen - vorenthalten.
Die juristische wie die öffentlich-politische Auseinandersetzung hat sich deswegen schon bald nach dem Vorfall auf den sichtbareren Bereich der Vorladungen von angeblichen ZeugInnen verlagert.
So wenig effektiv die Ermittlungen von SoKo 'Osterei' und BAW im juristischen Sinne auch waren, sie hatten doch massive Auswirkungen auf den Alltag der Betroffenen. Zuerst rollten zwei Durchsuchungswellen über sie hinweg, verbunden mit polizeilicher Observation und Einschüchterungsversuchen.
Insgesamt sieben Menschen hat die BAW dabei besonders im Visier: Die drei Abgetauchten, eine Beschuldigte, die vorübergehend in U-Haft war, sowie drei weitere Leute, die als 'Verdächtige' geführt wurden, um sie je nach Bedarf als Beschuldigte oder ZeugInnen ins Verfahren einbauen zu können. In einem dieser drei Fälle wurde inzwischen vom BGH dieser Trick der BAW für unzulässig erklärt und festgestellt, daß der Betroffene als 'Beschuldigter' zu führen ist.
Rund dreißig weitere Leute müssen als potentielle angebliche ZeugInnen mit Vorladungen durch die BAW rechnen.
Bei Verweigerung der Aussage droht ihnen ein Zwangsgeld von bis zu 1000,- DM und bis zu sechs Monaten Beugehaft.
Für etliche Menschen greift also auch nach drei Jahren noch der Repressionsdruck in ihr alltägliches Leben ein. Wenn sie umziehen, sich verlieben, einen Job annehmen, einen Urlaub planen, immer lauert dabei der Gedanke, daß sie auf einmal für sechs Monate im Knast sein könnten oder auf andere Weise noch in das Verfahren hineingezogen werden könnten. Dieser Aspekt der Verunsicherung ist sicher nicht eigentliches Ziel der BAW-Maßnahmen, aber doch willkommene Nebenwirkung.

Anonyme Aussageunwillige

Im Sommer 1995 setzten sich erstmals Betroffene und deren FreundInnen zusammen, um zu überlegen, wie mit dem ganzen Thema 'ZeugInnen-Vorladungen' am besten umzugehen sei. Daraus entwickelte sich sowohl eine Beschäftigung mit dem konkreten Fall als auch eine allgemeinere Diskussion über Aussagen, Verrat (oder nicht), Umgang mit Repression. Grundlage dieser Auseinandersetzung war die Einsicht, daß es nicht damit getan ist, starke Parolen gegen Aussagen zu verbreiten und Geld für Leute in Beugehaft zu sammeln. Vielmehr muß berücksichtigt werden, welche Menschen in welcher Lebenssituation betroffen sind und wie ihnen am besten der Rücken zu stärken ist gegen den Angriff der Ermittlungsbehörden. Angesichts der Unterschiedlichkeit der von Vorladungen bedrohten Personen wäre es völlig aussichtslos gewesen, eine 'Einheitsfront' gegen die BAW schmieden zu wollen.
Es hat darum auch keinen Sinn zu behaupten, Aussagen werde es grundsätzlich nicht geben. Ein paar Aussagen wurden in verschiedenen Formen gemacht, auch von Leuten, die



sich der linksradikalen Szene zurechnen lassen. Sie kamen in klassischen Situationen zustande: Wenn Menschen unvorbereitet in eine Verhör-Situation gerieten, der sie darum nicht gewachsen waren. Ein Verhör hat oft keine klar bestimmbaren Grenzen, und das mit Absicht. Es ist eine typische Verhörtechnik, die interessanten Fragen an Routinevorgänge anzukoppeln oder nach einer Druckphase eine scheinbar lockere Phase folgen zu lassen. Ideal für den Verhörenden ist es, wenn sein Gegenüber aus irgendwelchen formalen Gründen mit ihm reden muß bzw. will. Wer etwa sichergestellte Gegenstände abholen will oder sich kurzfristig mit einer schweren (und möglicherweise auch vollkommen abwegigen) Beschuldigung konfrontiert sieht, wird nach der Klärung dieser Situation oft vom Staatsschutz-Bullen zu hören bekommen: "jetzt aber mal ganz privat, nicht fürs Protokoll", oder "was ich noch kurz wissen wollte", oder ähnliches. Das scheint leicht zu durchschauen, wenn es hier trocken niedergeschrieben steht, aber in der Praxis funktioniert es leider immer wieder.
Ein Mensch ist einer BAW-Vorladung im April 96 gefolgt, hat dort ein paar Fragen beantwortet und sich damit selbst kurzzeitig in eine unangenehme Lage gebracht. Auch hier wurde der alte (und natürlich nicht erlaubte) Verhörtrick angewandt, jemanden vom Zeugen plötzlich zum Beschuldigten werden zu lassen, um ihn unter Druck zu setzen und nervös zu machen und dadurch unkontrollierte Äußerungen herauszulocken. Im Beisein seines Anwalts hätten sie sich das möglicherweise nicht erlaubt. Zu seinem Glück schien die BAW dann doch nicht sehr interesssiert an ihm zu sein - es bleibt zu hoffen, daß es ihm eine Lehre sein wird, sich das nächste Mal vorzubereiten und (auch anwaltlich) besser beraten zu lassen.
Insgesamt sieht es danach aus, als ob die einzelnen Aussagen, die Staatsschutz und BAW ergattern konnten, den Ermittlungen nicht viel weitergeholfen haben - soweit sich das ohne Einblick in die Akten beurteilen läßt. Aber es zeigt sich daran einmal mehr, wie wichtig es ist, sich als Betroffene mit den möglichen Verhörsituationen rechtzeitig auseinanderzusetzen - also mit 'inoffiziellen' wie mit 'offiziellen' Verhören. Und es zeigt, daß mit platten Formeln wie 'Aussage = Verrat' überhaupt nichts gewonnen ist.
Das Thema 'Aussagen - was tun, wenn's passiert ist?' er-

wies sich als immer komplexer, je länger darüber diskutiert wurde. Es wurde deutlich, daß die Situation, in der Aussagen stattfinden, eine große Rolle spielt: Ist es im Verlaufe eines Gerichts-Prozesses, eines Ermittlungsverfahrens, am Kneipentisch? Werden Personen belastet, Zusammenhänge aufgedeckt, Banalitäten erzählt? Ist sich die Person bewußt darüber, was sie sagt und was nicht? Welches Verhältnis besteht zu denen, denen die Aussagen schaden könnten, und wo ordnet die aussagende Person sich selbst ein? Und was ist zu tun, nachdem jemand tatsächlich Aussagen gemacht hat? Jeder Versuch einer Vereinfachung, einer Zusammenfassung führte unweigerlich zu noch längeren Papieren, noch grundsätzlicheren Begriffsdefinitionen und letztlich zu der Einsicht, daß es keine allgemeingültigen Texte zu dem Thema geben kann, sondern immer der konkrete Fall mitbetrachtet werden muß - zumindest dann, wenn es um mehr geht als die Grundwahrheit, daß es als Verrat anzusehen ist, wenn jemand andere Menschen bewußt ausliefert (wie etwa Klaus Steinmetz Anfang der 90er Jahre in Wiesbaden). Es wird also auch diesmal nichts mit dem 'Aussage-Knigge' für Autonome.



Das Ziel ist und bleibt, daß es sowenig Aussagen wie nur möglich gibt. Wenn jemand durch die Auseinandersetzung mit der Situation dahin kommt, statt fünf Fragen nur eine zu beantworten, dann ist das ein ebensogroßer Erfolg, wie wenn jemand statt einer gar keine beantwortet. Wenn jemand versucht, sich durch den §55 (Gefahr der Selbstbelastung) dem Verhör zu entziehen und die Beugehaft damit zu vermeiden, so ist das nicht aufzurechnen gegen beispielsweise den anderen Weg, von vornherein jedes Gespräch zu verweigern und mit gepackten Taschen zum Verhör zu erscheinen. Es ist unmöglich, von vorneherein und allgemeingültig zu entscheiden, welches Vorgehen am sinnvollsten ist, denn dazu müßten die Absichten der Verhörenden bekannt sein, und das sind sie meistens nicht oder nicht ausreichend. Das heißt aber nicht, daß nicht vorher überlegt werden sollte, was ihre Absichten sein könnten. Wichtig ist auch, vorher mit dem/der AnwältIn genau zu besprechen, wohin die Reise gehen soll: Wann es angesagt ist, sich unter vier Augen zu beraten, wieviel Eingriffsfreiheit er/sie hat...

Der in ZeugInnen-Kreisen 1995/96 vieldiskutierte §55 StPO erwies sich einmal mehr nicht als Wundermittel gegen drohende Zwangsmaßnahmen, sondern als vom Einzelfall abhängiger, manchmal gangbarer Weg.

Es bleibt als vorläufige Einschätzung der Eindruck, daß der differenzierende Umgang mit der Situation sich bewährt hat und alles dafür spricht, daß die BAW auch bei zukünftigen Ladungen wg. 'KOMITEE' auflaufen wird, auch wenn das für einzelne enorme Belastungen bis hin zur Beugehaft bedeuten kann.

Das Osterei und der Schwan

Schließlich noch etwas zur Einschätzung des KOMITEE-Verfahrens an sich und im Verhältnis zu anderen Angriffen der Staatsorgane.

Im Unterschied zum Verfahren gegen die 'Radikal' (LKA-Sonderkommission 'Schwan') oder die 'AIZ' war das KOMITEE-Verfahren kein von langer Hand vorbereiteter Schlag. Der Zufallserfolg in Grünau paßte gut in die Kampagne von Bundesanwaltschaft und Innenministerien gegen die linksradikale Szene, scheint aber zumindest für den Berliner Staatsschutz eher unwillkommene Mehrarbeit gewesen zu sein. Bei allem Terror oder 'Ermittlungsdruck' der Behörden läßt sich bisher sagen, daß es für alle Betroffenen weitaus schlimmer hätte kommen können, was U-Haft, Observationen, Razzien, Vorladungen angeht. Das KOMITEE-Verfahren hat insofern mehr von einem 'normalen' Ermittlungsverfahren als etwa das 'Radikal'-Verfahren. Was beiden Verfahren gemeinsam ist, ist die Tatsache, daß sie auf wenig öffentliches Interesse über die linksradikale Szene hinaus stoßen; erneut zeigt sich hier, daß mittlerweile ein politisches Klima in Deutschland herrscht, in dem die Sicherheitsbehörden ziemlich unkontrolliert nach Lust und Laune agieren können.



Im Sommer 1995 schien es naheliegend zu sein, die Solidarität zu 'Radikal' und den KOMITEE-Verfolgten zusammenzuführen, zumal auch die BAW zu versuchen schien, aus Zeitschrift und militanten Gruppen eine gemein(sam)e 'Bande' zu konstruieren. Diese Konstruktion diente aber scheinbar mehr der kurzfristigen Hetze in den Medien nach der Großrazzia und wurde in der Folgezeit immer seltener gehört. In Sachen KOMITEE tat sich sowieso kaum etwas, abgesehen vom ZeugInnen-Karussell, wozu im vorherigen Abschnitt einiges steht. So wurde aus der gemeinsamen Soli-Arbeit bald eine gemeinsame Arbeit zum Thema ZeugInnen & Aussagen, aus der schließlich auch eine Broschüre mit Beiträgen dazu entstand.

In einem waren die Staatsschützer jedenfalls leider erfolgreich: viele Menschen haben ihre Kraft dafür aufwenden müssen, mit der Repression umzugehen, haben sich abgearbeitet und sich dabei viel Frust abgeholt.

Wenn die Nacht am tiefsten ist, ist es ganz schön finster..

Brief eines Untergetauchten, Interim 340, 20.Juli 1995

Ich bin einer der drei Leute, die wegen der gescheiterten Aktion gegen den Abschiebeknast in Grünau gesucht werden. Als Betroffener werde ich zu einigen Punkten was sagen, auch weil ich denke, das es eine allgemeine Unklarheit gibt, wie mit der Situation umgegangen werden soll.

So wie es aussieht, ist der Erfolg der Bullen tatsächlich auf Zufall und Fehler bei der Aktion zurückzuführen und nicht etwa auf polizeiliche Infiltration oder andere böse Counterinsurgency Aktivitäten. Daß wir deswegen in der Scheiße sitzen ist zwar traurig, aber kein Weltuntergang. Das Leben geht weiter. Letztendlich ist unsere Situation Alltag für zigtausend Flüchtlinge in der BRD, wobei es uns wohl um einiges besser geht als den meisten von ihnen. Wir sind auf jeden Fall entschlossen, uns weder zu stellen noch von der BAW erwischen zu lassen. Auf sowas lassen wir uns nicht ein.

Vielleicht erwartet ihr jetzt, daß ich erkläre, wieso mein Perso oder meine Nummernschilder oder meine Wasauchimmer in unmittelbarer Nähe eines schwerbewaffneten Autos gefunden wurden, aber das wäre natürlich ziemlich unklug, so etwas im Moment auf den Tisch zu packen, weil die Bullen dann Jahre Zeit haben, sich darauf einzustellen.

Anna und Arthur halten's Maul!

Warum aber auch das Maul gehalten wird, wenn die Bullen sich austoben, Leute verhaften oder mit völlig fadenscheinigen Gründen und Konstruktionen in die Sache reinziehen, ist mir schleierhaft. Warum werden solche Angriffe nicht öffentlich gemacht und bloßgestellt?

Es ist doch eine uralte Erfahrung, daß Justiz und Bullerei sich nicht an die eigenen Spielregeln halten, wenn sie ungestört bleiben und nicht durch öffentliche Kontrolle dazu gezwungen werden.

Die Angeklagten wegen der Aktion im China-Restaurant **(Gewaltsamer Tod des rechtsextremen Funktionärs G. Kaindl 1992, Anm.d.S.)** wurden nicht so "milde" verurteilt, weil Richterin Eschenbach so viel Verständnis hat für den antifaschistischen Widerstand von ImmigrantInnen, sondern weil der Mordvorwurf im öffentlichen Rampenlicht nicht mehr haltbar war und die rassistische Gesinnungsjustiz zu offensichtlich geworden wäre.

Die Bullen haben z.B. B.... vorübergehend eingeknastet, obwohl ihnen klar war, daß sie nichts mit der Sache zu tun hat. Mittlerweile mußten sie sie wieder rauslassen, weil ihre "Beweise" zu offensichtlich konstruiert waren. Das Ganze hat den Charakter von "Geiselhaft"! Natürlich liegt die Hauptverantwortung für die Möglichkeit, unter anderen B.... die Aktion in die Schuhe zu schieben, in unverantwortlichen Fehlern, die bei der Aktion selbst gemacht wurden. Aber gerade weil zu befürchten ist, daß die Bullen weitere Versuche in solche Richtungen unternehmen werden, darf mensch sie nicht ungestört agieren lassen.

Mit der bundesweiten Durchsuchungswelle vom 13.6.1995 starteten die Bullen den Versuch mit einem Rundumschlag der radikalen Linken endgültig den Garaus zu machen, die Leute einzuschüchtern und mit Verfahren einzudecken. Wenn dieser Angriff nicht von vielen offensiv beantwortet wird, werden sie ihr Ziel erreichen. Es ist jetzt wichtiger denn je, sich nicht eingeschüchtert zurückzuziehen und vereinzelt die nächsten Schritte der Bullen abzuwarten, sondern sich zusammenzuschließen und nach vorn zu gehen, die Schweinereien des Staatsschutzes offenzulegen, die Unterstützung der Betroffenen zu organisieren, die kriminalisierten Themen aufzugreifen.

Ich will ein paar Takte zur Politik der AIZ sagen, auch wenn es nichts grundlegendes neues ist.

Daß diese Kritik im Anschluß an eine massive Repressionswelle erfolgt, die unter anderem mit der Suche nach den AIZ begründet wurde, mag unsolidarisch erscheinen. Ich finde aber auch in dieser Situation eine ehrliche Diskussion wichtiger als den Austausch von Höflichkeiten.

Natürlich ist es erstmal anerkennenswert, wenn Leute in diesen finsteren Zeiten ernsthaft an revolutionären Perspektiven arbeiten und dazu auch noch ihre Haut riskieren. Mit den in den Erklärungen verbreiteten Analysen stimme ich im großen und ganzen auch überein. Aber wenn ich mir anschaue, welche Praxis die Gruppe daraus ableitet, wird mir bange.

Erstens finde ich es falsch, militante Politik ausschließlich als "Frontabschnitt im internationalen Kampf um Befreiung" zu sehen, ohne dabei auch eine Verbreiterung hier im Auge zu haben, so beschissen die gesellschaftlichen Bedingungen hier dafür auch sind. Praktisch heißt das: den Imps mehr oder weniger empfindliche Stiche zu verpassen, die sich aber an kaum jemand vermitteln lassen und deshalb auch nicht dazu führen können, daß sich mehr Leute für die Idee von Befreiung begeistern, kann langfristig nichts verändern. Da sind andere schon früher drauf gekommen. In einer Situation zugespitzten Kampfes, wo es konkret um die Machtfrage geht, treten solche Überlegungen natürlich in den Hintergrund, da geht es hauptsächlich darum, den Gegner materiell zu schädigen. Aber ganz so weit sind wir noch nicht.

In der jetzigen Situation ist der Sinn militanter Initiativen neben der konkreten Durchsetzung von Forderungen vor allem ein propagandistischer - aufzeigen, daß Widerstand möglich ist. Leute motivieren, sich selbst zu engagieren.

Zum zweiten finde ich es daneben, so eine Scheißegal - Haltung im Umgang mit Menschenleben zu verbreiten, wie ihr das tut. Vielleicht waren eure Aktionen nicht so unverantwortlich, wie sie in den Medien dargestellt wurden. Das Schlagwort von den PTA ("potentiell tödliche Aktionen") vermittelt aber genau so eine Verantwortungslosigkeit. Entweder entschließt ihr euch dazu, Führungskräfte umzulegen, dann müßt ihr das sehr genau begründen. Oder ihr wollt das nicht, dann müßt ihr auch dafür sorgen, daß das nicht passiert. Es geht nicht, jemanden ein Ei vor die Tür zu legen, und dazu zu sagen, egal ob er oder andere dabei getötet werden, das Ziel ist es, daß sie Angst haben.

Insgesamt empfehle ich euch, eure Initiative erstmal auf Eis zu legen und nochmal gründlich zu überdenken. Lernt zielen!

Die BAW hat vier Genossen eingesperrt und sucht nach weiteren, weil sie die "Radikal" herausgebracht haben sollen. Die radi bringt jetzt schon zwölf Jahre seit ihrer Kriminalisierung unzensierte Infos, Meinungen und praktische Tips unters Volk. Trotz ständiger Schikanen vor allem von Druckerein und EndverkäuferInnen ist es bisher nie gelungen, die Herstellung und Verbreitung zu verhindern. In der Geschichte der BRD ist das der einzige Fall einer bundesweiten Zeitung, die über einen längeren Zeitraum ohne die Zensur durch staatliche Organe fortschrittliche Inhalte verbreiten konnte. Zwar ist es ihr nie gelungen, wesentlich über einen "Autonomen" Kreis von LeserInnen herauszukommen, aber neben ihrem praktischen Gebrauchtswert für viele Linksradikale ist sie ein lebendiger Beweis dafür, daß man funktionierende Strukturen jenseits staatlicher Kontrolle organisieren kann. Man muß sich ja nicht alles gefallen lassen.

Verhindern wir, daß sie die Leute für Jahre wegsperren! Es muß beim Thema Meinungsfreiheit möglich sein, breite Kreise zur Unterstützung der vier zu gewinnen, und die Konstruktion, auf die sie die Durchsuchungen und Festnahmen stützen, sieht nicht gerade solide aus. Bei dem Versuch, die "radikal" einzumachen, hat sich die Justiz schon öfters blamiert. Wenn es gelingt, die Anklage zu Fall zu bringen, ist das nicht nur ein Schutz für die Betroffenen, sondern auch ein erkämpftes Stück Freiheit, die Möglichkeit, weiterhin offen über linke Strategien diskutieren zu können.

Und an die MacherInnen der Zeitung: laßt euch nicht davon abbringen, die radi weiterhin herauszubringen ! Was wahr ist, wird auch weiterhin gesagt, geschrieben und gedruckt !

Grüsse aus dem Jenseits

C'est la vie!

Brief eines Untergetauchten, Interim 432, 18. Sept. 1997

Hallo Szene,
Jetzt, da ihr diesen Brief von mir in den Händen haltet, dürften fast zwei Jahre vergangen sein, seitdem die Gruppe K.O.M.I.T.E.E. im Frühjahr '95 versucht hat, den im Bau befindlichen Abschiebeknast Grünau in die Luft zu jagen. Ich bin einer derjenigen, (Peter, Bernd oder Thomas?) die sich als Folge der Ereignisse jener Nacht dazu entschieden haben, sich dem Zugriff der ermittelnden Behörden zu entziehen. Ob ich oder sonstwer irgendetwas mit dem damaligen Vorhaben dieser Gruppe zu tun habe oder nicht, soll an dieser Stelle weder mich noch andere interessieren.

Doch die SoKo Osterei wird es sicherlich trotzdem interessieren, was sie aus diesem Brief an Fahndungs- und Vorwurfsmaterial herausziehen kann. So entsteht mein Brief sowohl unabhängig davon, was ich in der Nacht vom 10. auf den 11.4.1995 tatsächlich gemacht habe, als auch unabhängig davon, was ich für ein politisches Verhältnis zu Gruppierungen wie dem Komitee habe. Nur eines sei hiermit klar gesagt:

Ich werde mich nicht von dem Vorhaben dieser Gruppe in jener Nacht distanzieren, da auch ich der Meinung bin, daß diejenigen die Terroristen sind, die Straf-, Zurichtungs- und Abschiebeknäste bauen lassen, und nicht diejenigen, die sie sprengen wollen. Darin sind wir uns doch einig, oder!

WARUM DAS GANZE

Bis vor ca. 4 Monaten war ich mir relativ sicher, daß ich mich aus dieser Fluchtsituation heraus nicht zu Wort melden würde, zumindest nicht auf der Ebene, die auf meine bisherigen Erfahrungen eingehen würde. Zu groß erschien mir die Gefahr, den Fahndungsbehörden in die Hände zu spielen. Ich hatte das Gefühl, wenn ich alles weglassen würde, was mich oder andere in irgendeiner Art gefährden könnte, nach außen ein Bild desorientierter Frustration entstehen zu lassen, was meiner tatsächlichen Situation nicht entspräche.

Während dieser Zeit begann ich, mich mit Biographien politisch verfolgter linker Frauen und Männer, die ins Exil gingen/gehen mußten, zu beschäftigen. Alle hatten sie über sehr interessante Erfahrungen zu berichten, ich selber konnte mich jedoch in keiner dieser Biographien wiederentdecken, da die betreffenden Personen die Möglichkeiten offiziellen Asyls in Anspruch nehmen konnten. Dieser offizielle Status prägte deren Lebensrealität so, wie meine derzeitigen Realitäten von den Bedingungen eines Lebens unter klandestinen Vorzeichen geprägt sind.

Da es mir selber sehr wichtig wäre, auf die Erfahrungen derjenigen zurückgreifen zu können, die irgendwann in ihrem Leben oder auch heute noch in einer vergleichbaren Situation steck(t)en, und ich wenig (Interviews in der Radikal, Briefe Abgetauchter aus dem Kaindl-Verfahren) finden konnte, was sich mit meiner derzeitigen Situation, ausgehend von der Position selbstgemachter Erfahrungen, auseinandersetzt, habe ich mich entschlossen, mich an die Arbeit zu machen.

Vieles von dem, was meinen neuen Alltag extrem bestimmt, wird sich in diesem Brief nicht wiederfinden, da ich darüber nichts sagen kann. So kann ich nur hoffen, daß Euch beim Lesen weniger langweilig ist, als mir beim Schreiben - Ich bin wenig zuversichtlich und entschuldige mich schon mal vorsorglich....

C'EST LA VIE, ERSTE HÄLFTE

Von dem Zeitpunkt an, da ich um meinen Haftbefehl wußte, waren die Stunden, Tage und Wochen von einer undefinierbaren Angst gezeichnet, die nahezu jede Bewegung bestimmt hat. Ich wußte ja, daß auch mein Bild sowohl bundesweit im Fernsehen, als auch in international erhältlicher, deutscher Presse zu bewundern war. Ich habe mich einige Tage nicht aus der Wohnung getraut, sowohl aus der Angst heraus, erkannt zu werden, aber vor allem aufgrund der Möglichkeit, in eine zufällige Kontrolle zu kommen und keinen Namen mehr zur Verfügung zu haben, um mich auszuweisen. In der Wohnung versuchte ich mich schwebend zu bewegen, um ja keine Geräusche zu verursachen. Ich habe viel TV geglotzt, gelesen, geschlafen, wirre Sachen geträumt und darüber nachgedacht, was ich mit der Situation denn jetzt eigentlich anfangen soll. Es war schnell klar, daß ich mich selber in dieser Situation um die nächsten Schritte nicht kümmern kann (es sei denn, ich hätte mich stellen wollen, aber das war nur für einen kurzen Zeitraum Teil der damaligen Überlegungen), und so mußte ich mich vor allem in Geduld üben, was bei den durch die Situation bedingten Kommmunikationsschwierigkeiten und diversen Mißverständnissen manchmal gar nicht so einfach war.

Während der ersten Zeit war die Angst vor einem einreitenden Einsatzkommmando ständig latend präsent, auch wenn diese Angst real gar nicht meiner Situation entsprach.

AUF NEUEN WEGEN

Das änderte sich in dem Moment, in dem ich eine neue Identität in den Fingern hatte und ich mich wieder auf die Straße traute. Meine Angst erkannt zu werden, war, nachdem inzwischen einige Wochen vergangen waren, gegen Null geschrumpft. Ich wußte ja um die Schnellebigkeit dieser Zeit, um den oberflächlichen Blick derjenigen, die täglich von obenuntenvornehintenrechtsundlinks mit tausenden von Informationen zugekleistert werden. Ich ging davon aus, daß die Masse der Menschen unsere Fahndungsbilder längst wieder in die Sphären ihres Hirnes verbannt hatte, wo sie alles aufbewahrt, was ihnen zuviel oder zu langweilig erscheint.

Ähnlich habe ich die Bullen eingeordnet, bei denen die meisten derer, die sich nach dem 11.4.95 nicht ausschließlich mit der Suche nach uns beschäftigten, ja auch nur ihren 8Stundentag abreißen und eher an die nächste Bratwurst denken, als daran, daß ihnen gerade ein "mutmaßlicher Terrorist" über den Weg läuft.

Trotzdem bin ich fast in Ohnmacht gefallen, als zum ersten (und bisher einzigen) mal ein Streifenwagen aus voller Fahrt direkt neben mir anhielt und die beiden Schnösel rausssprangen. Und tatsächlich hinterläßt auch heute noch jede



Begegung mit der anderen Seite ein flaues Gefühl im Magen, auch wenn mir mein Kopf sagt, daß die durch mich hindurchsehen.

Eine realere Angst stellt für mich die zufällige, unerwünschte Begegnung mit Bekannten dar; eine Begegnung, die ich womöglich nicht einmal realisieren würde und so nicht auf sie reagieren könnte. Das Ergebnis könnte ein Sceneklatsch allererster Güte über Aufenthaltsort und Aussehen des XY sein. Anna und Artur halten zwar das Maul, aber welche wollten darauf schon vertrauen.....

Im großen und ganzen ist die neue Realität von vielem geprägt, was überhaupt nicht so neu ist, aber auch von vielem, was eine radikale Veränderung im Verhalten erfordert. Zum Beispiel habe ich während des letzten Jahres wahnsinnig viele Leute kennengelernt. Viele, die mir konkret weitergeholfen haben und die über meine Geschichte Bescheid wußten, aber noch viel mehr Leute, die mit meiner Flucht nichts zu zun hatten/ haben, denen gegenüber ich ein wirres und hoffentlich kontrollierbares Lügengeflecht über meine Vergangenheit und Zukunft zu präsentieren habe. Für mich wird das in dem Maße schwieriger, in dem ich Vertrauen zu den "Neuen" entwickle und ich bei mir das Bedürfnis entdecke, meine wahre Identität preiszugeben.

Meiner Einschätzung nach ist es sinnvoll, eine sehr kleine Anzahl vertrauenswürdiger Menschen in die eigenen, besonderen Lebensumstände einzuweihen, da es immer wieder nötig sein wird, wegen kleiner und größerer Hilfeleistungen auf GenossInnen "von außen" zurückzugreifen und es nötig sein wird, mit welchen offen diskutieren zu können, mit denen der/die Geflüchtete im übertragenen Sinne "dieselbe Sprache spricht".

Es wird aber weitaus mehr Menschen im Umfeld geben, denen eine Lebenslüge zu präsentieren ist, die erklärt, warum du da bist, wo du bist, was du früher gemacht hast, warum du nicht wieder dahin willst, wo du herkommst und für den Fall, daß du mit aktiven Linken zu tun hast, wirst du erklären müssen, warum du selber so unaktiv bist, und du wirst das wahrscheinlich auf eine Art erklären wollen, die dich nicht dein Gesicht verlieren läßt.

Ich denke, in bezug auf dieses Lügengeflecht ist es wichtig, sich eine Geschichte auszudenken, die zum "Lügner" paßt, möglichst einfach ist und ihn gleichzeitig genügend schützt.

Da die allermeisten nicht wissen, warum du jetzt in ihrer Nähe lebst, werden oft für deine neue Realität absurde Fragen gestellt.

Das geht von "kommste mit auf dieunddie Demo?" bis "warum hast du eigentlich keine Lust, Auto zu fahren?" und ist im einzelnen zwar einfach zu



lösen, aber du mußt deine Geschichten im Kopf behalten und darfst dich nicht in Widersprüchen verwickeln. Ich finde das mitunter recht schwierig, aber auch immer wieder lustig, weil Schauspielerei auch so seine reizvollen Momente hat.

Eine andere Frage, die es zu klären gilt, ist die der Kleiderordnung. Du hast deine dir lieben Gewohnheiten, die du nicht aufgeben willst, andererseits ist ein Veränderungsprozeß angesagt. Ich bin in der Lösung dieser Frage sehr opportunistisch veranlagt und versuche mein Äußeres jeweils dem vorgefundenen Mainstream anzupassen. Der Mehrzahl der Leute, mit denen du zu tun hast, wird es sowieso egal sein, was du für Klamotten anhast oder ob deine Frisur dem neusten Scenehit entspricht. Du änderst also dein Äußeres (oder auch nicht), ein Vorgang, der dir zu Anfang vielleicht schmerzt. Aber in dem Maße, in dem du merkst, daß dir das neue Aussehen nicht das Lachen in deinen Augen rauben kann, wird dir das Äußere egaler werden. Die, die sich wirklich für dich interessieren, werden sich aufgrund deines Verhaltens entscheiden, ob sie dich mögen oder nicht und wenn du dich in deinen Beziehungen früher korrekt verhalten hast (oder es zumindest versucht hast), dann wirst du es auch in einer Situation tun, die durch Illegalität und den damit verbundenen Lügengeschichten geprägt ist. Das merken die Leute und wenn man dich früher aufgrund bestimmter Eigenschaften gemocht hat, dann wird das auch in Zukunft so sein.

Ich denke, daß innerhalb der deutschen Scenen sowieso und immer noch vielzuviel Wert darauf gelegt wird, daß eine bestimmte Kleidernorm eingehalten wird. Sie drückt nichts anderes aus, als nach außen sichtbar einer bestimmten Gruppe von Leuten zugehörig und innerhalb dieser Gruppe integer zu sein. Das für sich alleine genommen stellt keine Persönlichkeitswerte dar. Verbirgt sich in der "schönen" Hülle ein Egoarsch, so wird er auf die Dauer gesehen wenig FreundInnen finden.

C'EST LA VIE, ZWEITE HÄLFTE

Weitaus schwieriger fällt es mir, die persönlichen und politischen Verluste zu begreifen und zu verarbeiten. So stellte sich bei mir eine spürbare Trauer erst nach Monaten ein, zu einem Zeitpunkt, als ich bereits dachte, die Verluste meiner langjährigen Freundschaften überwunden zu haben. Während der ersten Monate war ich dermaßen überwältigt von den Erfordernissen der neuen Situationen, daß ich kaum dazu kam, Trauer zu entwickeln. Als die Dinge sich soweit entwickelt hatten, daß ich auch für längere Zeit an einem Ort bleiben konnte, begann-





nen sich auch neue Beziehungen zu entwickeln.
Bis dahin hatte sich meine Wahrnehmung der Verluste hauptsächlich darauf beschränkt, daß fast alles weg ist, was den früheren Alltag prägte. Die Freundschaften, Versuche kollektiver Lebensformen, der politischen Alltäglichkeiten, Geld beschaffen, das so oft gehaßte langweilige Normale ist einfach zerplatzt wie eine Seifenblase, die ich bis dahin für stabil gehalten hatte. Was bleibt sind einige Freundschaften, die sich allerdings auch den neuen Bedingungen anpassen müssen und sich zwangsläufig verändern.
In diesem Gefühl eines "universellen" Verlustes hatte für mich die Trauer um Einzelne wenig Raum. Und vielleicht, weil ein universeller Verlust eine für mich kaum greifbare Größe war, habe ich selbst ihn nicht richtig wahrgenommen. Aber vielleicht war das alles ja auch nur eine prima Verdrängungsleistung von mir. Muß ich mal mit meinem Psychiater reden.
Ich war halt plötzlich auf einer Reise ohne Rückkehr und um das durchzuhalten, mußte ich zunächst mal in einer bestimmten Weise funktionieren. Ich habe zwar nie gedacht, daß ich am nächsten Tag wie nach einem Alptraum wieder aufwachen würde, und dann wäre alles wieder so, wie es einmal war. Aber daß es tatsächlich und wahrscheinlich (falls die Anklage nicht in sich zusammenbrechen sollte, denn mehr als ein paar Indizien haben die Bösen ja nicht) auf lange Jahre dabei bleiben wird, daß ich nicht in meine alten Lebenszusammenhänge zurückkehren kann, hatte für mich eine Größe, bei der ich mich ziemlich schwertat, sie in ihrer ganzen Tragweite zu begreifen.
Aber zurück zu den neuen Beziehungen. Je länger ich also mit immer den selben Leuten zusammen war, desto mehr wurde mir klar, was ich mit den alten FreundInnen eigentlich verloren habe. Hier gib es niemanden, mit der oder dem ich eine jahrelange Geschichte habe, zwischen denen und mir ein Blick genügen würde, wo oft Worte überflüssig sind. Dann frage ich mich in den Momenten der Trauer und Einsamkeit, wo sie denn geblieben sind, meine Liebsten, wie es denn zu schaffen ist, daß Alte sich ändern zu lassen, es aber trotzdem in das Neue hinüberzuretten und gleichzeitig die Geduld zu haben, im Neuen die neuen Beziehungen zu finden und zu Freundschaften wachsen zu lassen, in der Hoffnung, daß noch einmal so etwas Intensives ensteht, wie das, was es in der Vergangenheit gab.
Und je mehr ich zur Ruhe kam, desto mehr wurde mir bewußt, daß ich ein akzeptables politisches Arbeitsfeld finden muß, um mein Leben von neuem mit einer sinnvollen Aufgabe zu füllen. Es stellten sich also immer dringlicher folgende Fragen:
- Will ich tatsächlich längerfristig da leben, wo ich bin?
- Was will ich da machen?
- Was kann in dieser Situation noch eine politische Perspektive sein?
- Wie überbrücke ich am besten die Zeit, bis ich zu Entscheidungen gekommen bin?
- Wie muß ich mein bisheriges Verhalten ändern, um den Bullen auch längerfristig durch die gierigen Finger zu schlüpfen?
Um die Zeit zu überbrücken habe ich damals relativ schnell angefangen, zukunftsorientiert zu lernen. Ich denk, diese ersten Monate, (in Bezug auf eine Lebensentscheidung kann das durchaus auch länger dauern, wie ich nach fast zwei Jahren leider immer noch feststellen muß) die man benötigt, um sich in Ruhe für eine längerfristige Lebensperspektive entscheiden zu können, sollte man nutzen, um es sich gutgehen zu lassen und Dinge nachzuholen, die man immer schon machen wollte, sofern sie unter den veränderten Bedingungen noch möglich sind. Du muß es irgendwie schaffen, zur Ruhe zu kommen, um wohlüberlegte Entscheidungen für deine weitere Zukunft treffen zu können.
Ein spürbarer Unterschied zu früher ist, daß du plötzlich über eine ungeheure Menge Zeit verfügst, die erstmal gefüllt werden will. Du hast keine Da-



tes mehr, der Gang aufs Sozi erübrigt sich, die alten Lohnarbeiten sind nicht mehr und du fragst dich, was du mit all der Zeit anfangen sollst, während der du früher deinen FreundInnen die Ohren vollgejammert hast.
Wie wäre es zum Beispiel damit, die Marxschen Analysen auswendig lernen oder all die Romane lesen, die du immer schon mal lesen wolltest?
Du kannst versuchen, all den Schlaf nachzuholen, den du in den letzten Jahren versäumt hast und zwischen den Schlafperioden deinen Stil im Dartspiel zu verfeinern. Du kannst die Sprache lernen, die du immer schonmal lernen wolltest oder du kannst für den nächsten Marathon trainieren. Du wirst sicherlich etwas nachzuholen haben, was dir Freude bringt und dir zudem noch nützlich erscheint. Ich denke, daß es überlebenswichtig ist, sich mit Dingen zu beschäftigen, die dir wichtig sind und nicht einfach so in den Tag hineinzuleben, da man durch die Leere, die dabei entstehen kann, Gefahr läuft, das eigene Selbstwertgefühl zu zerstören; meiner Meinung nach eine der schlimmsten Sachen, die einem Menschen in so einer Situation passieren kann.
Wie wahrscheinlich alle, die sich in einer vergleichbaren Situation befinden, habe auch ich sehr viel darüber nachgedacht, was für mich eine lebenswerte Zukunftsperspektive sein kann.
Sich diesem Problem zu nähern, gibt es meiner Meinung nach mindesten drei Möglichkeiten:
1) Mir ist die Lebensform am wichtigsten und ich will auf ein bestimmtes Lebensgefühl nicht verzichten. Ich werde mich also für einen Ort entscheiden, der dem so weitgehend wie möglich gerecht wird, und mich dort entscheiden, was für eine Art politischer Arbeit dort für mich möglich ist.
2) Ich habe bisher ein bestimmtes politisches Konzept verfolgt und werde versuchen, diesen Strang weiterzuverfolgen. Folglich werde ich die Ortswahl dem politischen Konzept unterordnen.
3) Die Politik ist mir jetzt scheißegal, denn jeder Tag kann der letzte außerhalb der Knastmauern sein und ich will jetzt nur noch leben.
Wenn ich den politischen Kampf da führen will, wo sich meine kulturellen Wurzeln befinden, dann wird sich das organisieren lassen, wenn sich der Delinquent damit abfinden kann, die Art und Ebene seiner politischen Aktivität seinen veränderten Lebensbedingungen anzupassen und persönlich in der Lage ist, verantwortlich mit dieser Extremsituation umzugehen.
Und wenn ich immer schon in einem chinesischen Kung-Fu-Kloster alt werden wollte, dann wird sich auch der Weg dahin finden lassen.
Glücklicherweise gibt es innerhalb der Linken fast zu jedem Ort Kontakte und je nachdem, wie exotisch sich die Zukunft ausgemalt wird, ist es vor allem eine Frage der Zeit, bis alles Notwendige organisiert wurde, bzw. ob es Leute gibt, die bereit sind, für derart exotische Wünsche ihre Zeit zu opfern.
Es macht meiner Meinung nach wenig Sinn, diese schematische Darstellung mit all den konkreten Beispielen zu füllen, die jede Lebensentscheidung mit sich bringen könnte. Jeder Mann und jede Frau wird sich in einer solchen Situation entsprechend seiner/ihrer Bedingungen entscheiden müssen und viele vergleichbare Situationen anders erleben, als ich. Die möglichen Zukunftsperspektiven werden entscheidend durch Geschlecht und Hautfarbe geprägt sein, desweiteren, ob es ein Umfeld gibt, daß diese Situation mitträgt oder man, wie wahrscheinlich die allermeisten der illegalen ImmigrantInnen, in einer feindlichen Umgebung auf sich alleine gestellt ist und sich das Leben suchen muß.
Ich als weißer Metropolenmann hatte als Teil der Westberliner Altlinkenscene zudem das Glück, auf weitverzweigte Strukturen und Erfahrungen zurückgreifen zu können. Die Allermeisten hätten in einer ähnlichen Situation sicherlich weitaus mehr Probleme erlebt als ich.
Meine Erfahrung ist, daß sich scheinbar vieles organisieren läßt, wenn sich welche finden, die es organisieren können (und wollen).
Dies soll das abrupte Ende meines Briefes sein.
Ich konnte Euch leider nur darüber schreiben, wie ich die Zeit nach dem 11.4.95 empfunden habe. Aus sicherlich verständlichen Gründen bin ich nicht bereit, mehr über meine Zukunftspläne im Konkreten zu berichten.
Nicht geprägt ist mein Empfinden durch die viele Arbeit, die andere in die Organisierung meiner Zukunft stecken mußten, weil ich von dieser Arbeit kaum mehr als die Ergebnisse mitbekommen habe. Zu diesem Prozeß konnte ich kaum mehr beitragen, als meine Geduld, die es mir erlaubt, diese schwierige Situation ohne größere Schäden (hoffentlich stimmt das, auch darüber muß ich mal mit meinem Psychiater

reden) zu überstehen.
Ich möchte an dieser Stelle all denen danken, die mir und uns geholfen haben, die Flucht hinein in ein Leben außerhalb der Knastgitter zu organisieren.
Natürlich gelten meine Grüße auch all den lieben Menschen, die sich in einer ähnlichen Situation befinden wie ich und in diesem Zusammenhang ganz



besonders den anderen Beiden, die aufgrund desselben Vorwurfes wie ich gesucht werden.
Viel Glück wünsche ich den Angeklagten im radikal-Verfahren

NO PASARAN

EinGedichtEinGedicht

Während des Schreibens des vorangegangenen Textes habe ich wiedereinmal Erfahrungen als Gedicht niederzuschreiben. Als Vortragsform hatte ich eher MusikerInnen als eine Person vor Augen, die das Gedicht vorliest.
So ist es ein Liedtext geworden. Ich bin so eitel, keine Einwände zu erheben, falls es welche geben sollte, die dieses kleine Liedchen vertonen wollen.

SoKoSoKo Osterei

Einst wars Berlin, heut ein anderer Ort
Im April '95, da mußte ich fort
Im Frühtau zu Grünau, oh welcher Frust
Lag meine Pappe, oh welcher Verlust
Lag meine Pappe umgeben von Bomben
Im falschen Moment sind die Bullen gekomben
Frustration wollt die Stimmung bestimmen
Drum laß ich meine Liedchen mit Trauer beginnen:

Mal denk ich, mir ist es egal
Ich mach Schluß, mir ist das Leben ne Qual
Dann geh ich raus, über die Stränge zu schlagen
zumindest so heftig, daß die Sinne versagen
Dann schreit die Vernunft: Verhalte dich still
Und ich füg mich, weil ich nicht hinter Gitter will

Und wenn es manchmal auch traurig ist,
Alles ist besser als U-HaftHaft.
Auch wenn du vor Trauer die Freude vergißt
Denk dran, vielleicht folgt auf U-Haft KnastKnast

Zumeist ist das Leben normal und noch schlimmer,
Die Sorgen des Alltags banal wie immer
Reicht die Kohle ist das Klo schon geputzt?
Dem Schuh fehlt ne Sohle wer hat die Küche verschmutzt?
Wie kann ich mein Leben mit Politik verbinden?
Heut Scheißegal - wird sich schon finden

Und wenn es manchmal auch langweilig ist
Alles ist spannender als U-HaftHaft
Auch wenn du vor Ödnis die Freude vergißt
Denk dran, vielleicht folgt auf U-Haft KnastKnast

Woran ich mich erfreu? Ist ne Freundschaft die hält
Ein selbstgekochtes Essen für wenig Geld
Oder in der Bekanntschaft ein neues Gesicht
Eines, das auf den zweiten Blick viel gutes verspricht
Mit dem ich beim Dritten über alles reden will
Doch weil ich vorsichtig bin, lächle ich still

Weil es falsch wär, zu schnell zu vertraun
Und warten ist besser als U-HaftHaft
Mal ist's zu spät und dann nix mit abhauen
Und vielleicht folgt auf U-Haft KnastKnast

Wie kann ich in Zukunft mein Leben ausfüllen
Ich seh in der Ferne den Sinn sich verhüllen
Will an der Linken hier partizipieren
Vielleicht mit Parolen Wände vollschmieren
Oder nem Nazi auf die Kopfhaut haun
Scheiße, das könnt mir die Zukunft versaun

Ich muß meine Wut heut kontrollieren
Denn alles ist besser als U-HaftHaft
Politisches Neuland gut organisieren
Denn auf U-Haft folgt vielleicht KnastKnast

Auch wenn ich hier draußen mal einsam bin
Die Freude vergesse, nicht mehr weiß wohin
Auch wenn ich mich quäle vor Langeweile
Und voll Anstrengung dem Vergnügen nacheile
Und grad weil's mir gut geht während der meisten Sekunden
Hab ich mich entschlossen, bleib lieber verschwunden
Es gibt keinen Grund, der Justiz zu vertrauen
Sie würden alles dran setzen, mein Leben versauen
Lieber sing ich ein Spottlied aufs Osterei

Vielleicht strengt ihr euch an, doch rollt dran vorbei
SoKoSoKo Osterei
Ihr kriegt uns nicht, es bleibt dabei
SokoSoko Osterei
Ihr kriegt uns nicht, es bleibt dabei



Exil beginnt dort, wo die Flucht aufhört

Es kommt nicht oft vor, daß Menschen die Möglichkeit haben, sich zwischen Flucht und Knast zu entscheiden. Meistens ist es ein Zufall, wenn Leute bei überraschenden Durchsuchungen bzw. Festnahmeaktionen nicht dort sind, wo die Schergen sie vermuten. Nur selten gibt es, wie im Falle von Bernd, Thomas und Peter, eine rechtzeitige Warnung und damit die Möglichkeit, abzuhauen. Das wichtigste in einer solchen Situation ist, erst einmal einen (vorläufigen) sicheren Ort zu finden, um von der Panik wegzukommen, durchzuatmen und sich - möglichst gemeinsam mit einigen Leuten - einen Überblick über die Situation zu verschaffen. Alle, Betroffene wie UnterstützerInnen, stehen unter Streß und müssen Entscheidungen treffen, obwohl längst nicht alle wichtigen Informationen bekannt sind und viel spekuliert werden muß. Die Entscheidung, unterzutauchen oder sich der Justiz zu stellen und damit gegebenenfalls auch Knast in Kauf zu nehmen, sollte dennoch gründlich durchdacht sein. Immerhin könnte es eine Entscheidung fürs Leben, zumindest für viele Jahre des Lebens, sein. Das einzige, das sich in solch einem Moment sicher sagen läßt, ist: Wie auch immer die Entscheidung fällt, das Leben der Betroffenen wird nicht mehr so sein wie früher - es wird sich so oder so einschneidend verändern. Das klingt banal, ist aber schwer zu akzeptieren, wenn es zur persönlichen Realität wird.

Auf den ersten Blick scheint klar zu sein, daß Flucht besser als Knast ist, aber so uneingeschränkt gilt das meist nur für die ersten Tage. Wenn sich der Qualm etwas gesetzt hat, gilt es zu überlegen, ob durch eine Flucht etwa juristische Möglichkeiten verbaut werden, Prozeßchancen sich verschlechtern; ob eine dauerhafte Flucht materiell und menschlich durchzuhalten ist; wie die mögliche Knast-Situation einzuschätzen ist in Bezug auf Dauer und Haftbedingungen. Es gibt Menschen, die lieber eine absehbare Zeit im Knast in Kauf nehmen, als jahrelang ihre sozialen Bindungen und Vertrautheiten aufzugeben. Die Frage, unter welchen Bedingungen jemand besser leben kann - ob auf der Flucht, im Exil, im Knast - ist von der jeweiligen Person, ihrer Geschichte, ihren Erfahrungen, ihrem sozialen Umfeld abhängig.

Es ist unmöglich, dazu eine allgemeingültige Aussage zu machen, und oft wird die Frage sich nur praktisch beantworten lassen. Der Schritt vom sicheren Zufluchtsort in den Knast ist jederzeit möglich - anders herum leider nicht!

Mit der Flucht bricht einiges an Welt zusammen - für die Flüchtenden wie für die, mit denen sie ihr Leben teilten. Dabei ist der materielle 'Schaden' rasch erkannt und meist zu beheben: die formalen Abwicklungen, Geld- und Besitzfragen und so weiter. Viel schwieriger zu ermessen ist, was das Verschwinden eines Menschen eigentlich wirklich bedeutet. Freundschaften und Beziehungen werden zerrissen und hinterlassen Wunden.

Wem vertraue ich mich nun an, mit wem teile ich Alltagsstreit, Partyspaß, politisches Leben, Urlaub...? Wer sammelt die abgebrochenen Beziehungsfäden auf, zu Kindern, Bekannten, Verwandten, KollegInnen?

Im Chaos und der Angst der Zeit unmittelbar nach der Flucht wird der Name des Verschwundenen nicht mehr ausgesprochen oder nur geflüstert. Wer offen zu erkennen

gibt, eine enge persönliche Bindung zu haben bzw. gehabt zu haben, fürchtet ins Fahndungsraster zu kommen. Das Weg-Sein, ohne daß ein endgültiges Wort gesprochen ist, macht den Umgang damit unkalkulierbar: Klingen meine Worte wie ein Nachruf, wenn ich von 'ihm' spreche, oder wie vorgespielter Alltag, wenn ich nicht von 'ihm' spreche? Nehme ich 'ihm' etwas weg, wenn ich sein Zimmer bewohne? Hinterläßt nicht alles Tun das Gefühl, viel zu wenig getan zu haben? Bei all den praktischen Lösungen findet mein Schmerz über das Verschwinden des Freundes, der Freunde, keinen Ausdruck. Obwohl ich weiß, daß bei mir jederzeit ein Platz frei ist für ihn, für sie, spüre ich das langsame Unsichtbarwerden der Geflüchteten, überwachsen vom alltäglichen Leben, von der Notwendigkeit, die Lücken zu schließen.
Andererseits aber, ist das wirklich soviel anders bei Menschen, die aus anderen Gründen fortziehen, die auswandern? Ist es vielleicht das schlechte Gewissen, das uns einflüstert, wir müßten mit der Abwesenheit Geflohener ganz anders umgehen, weil diese ja eigentlich noch da sein sollten?
Und wie ergeht es den Geflohenen selbst? Das Leben wird durcheinandergewirbelt, alles bisherige rutscht weg: die vertrauten Menschen, ungeklärte Streitigkeiten, ungefeierte Feste, ungelesene Briefe, unerfüllte Versprechen...
Du weißt, daß du Arbeit und Streß hinterläßt für die Menschen, die zurückbleiben und dein abgerissenes Leben ordnen müssen, und daß du Arbeit und Streß mitbringst für die, die dich aufnehmen. Du stellst - hoffentlich - fest, daß du nicht im Stich gelassen wirst, obwohl es Unsicherheiten und persönliche Enttäuschungen gibt. Doch hast du vielleicht manchmal das Gefühl, alle anderen im Stich gelassen zu haben? Du kannst dich nicht frei mitteilen, lebst zwei Leben, oder noch mehr: du gehst durch andere Welten, sehend und hörend, aber stumm für lange Zeit... mal ist es ein Urlaub, mal eine öde Wartehalle... irgendwann überlegst du dir, daß du dich schließlich doch wirst entscheiden müssen: zurückkehren oder dort ankommen, wo du jetzt bist.

Jede einzelne Flucht war stets daran gebunden, daß einige wenige Leute sich viel Mühe gegeben haben, und viele andere Menschen spontan Hilfe geleistet haben, in welcher Form auch immer. Die drei im April 1995 aus Berlin Geflüchteten sind aus einer relativ privilegierten Situation heraus geflohen, denn sie waren nicht auf sich allein gestellt, materiell ausreichend versorgt und nicht von Tod oder Folter bedroht. Davon können zahllose Flüchtlinge auf der ganzen Welt nur träumen, die völlig mittellos aus Krieg und Hunger ins Ungewisse reisen. Wo immer die drei heute sind - sie haben eine Chance, ihr Leben im Griff zu behalten. Das sollte nicht vergessen werden.
Während die Flüchtenden eine gewisse Prominenz erlangten, blieben die Helfenden zwangsläufig im Dunkeln, und kaum jemand außerhalb kann sich vermutlich vorstellen, wieviel Streß ihnen abverlangt wurde. Darum soll hier einmal klar gesagt werden, daß ihre unsichtbare Arbeit großen Respekt verdient, und daß alle guten Wünsche, die den Untergetauchten gesandt werden, auch denen gelten müssen, die ihnen helfen!
Bernd, Thomas und Peter sind für viele von uns nicht irgendwelche Namen, die mal am Ende irgendwelcher parolenhaften Forderungen auftauch(t)en, sondern Freunde und Bekannte, die wir vermissen - nach drei Jahren noch wie am ersten Tag.
Wir stellten uns die Frage, ob es in diesem Zusammenhang erlaubt ist von Exil zu sprechen, wenn im April 1995 drei Menschen aus Berlin flüchten mussten, weil sie der "versuchten Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion" und eventuell der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" beschuldigt werden. Ein allgemeinpolitisches Verfolgungsinteresse des Staates gegenüber den drei Gesuchten ist nicht zu erkennen, sondern die Verfolgung ist eng an die Funde in Grünau gekoppelt. Demnach dürfte nach Meinung mancher strenggenommen nicht von Exil gesprochen werden.
Wer den Begriff "Exil" weniger eng sieht, wird vielleicht sagen, es genüge, die eigene Heimat gezwungenermaßen zu verlassen, um ExilantIn zu sein.
Der Begriff des Exils beinhaltet an sich verschiedene mögliche Situationen: Die Verbannung aus einem Lande seitens der Herrschenden ebenso wie den freiwilligen Weggang, um einer Verfolgung zu entgehen, wobei diese Verfolgung eine Strafverfolgung ebenso sein kann wie eine Verfolgung allgemeinerer Art. Im Exil wäre demnach der Erpresser, der sich mit ein paar Millionen Mark nach Brasilien absetzt

ebenso wie diejenigen, die von der Bundesanwaltschaft als "Terroristen" gesucht werden. Und ebenso die vielen Tausenden, die von 1933 bis 1945 vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten aus Deutschland fliehen mußten. Diese Verfolgung hat dem Begriff Exil aber eine historische Dimension gegeben, die es uns schwer macht, ihn heute leichtfertig für alle möglichen Fluchtsituationen zu verwenden. Wenn wir von Exil sprechen, müssen wir uns dabei dieser historischen Bedeutung stets bewußt sein. Allzuschnell könnte sonst der Eindruck entstehen, wir wollten uns (oder den Geflüchteten) durch das Verwenden "großer Worte" mehr politische Bedeutung verleihen, als real vorhanden ist.

Wenn ExilantIn sein bedeutet, am Fluchtort unter der eigenen - auch politischen - Identität leben zu können, ist für Menschen, die von den Behörden reicher Industriestaaten verfolgt werden, ein Exil heute leider kaum noch zu finden. Wenn wir sagen, Exil beginne dort, wo die Flucht aufhört, dann meinen wir damit, daß das Exil ein sicherer Ort ist, geschützt vor dem Zugriff der Verfolger.

Darum können wir über unsere drei "flüchtigen Bekannten" hier nur sagen:

Wir hoffen und wünschen ihnen, daß sie ein " Exil" gefunden haben!

Aber vor dem Exil kommt die Flucht. Daß Flucht organisierbar ist, hat sich in den letzten fünfundzwanzig Jahren linksradikaler Geschichte immer wieder gezeigt.

In den siebziger und frühen achtziger Jahren haben immer wieder Menschen still und heimlich Deutschland verlassen, vor allem weil sie in die unerbittliche Fahndungsmühle gegen die bewaffneten Gruppen zu geraten drohten. 1987 entzogen sich zwei Männer aus Hessen lange Zeit der Verhaftung, nachdem an der Frankfurter Startbahn-West zwei Polizisten erschossen worden waren. Auch 1987 zwang die großangelegte Repression gegen vermutete Mitglieder von Rote Zora und Revolutionären Zellen acht Menschen in den Untergrund, die erst jetzt, nach fast zehn Jahren, zum Teil zurückkehren wollen bzw. können. 1993 mußten sechs AntifaschistInnen untertauchen, die wegen der Tötung des Nazis Kaindl verhaftet werden sollten. 1995 schließlich zwang der versuchte Schlag gegen die Struktur der Zeitschrift Radikal vier Menschen monatelang in den Untergrund, und eine Frau aus Frankfurt zog es vor, unterzutauchen, anstatt sich wegen angeblicher Beteiligung am RAF-Anschlag auf den Knast in Weiterstadt verhaften zu lassen. Und viele uns nicht bekannte Fälle könnten sich hier anschließen.

Einige der von uns auf den nächsten Seiten dokumentierten Texte sind über Menschen, die aus einem Exil zurükkgekehrt sind. Oft haben sich die Bedingungen sehr verändert. Die Leute waren aus politisch zugespitzten Situationen, solidarischen Bewegungen aufgebrochen, und sie kommen in private und etabliertere Verhältnisse zurück; die alten GenossInnen haben oft an Radikalität verloren, nicht jedoch die Verhältnisse ringsum. Es gibt kaum eine öffentliche Diskussion über die politischen Perspektiven von Exil und dem eventuellen Danach, und kaum eine über die Politik, die zu der Illegalität geführt hat.

In den meisten Fällen handelte es sich um ein nur vorübergehendes Untertauchen, um sich der Verhaftung für ein Strafverfahren zu entziehen. Aber wie vorübergehend eine Flucht tatsächlich ist, zeigt sich erst, wenn sie wirklich vorüber ist.



Exilien - ein unbekanntes Land!?

Zitate... ... ...

Ohne Titel
Aus: RADIKALE ZEITEN NR. 2 - Januar 1996

... Untertauchen heißt in der überwiegenden Anzahl der Fälle, aus der politischen Diskussion zu verschwinden, nicht mehr wahrgenommen zu werden. Eine Kommunikation mit Untergetauchten gibt es so gut wie nicht. Daß sie nicht auf einem anderen Planeten leben, sondern irgendwo unter uns und somit auch für uns durch Briefe, die in verschiedenen Zeitungen veröffentlicht werden können, erreichbar sind, nehmen wir nicht genug wahr oder vergessen es einfach.
Vor dem Hintergrund der Remilitarisierung (Deserteure), der de facto Aufhebung des Asylrechts (Flüchtlinge) und der immer weiter verschärften Gesetzgebung im Rahmen der "inneren Sicherheit" gehen wir davon aus, daß immer mehr Menschen gezwungen sein werden, sich staatlichem Zugriff durch Untertauchen zu entziehen.

MYTHOS "EXIL"
... Ein zeitlicher Sprung. In den 70er und 80er Jahren war Exil in der westdeutschen Linken kein Thema, obwohl viele Menschen in die Illegalität gingen. In vielen Fällen war dieser Schritt Voraussetzung, um weiter kämpfen zu können und somit eine bewußte Entscheidung. Diejenigen, die durch staatliche Repression gezwungen waren zu verschwinden, wurden als ab- oder untergetaucht bezeichnet. Dieses geschah ohne öffentliche Diskussion über die Grundlagen, Chancen und Schwierigkeiten eines solchen Schrittes. Vielleicht ist das einer der Gründe, daß es bis heute eine Art "Mythos" um das Thema gibt, das besagt, "verschwinden kann nur, WelcheR auch kämpfen will, du mußt stark sein und verwegen, sonst geht es nicht !" So ein Quatsch, aber dazu später. Von den Untergetauchten von damals wissen wir heute, daß einige in den realsozialistischen Ländern (z.B. DDR) ein Exil gefunden hatten. Gerade aber die DDR ist ein gutes Beispiel dafür, wie schnell sich die Lage für ExilantInnen in den letzten Jahren verändert hat.
Durch das Wegbrechen vieler realsozialistischer Länder und die Entwicklun in der EU ist es fast unmöglich geworen, ein legales Exil zu finden. Gerade das Schengener Abkommen macht es nötig, den Begriff "Exil" heute neu zu diskutieren und zu definieren. Am Ende der Entwicklung soll es in der EU so aussehen, daß der Verfolgungsdruck in jedem Land derselbe ist. Jedes Land liefert aus! Auch bei Delikten, die in einigen Ländern nicht strafbar sind, gibt es keinerlei Garantie, nicht ausgeliefert zu werden (Stichwort: internationaler Haftbefehl, Interpol, Europol). Doch nicht nur in Europa ist das so. Die BRD hat inzwischen mit über 150 Staaten Auslieferungsabkommen unterzeichnet.
Wenn der Verfolgungsdruck also in fast jedem anderen Land quasi dem der BRD gleicht, so heißt das, daß es egal ist, wo mensch sich im Exil aufhält.

EXIL BEGINNT, WO VERFOLGUNG AUFHÖRT
Also dort, wo mensch sich "sicher" fühlt. Allerdings ist "Sicherheit" ein Gefühl und wird von jedem/jeder anders wahrgenommen. Die einen fühlen sich erst sicher im Ausland, "ohne deutsche Polizei", den anderen reicht es vielleicht schon, in eine andere Stadt zu gehen. Voraussetzung für alle dafür ist aber, daß es Strukturen geben muß, die ihm/ihr helfen, den Alltag zu organisieren.

EXIL ALS CHANCE ?
In der "radikal" Nr. 153 erschien vor kurzem ein Artikel zu "Exil" in dem u.a. stand: "...wer im Exil Probleme hat und es nicht aushalten zu können glaubt, der/die wird im Knast oder bei den Bullen erst recht Probleme bekommen." Diese Aussage legt den Rückschluß nahe, daß wenn mensch die Wahl hat, es immer besser ist sich für Exil zu entscheiden. Diese Schlußfolgerung ist falsch! Die Probleme die mensch hat wenn er/sie sich für Exil entscheidet sind anders gelagert... Ins Exil gehen ist bei einer drohenden Verhaftung ein Weg, eine Chance, sich dem Knastapparat zu entziehen. Doch kann die Ausgangssituation, mit der sich mensch auseinandersetzen muß sehr unterschiedlich sein. So haben z.B. Lesben, Leute mit Kindern, oder Menschen mit Krankheiten oder Behinderungen andere Dinge zu bedenken, zusätzliche Schwierigkeiten zu lösen. Grundsätzlich gilt aber für alle: das Exil ist eine Chance, Zeit zu gewinnen, mensch kann erst mal einen klaren Kopf bekommen und sich so in "Ruhe" überlegen, wie es weitergehen soll. Vor allem muß sich erst einmal angeschaut werden, worum es geht und da sind die Unterschiede wieder sehr groß.

EINIGE GEDANKEN ZUM EXIL AUS DEM EXIL

Aus: RADIKALE ZEITEN Nr. 3 - Februar 1996

Gesuchte im Zusammenhang mit "Radikal - Verfahren" melden sich zu Wort.

EXILIEN - EIN UNBEKANNTES LAND ?
Ein Märchen ???
Von Exilien soll ich erzählen. Nun, das ist nicht so einfach. Erst einmal bin ich dort gerade erst angekommen und es ist ein unglaublich großes Land, von dem ich nur einen ganz kleinen Teil kenne. Es ist fast so groß wie die Erde, und Menschen aus dem Land, wo ich herkomme, reisen dort in der letzten Zeit nur sehr selten hin. Aber es gibt hier sehr viele Menschen aus Afrika, Südamerika oder auch Osteuropa, die sehr viel mehr Erfahrung mit diesem

Land haben - aber sie leben hier in Gegenden und unter Verhältnissen die mir weitestgehend verschlossen bleiben. Auch der kleine Teil den ich kenne ist schwer zu beschreiben. Zum einen erlauben die BewohnerInnen hier nicht, daß man ihr Land allzu genau beschreibt - aus Sicherheitsgründen, wie sie sagen (Ich konnte bisher noch nicht ergründen, was wirklich dahintersteckt, aber keine Sorge, ich arbeite dran!). Und zum anderen erleben alle, die hier mal gewesen sind oder immer noch sind, auch diesen kleinen Landesteil, den ich mit der Zeit kennenlerne völlig unterschiedlich. Deshalb ist es schwer, dieses Land halbwegs allgemeingültig zu beschreiben, da es immer wieder anders aussieht und die, die sich dort hinbegeben, meistens so gut wie keine Vorstellung davon haben, wie es aussieht, was sie dort erwartet. Zum Teil haben sie vorher noch nie versucht, etwas darüber zu erfahren und wenn doch, hatten sie große Schwierigkeiten an die rar gesäten Reiseberichte heranzukommen. Aus früheren Zeiten gibt es zwar eine Vielzahl von Berichten, aber nur wenige, die in letzter Zeit aus Exilien zurückgekommen sind haben sich entlocken lassen, was sie dort erlebten und einige sind dort auch für immer geblieben. Doch auch für die, die versucht haben, sich sicherheitshalber vorher schon möglichst gründlich über das unbekannte Land zu informieren und vielleicht sogar schon mal Kontakte zu den Menschen, die dort leben aufgenommen haben, werden erfahren, daß das Land dann doch wieder ganz anderes aussieht, als sie es sich vorgestellt haben. Denn es ist ein gewaltiger Unterschied, ob mensch sich - sagen wir mal - einen Reiseprospekt von einem Land betrachtet und sich dann versucht vorzustellen, wie es sich dort leben läßt, oder ob mensch sich wirklich dort niederläßt. Oft muß die Abreise auch völlig überstürzt angetreten werden, ohne für den Zeitpunkt dann auch schon gebucht zu haben, ohne sich vorher anmelden zu können. Wenn ihr Glück habt, trefft ihr Menschen in Exilien, die freundlich sind und hilfsbereit. Am Anfang braucht ihr viel Geduld um euch zurechtzufinden und das Land kennenzulernen. Aber einigen von euch wird es dort nach einiger Zeit so gut gefallen, daß ihr vielleicht gar nicht mehr zurückwollt - aber da beginnt schon eine andere Geschichte, die ich euch ein ander Mal erzählen will.

NU ABER:

Dieser Text entsteht aus der Auseinandersetzung mit unserer Exilsituation (in der wir uns seit etwa einem halben Jahr wegen des Vorwurfes der Mitarbeit bei der radikal befinden) und mit Hilfe der Texte aus der radikal 153, die sich mit "Exil" beschäftigen.

Vorweg möchten wir klarstellen, daß wir unsere Situation momentan als ein Stadium zwischen Flucht und Exil begreifen, nicht mehr nur Flucht, sondern so langsam auf dem Weg, ein Leben im Exil aufzubauen. Wir denken, bestimmte Sachen sind verallgemeinerbar, da alle ins Exil Getriebene mit ähnlichen Fragestellungen, Unsicherheiten und Problemen konfrontiert sein werden. Vor allem ist mensch plötzlich weitestgehend abgeschnitten von Auseinandersetzungen und Diskussionen und auch die Möglichkeiten, nach alten Mustern zu agieren, das Leben zu gestalten, Politik zu machen fallen erst mal weg und müssen auf andere Art und Weise ersetzt werden.

SPEZIFISCHE BEDINGUNGEN FÜR FRAUEN IM EXIL

Beginnen wollen wir mit einem Punkt, der (und das überrascht uns nicht) in den vorliegenden Texten vernachlässigt oder ganz weggelassen wird: das Eingehen auf die speziellen Bedingungen und Probleme, die sich für Frauen ergeben, wenn sie sich zur Flucht und für Exil entscheiden. Für Frauen bedeutet ein Leben in der Illegalität normalerweise, sich weniger wehren zu können gegen sexistische An- und Übergriffe. Denn ein Leben im Exil heißt immer auch, sich möglichst unauffällig und zurückhaltend in der Öffentlichkeit zu bewegen, kein Aufsehen zu erregen. Außerdem stellt die Vergewaltigungsbedrohung eine noch größere Gefahr dar als sie es ohnehin schon ist. Da muß frau sich schon mit beschäftigen, wie sie in einer illegalen Situation auf Angriffe reagieren kann und will. Zum Beispiel: wenn sie abends durch die Stadt geht, ist dies mit ganz anderen Unsicherheiten verbunden als es früher der Fall war. Dies wird frau sehr schnell klar. Sie kann nun nicht mehr im Falle eines Angriffes vielleicht noch schnell zu einer in der Nähe wohnenden Freundin flüchten. Sie kann sich nicht mehr mit ihren FreundInnen treffen, um ihnen davon zu erzählen und sich mit ihnen zu beraten. Sie wird sich unsicherer sein, auf welche Infrastrukturen wie Notruf o.ä. sie zurückgreifen könnte, so es sie gibt.

Und auch die Variante verbale Anmache löst immer noch eher Unsicherheit aus. Eskalation kann im schlimmsten Fall bedeuten, sich die Bullen an den Hals zu holen. Deeskalation kann bedeuten, den Typen nicht genügend klar zu machen, daß sie sich verpissen sollen. Auffälligkeit auf der Straße assoziert sie immer noch mit einem gewissen Risiko. Was ist, wenn sich noch andere Leute einmischen usw. Alles Fragen auf die frau nicht so schnell schlüssige Antworten finden wird.

Ein anderer nicht zu unterschätzender Punkt ist, daß frau sich gerade am Anfang in einem ziemlich vollständigen Abhängigkeitsverhältnis befindet und auch da die Gefahr bestehen kann, daß dies von Männern ausgenutzt wird. Und das beginnt ja schon bei solchen Sachen wie: sexistische Sprüche, Blicke, Verhaltensweisen, auf die frau bisher sofort ziemlich heftig reagiert hat, es sich nun aber zweimal überlegt, was das für Folgen haben könnte, schlechte Stimmmung und mieseres, abgekühltes Verhältnis zu den Leuten/Männern. Und das in einer Situation, wo du, wie gesagt - zumindest am Anfang - auf eine sehr beschränkte Anzahl von Menschen angewiesen und von ihnen auch abhängig bist.

Wir hoffen, es ist etwas klarer geworden, daß es für Männer und Frauen auch in der Exilsituation gravierende

Unterschiede gibt.
Nur kurz erwähnen wollen wir, daß sich die Situation für eine Frau mit Kindern oder die schwanger ist sehr viel komplizierter darstellt. Es müssen nochmal ganz andere Probleme gelöst werden und das wird ihre Entscheidung für das, was sie sich vorstellen kann, mitbestimmen.
Auf die besondere Situation und die speziellen Schwierigkeiten, mit denen Lesben oder Schwule konfrontiert sind, werden wir wahrscheinlich in einem späteren Text näher eingehen.

VIEL ZEIT UND BESCHRÄNKTE MÖGLICHKEITEN

(...) Eine andere Form, einen Teil der früheren Auseinandersetzungen weiterzuführen oder auch überhaupt erst zu beginnen, ist das Briefe schreiben. Und das will erst mal gelernt werden, sich schriftlich mitzuteilen und Diskussionen zu führen. Wer ist es schon gewohnt, Briefe zu schreiben? Alles wird über das Telefon ausgetauscht, eine Kommunikationsform, die für uns momentan natürlich tabu ist. Es zeigt sich, daß die Briefe eine Möglichkeit sind, andere anders und zum Teil besser kennenzulernen als vorher und auch, anderen von sich mehr und andere Sachen mitzuteilen. (...)
Dies und vieles andere muß natürlich auch in irgendeiner Form organisiert werden, die Briefe , möglichst viele Infos und wahrscheinlich Kohle müssen dich erreichen können; du willst ja nicht völlig abgeschnitten sein von allem, sondern möglichst viel von dem mitkriegen, was weiter passiert. Außerdem muß sich um viele Sachen, die du einfach so liegen lassen mußtest (Wohnung, Arbeitsamt, Krankenversicherung usw. usf.) gekümmert werden. Viel Arbeit! Es gibt durchaus eine Menge spannender und neuer Aspekte im neuen Leben. Das müssen wir uns immer wieder klarmachen (...). Aber je mehr wir das "Alte" verklären, desto schwerer fällt es, sich auf das "Neue" wirklich einzulassen. (...)

WEG VON DEN GRÜBELEIEN - AUF ZUM NEUEN LEBEN (MIT VIEL GEDULD !)

Das Thema Knast beschäftigt uns zumindest in dieser Anfangphase häufig, und das aus mehreren Gründen: Klar, erstmal sind wir heilfroh, ihnen entwischt zu sein (...). Andererseits ist es ja nicht ausgeschlossen, daß sie auch uns durch einen dummen Zufall oder was auch immer noch erwischen. Also versuchen wir uns vorzustellen, wie es uns im Knast ergehen würde, wie gut wir das durchstehen könnten. (...) Ständig rauschen dir Mindeststrafen, Höchstrafen, Bewährungsstrafen durch den Kopf. (...) Es macht natürlich noch einen Unterschied, was dir genau vorgeworfen und welches Strafmaß damit verbunden sein wird. Wenn ziemlich klar ist, daß dich mindestens Jahre Knast erwarten, wirst du dich weniger mit solchen Grübeleien abgeben, die endgültige Entscheidung wegzubleiben wird dir leichter fallen.
(...) für viele Möglichkeiten, die sich im Exil im Laufe der Zeit bieten zu verschließen und sich nicht darauf einzulassen, da mensch mehr mit den fruchtlosen Abwägereien und dem früheren Leben beschäftigt ist, als mit dem neuen. Wenn wir bewußt davon ausgehen, für lange Zeit wegzubleiben mobilisiert das ganz andere Kräfte in uns selbst, die neue Situation mitzugestalten. Du gewinnst einen Teil der Initiative für das eigene Leben zurück, versuchst Sachen anzupacken, auszuprobieren, beginnst Ideen zu entwicklen und nach ihrer Realisierbarkeit zu suchen. Aber dann zeigt sich schnell, daß für alles viel viel Geduld nötig ist, was auch erst gelernt sein will. Wir haben festgestellt, daß dies wirklich ein sehr wichtiger Punkt ist, weil alles viel mehr Überlegungen braucht und nichts geht mehr so einfach hoppla die hopp. Wir müssen ja auch erst mal herausfinden was wir eigentlich wollen, eine Klarheit finden und das geht am besten mit einer inneren Ruhe, die nun auch nicht auf Abruf und immer parat steht. Und deshalb brauchen wir auch viel Geduld mit uns selbst und dem Fakt, daß es dauern kann, bis sich entsprechende Möglichkeiten auftun. Bzw. von anderen aufgetan werden können, denn das ist ja auch so ne Sache, daß wir auf einmal in ganz vielen Sachen sehr von anderen Leuten abhängig sind und darauf bauen und vertrauen müssen, daß sie vieles für uns regeln und anleiern. Und wenn das dann mal nicht so schnell klappt, wie wir es gerne hätten, heißt es wieder, sich in Geduld üben, nachzuhaken, zu erinnern. Denn die Leute hier haben natürlich auch noch ihr eigenes Leben auf die Reihe zu kriegen und können sich nicht ständig um unsere Sachen kümmern, auch wenn wir es gerne hätten. (...)
Der wichtigste Punkt unserer Meinung nach ist, wieder eine politische Perspektive zu entwickeln, also etwas zu finden wo wir wieder politisch aktiv sein. (...) Die Auswahlmöglichkeiten und die Art der möglichen Betätigung werden anders sein, vielleicht weniger, und so müssen wir uns eben auch in ungewohnten Sachen fordern und versuchen zurechtzufinden. (...)

Ein Jahr vor ... und zwei zurück

Auszüge aus der Broschüre "Überlegungen zum Fall Kaindl", 1995

In der Zeit , in der ich weg war, habe ich mir oft gewünscht, mir die Gedanken über unsere Verfolgung nicht alleine machen zu müssen. Nun bin ich, sind fast alle wieder da oder auf freiem Fuß - und ?
Nichts.
Für jeden, und mittlerweile auch für mich, scheint die eigene Auseinandersetzung am produktivsten, wir alle hatten davor nicht allzuviel miteinander zu tun, also warum jetzt? Mag sein, daß das die Realität ist, aber im Grunde ist es die unpolitische und verantwortungslose Haltung. Zumindest nach Außen entsteht dadurch die Stimmung, als wäre alles vorbei und alle hätten wieder ihre Ruhe. Es werden wieder drei Leute aus der Szene gesucht, und ich kann mir leider nicht nur abstrakt ausmalen, womit sie sich konfrontiert sehen. (...)
Dieser Text ist ein Versuch, das wenige an Exilerfahrung und der Zeit danach zu vermitteln.
Über vieles, was von Nutzen, interessant, amüsant ist und ein wenig von dem Abenteuer hat, das viele mit Flucht verbinden werden, will



ich weder hier noch an sonst einem Ort sprechen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Also wird nicht allzuviel übrig bleiben und im Vordergrund wird die persönliche Verarbeitung einer solchen Situation stehen.
Befasst habe ich mich bisweilen schon mit dem Gedanken, die Sachen pakken zu müssen (Sachen packen ist gut, viel Zeit dafür blieb mir nicht, mit einer Hose, einem Hemd, ein paar Socken, 'nem Batzen Geld, mit dem ich nicht so recht was anzufangen wußte und mit mir machte ich mich auf den Weg), als es dann wirklich soweit war, stimmten meine Vorstellung von mir, wie ich in einem solchen Fall reagieren würde, mit so ziemlich nichts mehr überein. Nichts von "locker hinnehmen, problemlos damit umgehen können, denn für eine korrekte Sache, hinter der ich stehe, muß ich eben auch so etwas in Kauf nehmen". Von einem Tag auf den anderen konte ich nicht mehr teilnehmen an einem Leben, das mir gefiel und in dem ich einen Sinn sah. In den ersten Wochen war ich mir nicht bewußt, was da mit mir geschieht, geschweige denn, daß eben auch ich gesucht werde. Es hat eine Weile gedauert, bis auch ich die Situation als ernst wahr-genommen habe. Ich fühlte mich enorm nutzlos und es wäre mir um einiges lieber gewesen, bei der Soliarbeit zu helfen, anstatt mir helfen lassen zu müssen. In nur kurzer Zeit hatte ich das Gefühl, meine Selbstständigkeit vollkommen verloren zu haben; ich hatte mir nicht ausgesucht zu gehen, und ich sträubte mich dagegen, daß da an anderer Stelle faktisch eine Entscheidung über mein Leben gefällt wurde. (...)
Ich glaube, daraus gelernt zu haben und weiß, daß ich - nochmals in einer solchen Situation - bewußter mit mir und den Sachen umgehen werde. Selbst auf stinknormale Leute, die die Straßen entlangpromenieren und eigentlich bullshit redeten, war ich eifersüchtig, und verwundert, daß man überhaupt über die alltäglichsten, unwichtigen und doch wichtigen Kleinigkeiten klönen konnte - ich konnte es nicht mehr, meine Gedanken drehten sich größtenteils um mich, um die Leute im Knast und die auf der Flucht. Dieser Neid auf ein solch langweiliges Leben veränderte sich im Laufe der Zeit in Abscheu gegenüber Leuten, die meiner Ansicht nach ihr Leben im Nichtstun vertrödelten - der Grund für diese Empfindungen, die an sich ungerecht sind, liegen glaube ich daran, daß ich das alles Entscheidende nicht tun konnte: Entscheidungen über mein Leben selber treffen zu können. In dieser Logik paßt demnach auch die Überlegung, mich zu stellen, die ich in dieser Zeit hatte. Den Zeitpunkt hätte immerhin ich bestimmt. Geistig lebte ich in Berlin und vermißte die unmöglichsten Dinge, ich hatte eine Wut im Bauch, mit der ich nicht wußte, wohin. (...)
Einen Arbeitsplatz zu haben, war in den ersten Wochen mehr Therapie als alles andere. Zum erstenmal war es mir möglich, auch mal über einen längeren Zeitraum an etwas anderes zu denken, als an meine Situation, so langsam habe ich wieder gelernt, für mich die Verantwortung zu übernehmen und nach Dingen zu suchen, die mir Spaß machen und etwas bringen, anstatt ständig nach Gründen zu suchen, warum es für mich absolut unmöglich ist, etwas aufbauen zu können. Um ein anderes Leben anfangen zu können, war es für mich notwendig, ein Stück meines Lebens abzuschütteln. (...)
Bis zum Prozessende - damals noch für April, Mai vorgesehen - nahm ich mir vor, die Gedanken an Berlin nicht mehr zu meinem Hauptthema zu machen und mich stattdessen auf das zu konzentrieren, was mich umgab. (...)
Die plötzliche Nachricht, daß ich zurückkommen kann, traf mich darin auch dementsprechend unverhofft. Einer der ersten Gedanken nach der Freude war, daß ich doch nicht schon wieder alles stehen- und liegenlassen kann... Ich wollte die Sachen, die ich begonnen hatte, zu Ende bringen. Ich durchlief schon wieder eine Phase in der Schwebe, so wie es sich am Anfang meiner Exilzeit darstellte, nur versuchte ich diesmal einigermaßen in Ruhe die Zelte abzubauen, aber unweigerlich baute ich sie in Gedanken in Berlin wieder auf.(...) Noch ein halbes Jahr davor hatte ich mit nichts lieber gewünscht, als daß dieser Fall einträte, aber in der Zwischenzeit hat sich eine Menge getan, und es war mit auf einmal nicht mehr so klar, wohin ich denn nun gehöre.
Und das ist es mir nach fünf Monaten zurück in Berlin nach wie vor nicht. Es besteht überhaupt kein Zweifel daran, daß es mir viel wert ist, wieder bei meinen GenossInnen, meiner Familie und FreundInnen zu sein, aber ich habe nicht mehr die unerschütterliche Überzeugung, am richtigen Ort zu sein. Hier hat sich viel getan, und bei



mir eben auch. (...)

Auszug aus einem Interview, welches Oliver Tolmein mit Christoph Seidler, dem nicht in die RAF eingestiegenen "Aussteiger" führte.

Aus: KONKRET 1/1997

(...)
Konkret: Aber du kommst aus der linksradikalen Szene. Da mußt du dir doch überlegt haben, was das Interesse des Verfassungsschutzes an der Zusammenarbeit mit dir sein könnte?

C.S.: Sie haben ein großes Interesse, daß Leute aus der Illegalität zurückkkehren und sie dabei was erfahren. Ich mußte z.B. sagen, daß ich 1989 im Libanon war, daß ich 1984 nicht in die RAF gegangen bin und und und - das sind Fakten, die der Staatsschutz bis dahin nur vermutet hat oder eben auch gar nicht wußte. Ich trage also, selbst wenn ich nur Vorwürfe widerlege, dazu bei, Wissenslücken des Apparats zu stopfen. Und wenn es bei mir klappt, das ist das Kalkül, dann motiviert das auch andere, diesen Weg einzuschlagen - und das wiederum dazu, daß weitere Wissenslücken gestopft werden. (...)

Konkret: Was war dein Motiv, wieder aufzutauchen?

C.S.: Abgesehen davon, daß ich diese erfundenen Vorwürfe aus der Welt schaffen wollte, war für mich vor allem in den letzten drei Jahren der Illegalität die Situation schwierig. Ich wollte mich wieder frei entscheiden können, so zu leben, wie ich das wollte. Ich habe mir dann auch immer öfter vorgestellt, wie es künftig sein wird. Man wird ja älter. Die Existenzsicherung war kompliziert, aber auch so Fragen wie die nach dem Verhalten und den Perspektiven bei Krankheiten rücken näher. Wenn eine Operation notwendig wird, bist du als Illegaler, der ja nicht krankenversichert ist, möglicherweise aufgeschmissen. Das Leben im Versteck ist außerdem diktiert davon, daß du unauffällig bist, dich nicht einmischst, daß du nicht mehr du selber bist, sondern immer mit einer Legende lebst ... das hat Uli in KONKRET (9/96) sehr präzise beschrieben.

Konkret: Hast du dir das anders vorgestellt, als du in die Illegalität gegangen bist?

C.S.: Ja, klar. Andererseits ist "vorgestellt" nicht das passende Wort. Das, was in meinem Haftbefehl zutrifft, ist die Behauptung, daß ich überstürzt abgetaucht bin. Wir waren damals der Meinung, es muß möglich sein für gefährdete Leute aus der Bewegung, zu denen ich mich damals zählte, einen Rückzugsraum zu schaffen, in dem sie trotzdem noch Kontakt zu den Bewegungen halten können. Aber mehr als ein Anspruch war das nicht - und es hat sich schnell gezeigt, daß das so und hier nicht geht.

Konkret: Wie würdest du heute auf die Leute reagieren, die in die Illegalität gehen wollen?

C.S.: Aus meiner Sicht und mit meinen Erfahrungen würde ich sagen: Das ist in diesem Lande hier nicht empfehlenswert. Und es ist meines Erachtens ein Mittel des Staatsschutzes, damals wie heute, Leute in eine solche Entscheidungssituation zu drängen. Ich würde andererseits niemanden aufhalten. Aber wer illegal überleben will, muß schon sehr genau wissen, was auf ihn oder sie zukommt. Es ist nicht unmöglich, aber....

Die "Benz"-Variante

Nach achteinhalb Jahren Illegalität ist er wieder aufgetaucht: Die BAW hat das Verfahren wg. Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" gegen Uli Dillmann eingestellt. Oliver Tolmein sprach mit ihm über seine Erfahrungen

Aus: KONKRET 9/1996

Konkret: Gegen dich wurde wegen Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" ermittelt. Vor achteinhalb Jahren bist du von der Bildfläche verschwunden. Warum?

U.D.: Am 18. Dezember 1987 fanden bundesweit Hausdurchsuchungen statt. Die Razzia unter dem Kodewort "Aktion Zobel" richtete sich gegen vermeintliche Mitglieder bzw. Unterstützer/innen der "Roten Zora" und der "Revolutionären Zellen". Auch meine Wohnung wurde damals durchsucht. Ich hatte keine Lust, unter dem Druck und der Observation der "Herren des Morgengrauens" zu leben. Deshalb habe ich es vorgezogen, für die Staatsorgane unerreichbar zu sein.

Konkret: "Emma" hat 1989 von dir behauptet, daß du "Undercoveragent" des Bundesamtes für Verfassungsschutz und ein "Agent Provocateur" seist - vor allem weil es keinen Haftbefehl gegen dich gab.

U.D: Der Gang der Dinge hat, denke ich, recht eindrucksvoll gezeigt, was für eine abenteuerliche und von keiner genauen Kenntnis der Vorgänge getrübte These das war und ist. Interessant daran ist heute nur noch, daß die Rate-Expertin Schwarzer damals die Aussage von Ingrid Strobl aufgegriffen hat, sie habe einen Wecker, der angeblich bei einem Anschlag gegen die Lufthansa und den Sextourismus benutzt worden war, an einen "Mister X" weitergegeben. Ohne diese Einlassung wären die Spekulationen, daß ich dieser Mann sei und zudem noch vom Staatsschutz bezahlt würde, kaum aufgekommen. Für mich zeigt dies noch einmal sehr deutlich, wie problematisch und folgenreich für andere selbst Aussagen in Gerichtsverfahren sein können, die nur einen

selbst entlasten sollen und in denen kein Name genannt wird.

Konkret: Warum konntest Du jetzt plötzlich zurückkehren?
U.D.: Die Bundesanwaltschaft hat am 12. März 1996 das Ermittlungsverfahren gegen mich "mangels Beweisen" eingestellt. Juristisch gibt es damit keinen Grund mehr, wegzubleiben.

Konkret: Und wieso mangelt es jetzt plötzlich an Beweisen?

U.D.: Die Frage ist wohl eher, auf welcher Grundlage achteinhalb Jahre ermittelt wurde.

Konkret: Hat es zwischen dir und dem Verfassungsschutz Absprachen oder Gespräche gegeben?

U.D.: Nein. Ich habe weder mit dem Verfassungsschutz noch mit der Bundesanwaltschaft oder sonstigen Staatsschutzorganen Gespräche geführt oder Absprachen getroffen. Weder in der Bundesrepublik noch in einem anderen Land. Es hat auch keine Vermittlungsgespräche anderer Personen gegeben. Allerdings ist mehrmals ein Verfassungsschützer, der sich "Herr Benz" nennt, sowohl bei meinen Eltern als auch bei meiner Rechsanwältin aufgetaucht, um so mit mir in Kontakt zu kommen. Nachdem diese Versuche ins Leere gelaufen sind, hat sich die Bundesanwaltschaft - so schein es mir jedenfalls - entschieden, das Verfahren gegen mich offiziell einzustellen. Und auf dieser Grundlage bin ich ohne behördliche Hilfe zurückgekehrt.

Konkret: Weißt du etwas über die sonstigen Aktivitäten von "Benz"?

U.D.: Soweit mir bekannt ist, hat der Verfassungsschutz mehrmals bei verschiedenen Gelegenheiten und gegenüber unterschiedlichen Personen angeboten, solchen Leuten, die als Mitglieder oder Unterstützer/innen der "Roten Zora" und der "Revolutionären Zellen" gesucht werden und abgetaucht sind, bei ihrer Legalisierung zu helfen, sprich, mit den jeweiligen Behörden Vorgespräche zu führen und mögliche Wege zu ebnen. Dabei präsentiert sich der Typ, der den Aliasnamen "Benz" benutzt, als Vermittler. Er behauptet, daß er, falls sich jemand stellen will, mit der BAW das Strafmaß für die jeweilige Person aushandeln könne. Allerdings übernimmt er keine Garantien dafür, daß dann alles so klappt. Die Aktivitäten von "Benz" erwecken den Eindruck, als wolle der Staatsschutz, nachdem die Zielfahndungskommandos jahrelang ohne Ergebnis gearbeitet haben, die verbliebenen Fälle aus dem Bereich "Rote Zora" und "Revolutionäre Zellen" quasi einvernehmlich abwickeln, um auch dieses Kapitel des militanten und bewaffneten Widerstands in der Bundesrepublik endlich als "erledigt" abhaken zu können. "Benz" funktioniert also als Scharnier zwischen dem polizeilichen und juristischen Verfolgungsinteresse einerseits und den Opportunitätserwägungen der Politik andererseits. Schließlich hat die Kronzeugenregelung nicht dazu geführt, daß sich Gesuchte stellen. Auch die vom Staatsschutz angebotenen Abschwörrituale haben nur bei den "DDR-Aussteigern" der RAF verfangen. Und nun - behaupte ich - ist die Vorbedingung für ein möglicherweise moderates Vorgehen der Justiz, daß jemand "freiwillig" wieder auftaucht, sich zur Anklage äußert und vor Gericht erscheint. Dabei wird nicht nur das zu erwartende Strafmaß, sondern auch der Umfang der Einlassung zur Anklage im Vorfeld über "Herrn Benz" abgekaspert.

Konkret: Wie kommt es dann, daß diese "Benz"-Aktivitäten - anders als Kronzeugenregelung und andere Aussteigerprogramme - bislang kaum öffentlich propagiert worden sind?

U.D.: Ich denke, weil eine klammheimliche Abwicklung für den Verfassungsschutz mehrere Vorteile besitzt. Zum einen, weil sie die Gefahr von Querschüssen aus den Reihen der Hardliner von BAW, BKA und Politik minimiert. Zum anderen verhindert das Agieren hinter den Kulissen, daß für den Verfassungsschutz unliebsame Diskussionen in der Öffentlichkeit - und natürlich auch in der linken Öffentlichkeit - zustandekommen. Trotzdem ist das gesamte Vorgehen in weiten Kreisen kein Geheimnis. Und ich bin der Meinung, daß es auch jenseits der direkt Betroffenen zur Kenntnis gelangen sollte. Zumal es im Zusammenhang mit der Staatsschutzaktion im Dezember 1987 gegen die "rote Zora" und die "Revolutionären Zellen" eine breite Solidaritätsbewegung gegeben hat. Zumindest alle diejenigen, die damals daran teilnahmen, haben meines Erachtens ein Anrecht darauf, über das Warum und das Wie





der Rückkehr derjenigen, die damals abgetaucht sind und nach denen öffentlich gefahndet wurde bzw. zum Teil noch wird, informiert zu werden.

Konkret: Hältst du die "Benz"-Offerte für einen grundsätzlich nicht gangbaren Weg?

U.D.: Ich kann sehr gut verstehen, wenn jemand nach vielen Jahren der Illegalität zurückkehren will, die Schnauze voll hat. Das ewige Verstekken und Verstellen kostet sehr viel Kraft - psychische wie physische. Zusätzlich haben sich die politischen Koordinaten in den letzten Jahren erheblich veränder. Vor diesem Hintergrund bin ich in der glücklichen Situation gewesen, daß das Ermittlungsverfahren gegen mich eingestellt wurde. Um zurückzukommmen, brauchte ich nicht auf die "Benz"-Initiative einzugehen. Somit befinde ich mich gegenüber den anderen in einer privilegierten Situation. Und aus dieser heraus sage ich: Es liegt in den Händen der BAW, die Strafverfahren gegen die übrigen Personen ebenfalls einzustellen.

Konkret: Wie hat sich diese Art zu leben auf dich ausgewirkt?

U.D.: Am Anfang habe ich mich immer mehr in meine Wohnung zurückgezogen. Aus dem Radio gehört, was in der Welt passiert, und die Realität durch die Bildröhre des Fernsehens wahrgenommen. Eine unwirkliche Welt. Politische Diskussionen haben mich mit Ausnahmen mittels beschriebenen Papiers nicht erreicht. Wenn du dann alles gelesen und darüber nachgedacht hast, fehlen dir die Gesprächspartner/innen. Und sitzt dir dann endlich jemand gegenüber, mit dem du über das Gelesene reden könntest, haben die politischen Diskussionen bereits eine andere Richtung genommen, und du wirst mit neuen Diskussionsbeiträgen konfrontiert.

Normale Alltagskommunikation wurde plötzlich für mich zum Problem. Alle Menschen haben sich etwas zu erzählen, wenn sie sich zufällig in Bahn und Bus, in Kneipen oder Restaurants begegnen. Du isolierst dich, du schweigst - mit dem Ergebnis, daß du abseits stehst. Oder du erzählst erfundene Geschichten. Aber auch das birgt viele Risiken.

Früher bin ich bei Zahnschmerzen einfach zum Arzt gegangen. Plötzlich konnte ich nicht mehr meinen Krankenschein zücken. Bevor ich zum Zahnarzt gehen konnte, habe ich erst mal stundenlang darüber nachgedacht, was ich dem erzähle, welche Daten ich bei der Sprechstundenhilfe angebe. Dinge, über die ich früher nicht eine Sekunde nachgedacht habe, weil sie mir selbstverständlich waren, bekamen nun riesige Dimensionen. Der Nachbar schlägt seine Frau - du drehst den Fernsehton lauter. In der Kneipe werden Ausländer angemacht - du schweigst, trinkst dein Bier aus und zahlst. Mensch möchte schließlich nicht auffallen.

Konkret: Trotzdem siehst Du nicht gerade fertig aus.

U.D.: Bin ich auch nicht. Schließlich gab es jede Menge schöne Situationen. Du lernst neue Menschen kennen, mit ganz anderen Erfahrungen als den deinen. Du lernst zuhören, obwohl mir das noch immer sehr schwer fällt. Du beginnst dir eine Lebensgeschichte zu stricken, die auf der einen Seite Teile deiner wirklichen Lebensgeschichte enthält, aber doch so weit von deiner früheren Wirklichkeit angesiedelt ist, daß es nicht auffällt. Und nicht zuletzt habe ich Menschen kennengelernt, die von meiner Situation wußten und die mich einfach in ihren Freundeskreis integriert haben. Meine "Vergangenheit" spielte keine Rolle mehr. Ich war Bekannter von jemandem, und darüber haben sich andere Dinge entwikkelt, Freundschaften und Bekanntschaften. Du wirst als der Mensch geschätzt, den du im Moment verkörperst.

Konkret: Wird die Illegalität über die Jahre Routine?

U.D.: Natürlich. Du gewöhnst dich daran. Und ich glaube heute, ohne diesen Anpassungsprozeß hält mensch das auch nicht lange aus. Aber es ver-

langt dir auch eine verfluchte Disziplin und den Willen ab, sich mit den Gegebenheiten zu arrangieren.

Konkret: Welche Rolle spielt dabei die Hoffnung, irgendwann wieder legal leben zu können?
U.D.: Für mich hat diese Hoffnung keine Rolle gespielt. Zwar habe ich schon mal mit jemandem darüber geredet, so nach der Devise: "Was macht man, wenn..." Aber das waren mehr Spinnereien, weinselige Gespräche, als seriöse Planungen. Ich halt das auch für äußerst gefährlich. Wenn du beginnst, Tage zu zählen, wirst du verrrückt im Kopf. In den letzten Monaten haben mich ganz andere Dinge beschäftigt: Will ich all das, was ich gelebt habe, wieder tauschen? Die Entscheidung zur Rückkehr ist mir sehr schwer gefallen. Denn so wie der Entschluß, abzutauchen, einen Sprung ins kalte Wasser für mich darstellte, so bedeutet auch die Rückkehr zu früheren Verhältnissen und politischen Zusammenhängen, die mir zwangsläufig fremd geworden sind, einen Schritt ins Ungewisse.
Konkret: Wovon hast Du all die Jahre gelebt?

U.D.: Von Luft und Liebe! Nein, im Ernst: Das Kohleproblem begleitet einen ständig, aber wie du siehst, habe ich nicht am Hungertuch genagt. Immer waren Frauen und Männer da, die mich unterstützt haben. Ihnen allen möchte ich danken. Und wenn es trotz alledem mal eng wurde? Herrjeh, guck dir die Flüchtlinge an, die hier in Europa versuchen, ihr Überleben zu organisieren. Dagegen ging es mir wirklich die ganze Zeit blendend.

Konkret: Was hast du jetzt vor? Welche Pläne hast du?

U.D.: Zuhören und mich umschauen, mich mit den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland auseinandersetzen. Eine Wohnung muß ich mir suchen, mein Leben organisieren. Mehr Pläne habe ich nicht, will ich auch nicht machen. Der Rest wird sich ergeben.

Konkret: Ist dir bekannt, ob die nach wie vor gesuchten Personen ebenfalls über eine Rückkehr nachdenken?

U.D.: Wenn die Staatsschutzbehörden der Bundesrepublik Deutschland wirklich wollen, daß sich die gesuchten Genoss/inn/en legalisieren, dan gibt es meiner Meinung nach eine sehr einfach und glaubwürdige Form, um



dies zu erreichen: Die BAW muß alle

Ich bin ein cowboy ohne Kühe
ich bin ein cowboy ohne Pferd
ich kann nichtmal richtig schießen
bei mir ist alles verkehrt

Mein Reiseziel ist einfach
ich komm von hier und geh nach dort
und wenn's mir wo zu gut gefällt
muß ich schleunigst wieder fort

So sitz ich lonesome auf dem Hügel
und schau der Abendsonne zu
das ist für mich die wahre Freiheit
als cowboy ohne Kuh



Von E.i.n.e.m.,
der seinen Anfang
gefunden hat.

Ready or Not?

(Aus: "Swing" 2/3.97)

Hallo!

In der Radikal 11/95 war ein Artikel "Von der Bürde und Würde des Exils" der "Gruppe wider den Knick" (GwdK). Der folgende Text war ursprünglich als Entgegnung darauf gedacht. Nun ist es aber mehr eine Ergänzung geworden: wie durch das Abtauchen neben den Flüchtenden auch viele andere mitbetroffen sind, und wie deren Situation und Probleme aussehen.

Mir sind beim Lesen des Artikels einige Sachen aufgefallen, die mir nicht gefallen haben. Ich will aber auf keinen Fall die Absicht des Artikels infrage stellen. Im Gegenteil, auch ich finde es gut, dem Thema "Flucht/ Exil/Leben mit einer neuen Identität" seinen Schrecken zu nehmen und der Alternative "Knast" etwas entgegenzusetzen. Es ist wichtig, dem Mythos des Abtauchens als etwas Unmögliches (da die Bullen ja eh alles wissen und kontrollieren würden) entgegenzuarbeiten und konkrete Erfahrungen dagegen zu setzen. Das aber gelingt in obigem Artikel nur zum Teil, zum anderen tragen die Leute eher dazu bei, neue Mythen zu kreieren (z.B. die/der ungebrochene, psychisch kaum angeknackste Abgetauchte auf der einen, die/der gebrochene Selbst-Steller/in auf der anderen Seite).

Es gab in letzter Zeit einige gute Erfahrungen mit dem Abtauchen, zu denen sich die entsprechenden Leute auch geäußert haben, einige Leute aus dem Kaindl-Verfahren (vgl. Radi 150 und 153), Leute aus dem Radikal-Verfahren (Radi 153, Kassiber Nr.29/ Sept.96), Uli D. aus den Verfahren gegen die Rote Zora und die Revolutionären Zellen (Konkret 9/96). Es gibt aber auch schlechte Erfahrungen, wo Leute mit dem Exil nicht klargekommen sind, bzw. es auch gar nicht versucht haben. Einige sind relativ schnell von den Bullen gekriegt worden, andere haben sich sofort gestellt, ohne abzuwarten, wie das Verfahren sich überhaupt entwickeln wird - u.a. auch deshalb, weil sie und ihre FreundInnen es sich nicht zugetraut haben, die Illegalität zu organisieren.

Aber auch aus einigen der positiven Erfahrungsberichte geht hervor, daß



das Abtauchen höllisch viel Arbeit und große psychische Belastung vor allem auch für die Dagebliebenen bedeutet. Von daher wär's nun Zeit, auch vermehrt und konkreter über die Probleme und Schwierigkeiten, die das Abtauchen für die Zurückbleibenden mit sich bringt, zu reden.

1)

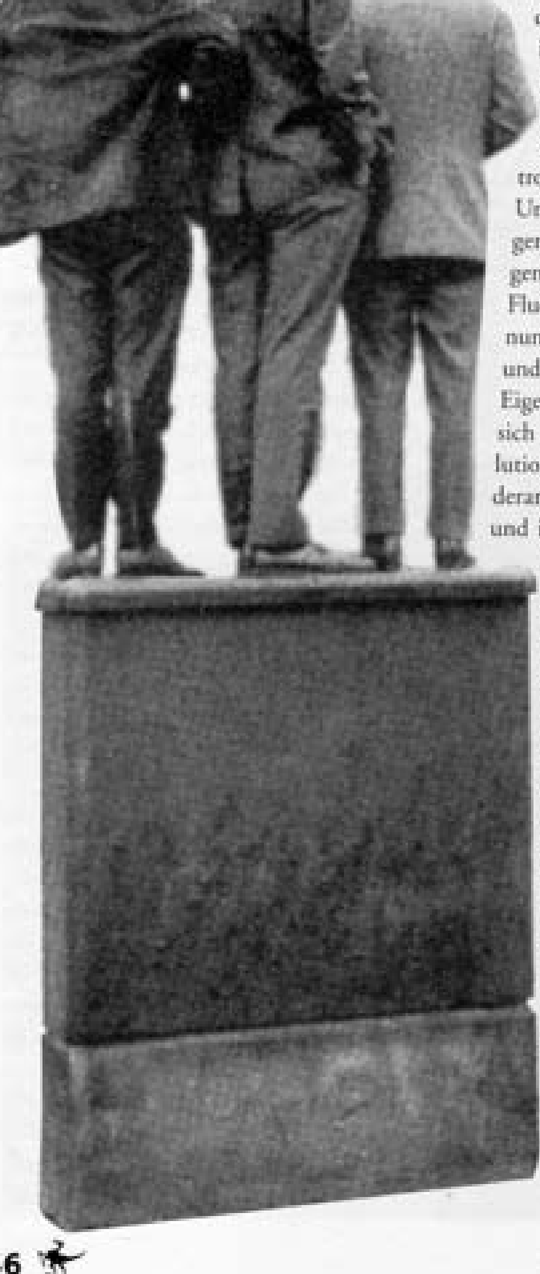
In den ganzen Diskussionen ums Abtauchen sind bisher fast ausschließlich die Betroffenen selbst zu Wort gekommen, aber kaum Leute aus deren Umfeld, politische Zusammenhänge, Bezugspersonen, etc. Die einzige mir bekannte Ausnahme sind Frauen aus Bremen, und es scheint mir kein Zufall zu sein, daß es gerade Frauen sind, die das Thema, was das Abtauchen für das sog. "Umfeld" bedeutet, thematisieren. Auch im Artikel der GwdK tauchen die ganzen Bezugspersonen, FreundInnen etc. so gut wie gar nicht auf.

Der Tatsache, daß das Abtauchen nicht allein ein Problem ist für die, die gehen, sondern grad auch für die, die zurückbleiben, wird viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Auch ihre Situation wird durch Flucht und Abtauchen grundsätzlich verändert, auch sie müssen mit dem Verlust, dem Schock und der Angst klarkommen.

Je besser vorbereitet so ein Umfeld ist, wenn die Leute sich schon eingehend mit der Möglichkeit, selbst abtauchen zu müssen auseinandergesetzt haben, und je mehr Erfahrungen mit konspirativem Verhalten und Organisierung sie haben, desto einfacher wird es für sie werden. Und trotzdem ist es noch hart genug, und noch mehr für die, die einfach ins kalte Wasser geworfen werden, sich in der Beziehung wenig Gedanken gemacht oder/ und sich wenig zugetraut haben.

Von daher ist es eigentlich unerläßlich, auch über den Bekanntenkreis nachzudenken und entsprechende Vorkehrungen zu treffen, wenn mensch sich entscheidet, Aktionen zu machen, die das Risiko von mehreren Jahren Knast beinhalten. Derartige Überlegungen habe ich bisher nur von Eltern bezüglich ihrer Kinder mitgekriegt. Mütter und Väter stehen immer wieder vor der Frage, was kann ich meinem Kind gegenüber verantworten, und wie kann ich garantieren, daß das Kind

möglichst wenig darunter zu leiden hat, wenn ich plötzlich von der Bildfläche verschwinde, also z.B. im Knast oder eben auf der Flucht bin. Ähnliche Überlegungen könnten sich aber auch bezüglich anderer Personen gemacht werden: Menschen, die besonders von uns abhängig sind, z.B. weil sie schwer krank sind oder sich psychisch in einer labilen Verfassung befinden, die eigenen Eltern, nicht leibliche Kinder oder einfach unsere ganzen FreundInnen und GenossInnen. Natürlich soll das nicht heißen, nichts mehr riskieren zu können, wenn einige der Faktoren nicht optimal sind (wer hat schon die Eltern, die mit ner derartigen Situation klarkommen...). Aber es ist auf alle Fälle wichtig, sich dazu im voraus Gedanken zu machen, und da, wo Probleme zu erwarten sind, diese ernst zu nehmen und nach Lösungen zu suchen.



Das fängt bei Kleinigkeiten wie der Melde-Adresse an: eine Ein- oder Zwei-Zimmer-Wohnung-Adresse kann besser sein als eine große Wohngemeinschaft, da dadurch wesentlich weniger Menschen in Mitleidenschaft gezogen werden.

Es kann heißen, sich gegen einen "Markennamen" zu entscheiden, da durch den 129a die drohende Knaststrafe höher und die Verfolgung (z.B. Fahndung, Observationen, Vorladungen) durch die Staatsbüttel bedeutend härter sind. Es kann heißen, eine weitere, an der Aktion nicht beteiligte Person einzuweihen, damit im Falle des Scheiterns immerhin eine außenstehende Person Bescheid weiß, die dann schnell reagieren und z.B. von der Fahndung betroffene Leute warnen kann. Und es soll heißen, Vorkehrungen für den Fall des Fehlschlagens einer Aktion und für die Flucht zu treffen (Fluchtwohnung, Bargeld, Konto-Karten und PIN weitergeben).

Eigentlich müßten wir alle, die sich als "radikale und/oder revolutionäre Linke/r" verstehen, auf derartige Situationen vorbereitet und in der Lage sein, damit umzugehen. Doch zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft oft eine riesengroße Lücke. Und nur wenige Leute können auf Erfahrungen in derartigen Situationen zurückblicken. Außerdem gibt es ne ganze Menge Leute unter uns, die psychisch nicht besonders belastbar sind.

Aus obigen Gründen finde ich den Satz der GwdK "es gab und gibt immer bessere Lösungen als sich zu stellen" in der Absolutheit auch nicht richtig. Ich will damit nicht sagen, daß es eine gute Lösung ist, in den Knast zu gehen, aber es könnte in bestimmten Situationen die bessere von zwei schlechten sein. Mensch könnte sich z.B. gegen ein langjähriges Exil entscheiden, um für ein Kind oder eine andere abhängige und wichtige Bezugsperson erreichbar zu sein, und einigermaßen regelmäßige Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten durch Knastbesuche und Briefe aufrechtzuerhalten. Dies wäre in meinen Augen auch eine korrekte und akzeptable Entscheidung in einer derartigen Situation. Wichtig aber auch, daß so eine Entscheidung nicht überstürzt gefällt wird, sondern erst nach ausführlichen Diskussionen mit Vertrauenspersonen und nachdem genauere Abklärungen über den Stand der Ermittlungen eingezogen sind (was aber in einem Verfahren, wo keine Anklage erhoben werden kann, "weil die Verdächtigen flüchtig sind", nicht so einfach ist). Außerdem sollten Alternativen vorhanden sein, und die Person sich emotional wieder gefaßt haben.

2)

Der durch das Abtauchen in Mitleidenschaft gezogene Personenkreis setzt sich meist aus den unterschiedlichsten Leuten mit den unterschiedlichsten politischen Standpunkten und Erfahrungen zusammen. Im folgenden werde ich mich auf Leute beziehen, die selber aus einem radikalen linken/autonomen Spektrum kommen, die sich also - zumindest von ihrem Anspruch her - schon mit derartigen Situationen auseinandergesetzt haben, und wo mensch denken könnte, daß diese Leute der Situation einigermaßen gewachsen wären.

Doch so glatt geht das alles nicht, wie sich in Berlin nach dem mißglückten Anschlag auf die Baustelle des Abschiebeknastes und der darauf einsetzenden Fahndung gezeigt hat. Die Nachricht schlug ein wie eine Bombe, und fast alle, die's irgendwie betroffen hat, waren zuerst einmal völlig außer sich. Einerseits das Entsetzen, daß das "Schreckliche" eingetreten ist, daß Leute, die wir lieben, die Flucht antreten müssen. Andererseits die Angst angesichts der auf einen zurollenden Fahndungs- und Repressionsmaschinerie irgendwas falsch zu machen und den Verfolgten zu schaden. Die wenigsten schafften es, mit dieser Situation von heftigster praktischer Belastung

auf der einen und extremem Gefühlssalat auf der anderen Seite korrekt umzugehen. Es war unheimlich viel Aggressionen, Mißtrauen und Verständnislosigkeit untereinander zu spüren.
Im nachhinein kommt es einem vor, wie wenn für den Schock und die Angst ein Ventil gesucht und Unmengen von Agressionen mobilisiert wurden, und - da die Bullen und Staat grad übermächtig erschienen - nicht gegen diese, sondern gegeneinander gerichtet wurden. Viel Wut auch auf die Gesuchten, denen ihre ganzen Sünden der letzten Jahre aufgerechnet wurden und auf die, die diese Aktion verbockt hatten. Ich will damit nicht sagen, daß es keinen Grund gegeben hätte, wütend zu sein (die Gruppe das K.O.M.I.T.E.E. hat ja auch selbst eingestanden, schwerwiegende Fehler gemacht zu haben, indem sie Unbeteiligte heftigst in die Sache mitreingezogen haben).
Doch damit läßt sich das, was in den ersten Tagen abgelaufen ist, nicht erklären. Vielmehr spielte eine Rolle, daß viele über Nacht in eine für sie sehr unangenehme und schwierige Situation katapultiert wurden, eine Situation, die viele für sich eigentlich ausgeschlossen hatten, da sie sich entschieden hatten, bestimmte Aktionen und Aktionsformen nicht (mehr) zu machen. Zu einer solchen Entscheidung hatten unterschiedliche Gründe geführt, z.B. die Unzufriedenheit über die eigene Praxis, die nicht den Ansprüchen genügt (zuviele Fehler/zuwenig Verantwortung), oder es politisch nicht mehr sinnvoll bzw. das Verhältnis Risiko/Wirkung nicht mehr stimmig zu finden, oder einfach die Angst und den Psychostreß und andere Unannehmlichkeiten von militantem Alltag nicht mehr länger mitmachen zu wollen.
Meist spielen mehrere dieser Gründe zusammen, doch oft wird damit nicht offen umgegangen, die politischen werden angeführt, von den persönlichen wird geschwiegen (weil's oft nicht so leicht zu akzeptieren ist und auch etwas am Selbstvertrauen kratzt, von früheren Vorstellungen und Ansprüchen Abschied zu nehmen).
In so eine Situation platzen andere, versuchen sich an einer Aktion, die vom Angriffsziel her nicht zu kritisieren ist, und scheitern, aufgrund dummer Zufälle und aufgrund von eigenen Fehlern und Fehleinschätzungen. Die Konsequenzen (ungeahnten Ausmasses) donnern über alle hinweg, auch über die, die sich anders entschieden haben. Tja, und da liegt es eben doch sehr nahe, mit Wut und Abwehr zu reagieren und die Verantwortung auf andere abzuwälzen.
Hier aber läßt sich die Kritik, die sich im ersten Teil an die Militanten richtete, das "Umfeld" nicht genügend in die eigenen Überlegungen miteinbezogen zu haben, nun auch an die andere Seite richten. Solange wir uns individuell, oder als kleine Gruppe, gegen militante Aktionen entscheiden, könne wir nicht davon ausgehen, daß sich all die anderen um uns auch so entscheiden, d.h. wir müssen uns auch weiterhin einen Kopf darum machen, wie wir mit Repression umgehen, was Abtauchen für uns heißt etc. Und solange wir uns als Teil einer linksradikalen Szene begreifen, die sich die Wahl der Mittel nicht vorschreiben läßt, die sich die Option auf direkte Angriffe nicht nehmen läßt, solange müssen wir auch politisch die Verantwortung für das übernehmen, was solche Angriffe an Repression auslösen, und können die Verantwortung nicht allein auf die abwälzen, die sich zu bestimmten Aktionen entschlossen haben.
Dazu ein Zitat aus dem Papier "Selbstverständnis einer militanten Gruppe" (Interim Nr.388, S.16, Abschnitt 4, Praktische Distanz zu Militanz?): "Wenn wir die Prämisse von der Militanz als integralem Bestandteil revolutionärer Politik setzen, ist die Frage der "praktischen Distanz" zu militantem Vorgehen nicht allein an militante AktivistInnen zu richten. Linksradikale, die eine "praktische Distanz" zu Militanz verspüren, und damit nicht nur ein zeitlich befristetes Aussetzen meinen, sondern sich generell davon abwenden und ihr gar die Legitimation absprechen, sind umgekehrt durchaus nach der Ernsthaftigkeit ihres sozialrevolutionären Engagements zu fragen."

3) die "Würde"

Die Gruppe "Wider den Knick" schreibt in ihrem Papier: "Wer sich stellt, beschädigt sich selbst, er/sie verliert den Respekt anderer und den Respekt vor sich selbst. In den Worten lateinamerikanischer GenossInnen, die sehr großes Gewicht drauf legen: Du verlierst deine Würde."
Nun, das ist der Abschnitt in deren Text, der mich am meisten wütend gemacht hat. Es gibt die unterschiedlichsten Voraussetzungen und Gründe, weswegen sich Leute stellen. Die einen sind durch die veränderte Verfahrenslage nur noch von wenig Knaststrafe bedroht und das Leben im Exil erscheint ihnen fremdbestimmter und aufgezwungener als ein Sich-Stellen. Andere sehen keine andere Möglichkeit der RAF-Killer-Fahndung zu entkommen. Sicher, diese Leute gehen Kompromisse ein, aber ist es nicht etwas dick aufgetragen, denen gleich Würde und Respekt abzusprechen?
Ich finde, ihr habt einen sehr dogmatischen und eingeschränkten Begriff von dem, was "Würde" sein soll. Eine Vorstellung, wonach mensch eine Würde hat, die sie/er unwiderruflich verliert, wenn mensch sich den Bullen gegenüber nicht eindeutig verhält. Das ist ein sehr eingeengter Blick. Ich denke eher, daß es im ganzen Leben immmer wieder Situationen gibt (und nicht nur im Zusammenhang mit der Staatsgewalt), wo wir unsere Würde zu verteidigen haben, und je nach Biographie und Geschlecht haben wir mehr oder weniger Situationen hinter uns, wo wir uns nicht so verhalten haben/konnten, wie wir's richtig gefunden hätten, wo wir schwach waren, feige, Ohnmacht erlebt und (uns) erniedrigt haben/ wurden, und uns hinterher mühsam wieder unsere Würde erkämpfen/erarbeiten mußten. So kompromißlos, wie ihr urteilt, wird das Verhalten vor Gericht, gegenüber Bullen und Justiz zu dem Maß-Stab unserer Identität, erscheint als etwas nicht wieder Gutzumachendes und die ganzen Miesheiten, Feigheiten, das Kuschen im privaten und alltäglichen Bereich geraten aus dem Blickfeld.
Sicher, das Sich-Stellen kann eine sehr "unwürdige" und erniedrigende Situation sein (vor allem wenn's aus einer krassen Schwäche- oder Ohnmachtsposition erfolgt), und sicher ist es immer wieder wichtig, Bullen und Justiz so wenig wie möglich entgegenzukommen, sich möglichst nicht freiwillig zu stellen, keine Aussagen zu machen (und solche, die andere belasten, auf gar keine Fall!). Aber leider gibt es immer wieder Situationen, wo die

Leute sich anders entscheiden, wo sie zuviel Angst haben oder kein Risiko eingehen wollen (die autonome Prozeß-Geschichte ist voll davon). Mit diesen Schwächen und Unzulänglichkeiten müssen wir wohl oder übel umgehen. Je offener damit umgegangen wird, desto kleiner der Schaden, der dadurch entsteht.

Und auch die Abgetauchten werden immer wieder vor Situationen stehen, wo sie um ihren Respekt kämpfen müssen. Z.B. wenn der Flucht ärgerliche Fehler vorausgegangen sind. Oder wenn sich das Abtauchen als sehr schwierig und belastend rausstellt, sie an ihre eigenen Grenzen stoßen und die Frage des Sich-Stellens wieder auftaucht. Oder wenn sich Beziehungen entwickeln zu Leuten, die nicht Bescheid wissen und nicht eingeweiht werden können, also ein großer Teil einer Beziehung auf einer Legende, einer Art Lüge, beruht.

4) Fazit:

Nun, was sollte das Ganze? Mir geht's um mehrere Dinge: als erstes fänd ich's gut, wenn in der gesamten Diskussion ums Abtauchen vermehrt das sogenannte "Umfeld" der Abgetauchten ins Blickfeld gerät und sich selbst dazu äußern würde (soweit das halt in einem nicht abgeschlossenen Verfahren der Fall sein kann). Wie die Verfolgten Flucht und Exil erleben, hängt zu einem großen Teil von deren Umfeld ab, z.B. wie die Leute in der Lage sind, weiterhin Kontakt und Kommunikation aufrechtzuerhalten, und sich die Verfolgten nicht so abgeschnitten und alleine fühlen.

Ich fänd's auch gut, wenn in der Geschichte des militanten Widerstands vermehrt das Auge auf die Schwierigkeiten und Schwachstellen, die sich immer wieder auftun, gelegt würde. Wir scheitern ja nicht einfach an der Repression, sondern eben genau daran, daß sie doch immer wieder Auswirkungen auf uns hat. Oder weil wir Fehler machen, die den Bullen überhaupt ein Eingangstor öffnen. Leider ist dies alles viel zu wenig Thema.



In dem Zusammenhang fällt mir auch das Papier der Roten Zora "Milli's Tanz auf dem Eis" ein, wo der überaus spannende Abschnitt, warum sie nach der Repressionswelle 1987 sieben Jahre lang nix von sich haben hören lassen, warum welche ausgestiegen sind und mit welchen "menschlichen" Probleme sie zu kämpfen hatten, leider auch ziemlich knapp ausgefallen ist.

Nicht wenige der Gründe für unsere Probleme und unser Scheitern sind im psychologischen Bereich zu suchen, bei den ganzen Gefühlen Ängsten und dem Mißtrauen, das uns und den anderen das Leben schwer macht, und einer konstruktiven Zusammenarbeit und Auseinandersetzung im Wege steht.

Okay, das war's! Ich freue mich auf Reaktionen!

Urmel aus dem Eis

Anhang (Papiere, die im Text erwähnt werden und die es sich zu lesen lohnt, und wo die zu finden sind):

- "Von der Bürde und Würde..." u.a., Radi Nr.153 11/95
- "Abtauchen und Leben in der Illegalität" u.a., Radi Nr.150 7/94
- Kassiber Nr.29, Sept.96
- Konkret 9/96, 1/97
- Radikale Zeiten
- "Selbstporträt einer militanten Gruppe", Interim 388, 13.9.96
- Milli's Tanz auf dem Eis (Broschüre der Roten Zora)

Nie fertig, stets bereit

(aus: "Interim 427", 10.7.1997)

Abtauchen - Exil - militante Politik - K.O.M.I.T.E.E. - um all das ging es in Urmels Text "Ready or not" (Swing 2/3.97 bzw. Interim 415/10.4.97), und aus dieser Themenspanne ergibt sich auch die Schwierigkeit einer direkten Antwort. Da ich aber ohne Urmels Anstoß den folgenden Text nicht geschrieben hätte, bleibt es nicht bei allgemeinen Beiträgen zu den Themen.

Ich glaube, es hätte Urmels Text gut getan, genauer zu trennen zwischen den grundsätzlichen bzw. politischen Aspekten der Debatte und der konkreten Geschichtsaufarbeitung in Sachen KOMITEE. Es ist immer schwer, allgemein zu diskutieren, dabei aber ein ganz konkretes Beispiel dazu im Kopf zu haben, und ganz besonders schwer ist es dann, wenn persönliche Betroffenheit mit im Spiel ist.

Weil ich nicht umhin komme, sowohl allgemein als auch speziell zu argumentieren, orientiere ich mich grob an der von Urmel gewählten Aufteilung und beginne mit Überlegungen zum Abtauchen und dem drumherum.

1) Flucht

Den Begriff "Exil" finde ich in dieser Diskussion nicht angemessen. Ich stimme nicht völlig mit der Sichtweise des RadikalVerfolgten Matthes überein, der von Exil nur sprechen wollte, wenn der oder die Flüchtige im betreffenden Land einen legalen Status hat. Für mich bedeutet "Exil", daß ein Mensch entweder von einem Staat "ausgesperrt" wurde, eigentlich aber zurükkmöchte; oder aus einem Staat fliehen mußte, um einer politischen (oder anderweitigen, jedenfalls nicht rein juristischen) Verfolgung mit Bedrohung für Leib und Leben zu entgehen.

Da gibt es natürlich Grauzonen. Wo beginnt etwa diese Bedrohung? Und: Jeder Staat bemüht sich, politische Verfolgung als "rein juristisch" darzustellen. Es gibt keine irgendwo einklagbare Instanz, die uns sagt, ab wann es legitim ist, die Repression des deutschen Staates gegen Linksradikale als "Terror", unsere Opposition als "Widerstand", bewaffnete Kleingruppen als "Guerilla" und unsere Flucht als "Exil" zu bezeichnen. Wenn ich aber sowohl historische als auch aktuelle internationale Vergleiche anstelle, finde ich diese eben genannten Begriffe als Beschreibung für die Situation hierzulande absolut unangemessen. Die gesellschaftliche Rolle der deutschen Linksradikalen läßt sich nicht großreden durch solche geschichtsmächtigen Worte. Sie klingen, als ginge es darum, uns gewissermaßen in die erste Liga der historisch bedeutsamen revolutionären Bewegungen hineinzumogeln, da wir es zur Zeit rein praktisch nicht ganz schaffen. Das haben wir aber gar nicht nötig. Was geht uns verloren, wenn wir uns mit Begriffen wie "Repression", "linksradikale Oppposition", "militante Gruppen", "Flucht" begnügen und uns andere Worte aufheben für andere, viel krassere Zeiten? Denn, so schlimm die Zustände in Deutschland auch sind, der Spielraum für linksradikale Opposition ist hier doch immer noch größer als in den meisten anderen Staaten dieser Welt; übrigens: wer dunkle Hautfarbe hat, hat in Deutschland im allgemeinen mehr Terror zu fürchten als linksradikale Militante. Im Fall der wegen KOMITEE Gesuchten sehe ich ganz klar kein Exil, sondern eine notwendige Flucht vor einer konkreten und bürgerlich-juristisch erklärbaren Strafverfolgung. So, genug zum "Exil".

Die Einwände von Urmel gegen den Mythos des Abhauens teil ich voll und ganz.

Natürlich ist der Knast nicht die "Universität der Revolution", aber er ist auch nicht unvermeidlich das Grab aller Träume, als das er uns oft erscheint. Die von Urmel kritisierte Gleichsetzung von Flucht=gut und Knast= schlecht ist wirklich zu schwarzweiß gestrickt. Es muß immer überlegt werden, wie ein Mensch drauf ist und wie die Lebensbedingungen sich je nach Entscheidung (wenn denn eine möglich ist) entwickeln können. Wenn ich fremde Sprachen schlecht lernen kann und vor mir scheinbar endlose Jahre der Einsamkeit, Abhängigkeit und Unsicherheit liegen, wähle ich vielleicht lieber eine überschaubarere Zeit im Knast...

Im dritten Teil des Textes kommt Urmel wieder auf diese allgemeinen Überlegungen zurück und schreibt einiges zum Thema "Würde", dem ich nichts hinzuzufügen habe.

2) Umfeld

Was das soziale bzw. politische Umfeld der Abgetauchten angeht, so finde ich es nicht verwunderlich, daß davon wenig zu hören ist.

Es ist scheinbar so, daß eine grundsätzliche Unsicherheit darüber besteht, welche Formen der Öffentlichkeit es innerhalb der Linksradikalen gibt, welches Detailinteresse es für was gibt und wer wem gegenüber eigentlich Rechenschaft schuldig ist. Umso unklarer ist das, wenn das "Umfeld" (wie Urmel auch selbst schreibt) eine ganz vielschichtige Menge von Leuten ist, die sich kaum kennen, geschweige denn mögen müssen. Sie haben unterschiedliche Interessen und Probleme und sollen plötzlich eine Identität als "das



Umfeld" entwickeln. Wem gegenüber sollen sie sich erklären, und was sollen sie erklären? Wenn Urmel sagt, etwas werde nicht thematisiert, kann damit ja nur eine öffentliche Thematisierung gemeint sein, denn Urmel kann unmöglich wissen, was alle Betroffenen in ihrem eigenen Bezugskreis erleben.
Diejenigen, die ein Mitteilungsbedürfnis haben, sind meistens auch die, die tiefer in den ganzen Schlamassel verstrickt sind und von daher sehr auf ihre Worte achten müssen. Andere sind mit hineingezogen worden und wehren sich gegen diese Situation, wollen am liebsten gar nicht mehr darüber reden, schon gar nicht öffentlich.
Das Ergebnis kann dann durchaus eine Art öffentlicher Unsichtbarkeit der Mitbetroffenen sein. Manchmal ist es auch anders, es bildet sich eine Gruppppe, die das "Umfeld" nach außen repräsentiert, ob nun zurecht oder zu Unrecht, aufgrund von Informationshierarchien oder zufälligen Entwicklungen, und die wohl meistens nach und nach in den einzelnen persönlichen oder politischen Konflikten aufgerieben wird...
Ich finde den Wunsch von Menschen aus dem "Umfeld" berechtigt, daß ihre Situation, ihr Streß, ihre Schwierigkeiten von anderen wahrgenommen und respektiert werden. Ich glaube, daß das normalerweise auch geschieht, nur eben nicht in Form öffentlicher Stellungnahmen, sondern praktisch und auf den jeweiligen Vertrauensebenen.
Meine Erfahrung im Fall KOMITEE ist, daß es, durch die Zwänge der Situation bedingt, viel praktische Beschäftigung mit der Situation gab, dagegen die persönliche Verarbeitung des Stresses und Verlustschmerzes oft zu kurz kam (was auch durch keine weitere öffentliche Thematisierung hätte ersetzt werden können).
Von mir selber kann ich sagen, daß ich das in Urmels Text anklingende Gefühl des "Allein-gelassen-werdens" mit dem Streß nicht teile. Das ginge mir vielleicht anders, wenn ich immer noch - wie früher einmal - den Anspruch auf dem Buckel tragen würde, die linksradikale Szene solle mir ein Familienersatz sein, in dem individuelle Probleme einzelner Mitglieder automatisch zum Problem aller werden. Das kann nicht funktionieren.

3) Militanz

Die Ausführungen Urmels zu den notwendigen Überlegungen, wenn jemand militante Aktionen macht, empfinde ich als zweischneidige Sache. Denn sie sind einerseits vollkommen richtig: wer militant agiert, geht ein hohes Risiko ein, für sich selbst aus freiem Willen und für andere, die sich normalerweise nicht entscheiden können. Darum ist eigentlich neben rein organisatorischer Überlegung auch Klarheit im Kopf und ein hohes Maß an Verantwortungsgefühl und (Selbst-) Reflektion nötig. Diese hohen Ansprüche tragen im übrigen, so sehe ich das, zu der hierarchischen Wahrnehmung der Militanz in linksradikalen Kreisen bei (die RAF sah das offenbar auch stets so und hat es den Leuten auch gern unter die Nase gerieben: Bei uns sind die Besten, und die Männer bei uns haben sogar das Patriarchat überwunden... - wer's glaubt...).
Aber ist es nicht andererseits so, daß Menschen unter den verschiedensten Lebensbedingungen zu militanten Aktionen kommen, längst nicht immer als Ergebnis einer klaren Lebensentscheidung? Die technische Vorbereitung ist die eine Seite, die Klarheit im Kopf die andere. Und wer nicht aufgrund kristallen klarer Überlegungen diesen Weg geht, wird vielleicht auch erst nach und nach die eigenen Brüche, Schwächen und Widersprüche bemerken.
Eine weitere nicht zu unterschätzende Gefahr ist die Isolierung der Militanz im eigenen Saft. In einer Zeit, wo militante Aktionen seltener werden und viele junge Linksradikale sie zwar gut finden, aber kaum praktische Erfahrungen damit sammeln können, kann leicht eine Tendenz der Militanten entstehen, sich abzukapseln (wie in den siebziger Jahren). In den eigenen, vertrauten Kreisen gibt es Nestwärme, müssen manche Diskussionen nicht noch einmal wiederholt werden, sind die Leute (vermeintlich) besser auf die möglichen Repressionsschläge vorbereitet. Das - notwendige - Hochhalten der Verantwortlichkeit und der Überlegung, was dem eigenen sozialen Umfeld zuzumuten ist, bestärkt solche Tendenzen.
Damit sollen die wie gesagt notwendigen Überlegungen vor der militanten



Aktion nicht kleingeredet werden. Sie können nicht oft genug benannt werden. Ich bin überzeugt davon, daß die militanten Aktionen der radikalen Linken voll sind von Fehlern, Ungenauigkeiten und falschen (Selbst)Einschätzungen der Beteiligten, so daß es ein wahres Wunder ist, wie gut die meisten zu klappen scheinen - vermutlich liegt es nur daran, daß auch die Arbeit der Repressionsorgane voll ist von Fehlern, Ungenauigkeiten und falschen Einschätzungen.

4) Vom 'Fall K.O.M.I.T.E.E.' zur Militanzdebatte

Urmel schlägt eine Brücke vom "Fall KOMITEE" in Berlin zur Militanzdiskussion, und das ist für mich der problematischste Teil des Textes. Ich lese dort teilweise genau jenen "eingeengten Blick", den Urmel eine Seite später anderen vorwirft, und will darum ausführlicher auf diesen Abschnitt eingehen.
Mein erster Gedanke war, daß hier Konflikte offengelegt werden, die erst mal unter den Betroffenen geklärt werden sollten, und daß es sicher Menschen gibt, denen diese Offenlegung nicht behagt - sei es aus persönliche oder aus anderen Gründen. Es wäre ja auch erst noch zu klären, ob diese Konflikte wirklich, wie Urmel schreibt, grundsätzlicher politischer Natur sind.

Es bringt aber auch wenig, eine solche Aufarbeitung in Form öffentlicher Stellung- und Gegenstellungnahmen zu beginnen.
Wenn es Urmels Absicht war, reale Konflikte vom Sommer 1995 zu verallgemeinern und darauf aufbauend eine politische Analyse mit über den Einzelfall hinausgehender Bedeutung zu entwickeln, so ist dies meiner Meinung nach nur in Ansätzen gelungen. Der Stil des Textes ist zwar objektivierend, aber der Inhalt befreit sich nicht von der eigenen Nähe und Verstricktheit in die konkrete Situation. Es wird eine ziemlich gradlinige Argumentationskette gelegt, die stark darauf beruht, daß bei mehreren möglichen Schlußfolgerungen/Gedanken stets nur einer weiterentwickelt wird.
Gleich zu Anfang wird gesagt, um wen es geht: Um diejenigen, die sich mit "derartigen Situationen auseinandergesetzt haben" haben (laut eigenem linksradikalen Anspruch) und diesen darum "einigermaßen gewachsen" sein sollten (also geht es z.B. nicht um zufällig hineingezogene ZeugInnen). Scheinbar ist das "Sich-Auseinandersetzen" und das "Gewachsen-sein" praktisch dasselbe. Was ist mit den Menschen, die trotz "Auseinandersetzung" (wo fängt die an, wo hört die auf?) der Situation nicht gewachsen sind? Mit denen, die ihrem eigenen Anspruch zuwiderhandelten und sich nicht "auseinandersetzten"? Mit denen, die der Situation früher einmal gewachsen waren, aber heute nicht mehr? Mit denen, die Urmel zwar dem linksradikalen/autonomen Spektrum zurechnet, die sich da selbst aber gar nicht so sicher sind? Kurzum: Was taugt der von Urmel schematisch an den Anfang gestellte autonome Idealmensch für die Beurteilung der Wirklichkeit im April 1995? Meiner Meinung nach wenig.
Und noch etwas: Es wird auch nichts dazu gesagt, in welchem Maße sich überhaupt objektiv beurteilen läßt, ob jemand der Situation gewachsen war oder nicht. In einem bunt gemischten Umfeld, wo viele Leute wenig voneinander wußten und deswegen die einen taten, was ihnen logisch erschien, während ebendies anderen (mit anderem Wissensstand) überhaupt nicht einleuchtete, ist es wahrscheinlich, daß das damalige Verhalten mancher Leute manchen anderen bis heute rätselhaft ist und als ein "Der-Situation-nicht-gewachsen-sein" angesehen wird, weil sie die Hintergründe nicht kennen...
Schon in der Einleitung zu diesem Teil von Urmels Text wird somit als selbstverständlich dargestellt, was ich gar nicht so selbstverständlich finde. Es ist eine Vereinfachung und gleichzeitig das Festklopfen eines hohen Leistungs-Anspruches, womit eine der Grundlagen für die folgende Argumentation des Textes gelegt wird.
Urmel entwickelt eine gradlinige Gedankenfolge, die verkürzt etwa so aussieht: Viele von der Repression Betroffene seien der Situation 1995 nicht gewachsen gewesen, weil sie kein Verhältnis mehr zu praktischer Militanz hatten; die "Ernsthaftigkeit ihres sozialrevolutionären Engagements" sei darum letztlich fraglich. Urmel suggeriert, es habe "viele" Leute gegeben, die ihre eigene Unsicherheit und Distanz kompensiert hätten, indem sie



Wut gegen die Gesuchten, die Gruppe KOMITEE oder auch andere Betroffene richteten. Und Urmel spricht ausdrücklich nur von Menschen aus dem linksradikalen bzw. autonomen Spektrum!
Die Schwäche dieser Argumentation liegt nicht darin, daß sie an sich aus der Luft gegriffen wäre: All das, was hier als weitgehend psychologischer Prozeß beschrieben wird, existiert. Wir kennen es vermutlich alle aus Diskussionen mit ehemals radikalen, inzwischen 'geläuterten' Menschen. Da ist zuerst das schlechte Gewissen gegenüber uneingestandenem Aufgeben von Positionen, das in die kritisierende Flucht nach vorne umgewandelt wird, und später dann die Abwehrhaltung, mit der die eigene Vergangenheit verdrängt werden soll. All das gibt es, und auch im Fall KOMITEE ist es gewiß vorgekommen.
Doch die verallgemeinernde und objektivierende Weise, in der dieses Erklärungsmuster allen und allem übergestülpt wird, was - vermeintlich - schlecht lief, schüttet das Kind mit dem Bade aus. Und Urmel spart hier nicht mit kräftigen Worten: "Unheimlich viel Aggression, Mißtrauen und Verständnislosigkeit untereinander", "Unmengen von Aggressionen mobilisiert", "Viel Wut auch auf die Gesuchten"...
Aus meinen Erinnerungen heraus kann ich sagen, daß ich wohl Aggression, Mißtrauen und Verständnislosigkeit untereinander erlebt habe damals - aber mir fallen dazu ganz andere Gründe ein. Nur in einem einzigen konkreten Fall würde ich Urmels Argumentation für zutreffend halten. Urmel mag andere und mehr solche Fälle kennen, dennoch bleibt Urmels Erklärungsversuch einer unter einigen, die alle ihre Berechtigung haben. Um ein paar Möglichkeiten zu nennen: Vielleicht trafen auch Menschen zusammmen, die sich schon früher nicht grün waren. Vielleicht gab es Mißtrauen, weil allem Anschein nach ein paar Leute sehr grobe Fehler begangen hatten. Vielleicht reagierten Menschen anders als erwartet, weil sie Dinge wußten, die andere (auch Urmel) nicht wußten. Oder genau umgekehrt, weil sie Dinge nicht wußten, die andere (auch Urmel) für bekannt hielten. Vielleicht klappte die Kommunikation unter Menschen manchmal schlecht, was gerade unter dem Druck tatsächlicher oder auch nur eingebildeter Überwachung schnell passiert. Vielleicht wurden Menschen in schwierigen persönlichen Situationen erwischt. Vielleicht fingen manche sofort mit Verdrängungsarbeit an, weil sie es sonst nicht



aushalten konnten. Vielleicht gab es Leute, die plötzlich überrascht merkten, daß 'sich auseinandersetzen mit' und 'praktisch drinstecken' zwei ganz verschiedene Paar Schuhe sind. Vielleicht gab es Menschen, die sich überschätzten. Vielleicht waren auch welche überlastet. All das kann zu Konflikten zwischen Menschen führen, ohne daß dabei jemand militanter Politik die Legitimation abspricht.

Ich finde es unangemessen, sich eine einzelne dieser möglichen Erklärungen rauszupicken und daraus zusammen mit dem eingangs erwähnten hohen Anspruch eine Art Beweisführung zu entwickeln, die am Ende dahin führt, am "sozialrevolutionären Engagement" derer zu zweifeln, die den Ansprüchen



(angeblich) nicht genügten. Das ist genau die Art eingeschränkter Begrifflichkeit, die Urmel an anderer Stelle zurecht der 'Gruppe wider den Knick' vorwirft.

Der dahinterstehenden Problematik, wie militante Politik in der radikalen Linken wieder eine breitere Verankerung finden kann, wird eher ein Bärendienst erwiesen, wenn die ganz unterschiedlichen Gründe für Kritik, Distanz oder Streß innerhalb des Umfeldes so pauschal abgekanzelt werden. Vielleicht war eine Aussage in dieser Schärfe von Urmel nicht beabsichtigt, aber die beschriebene Darstellung, in der in jedem Absatz Differenzierung verlorengeht, führt letztlich konsequent da hin. Wenn allen, die auf Repressions-Situationen nicht angemessen-verantwortlich reagieren, die Ernsthaftigkeit ihres Engagements angezweifelt würde, blieben wohl nicht mehr viele ernsthafte KämpferInnen ohne Makel übrig - nicht nur im Fall 'KOMITEE', sondern auch in den anderen Repressionsstürmen der letzten Jahre, seien es die spektakulären Fälle 'Kaindl' oder 'Radikal' oder auch die vielen unauffälligen kleineren Verfahren, die zum Alltag der Repression gehören.

"Viel Wut auf die Gesuchten" (Urmel) habe ich übrigens überhaupt nicht erlebt. Im Gegenteil, ich habe viel Solidarität gespürt. Was ich aber auch mitbekommen habe, war eine gewisse Teilnahmslosigkeit bei vielen Szene-Leuten, als gehe sie das alles nicht so viel an. Wo ich mit Menschen darüber gesprochen habe, bekam ich meist zu hören: sie würden ja etwas tun, wenn klarer gemacht würde, was jetzt angesagt ist und was nicht. Es war also eher Hilflosigkeit, die sich durch klare Vorgaben auch ändern ließ. Und vorgeben konnten natürlich nur diejenigen, die wußten, was die Interessen der unmittelbar Betroffenen waren. Dazu gab es lange Zeit wenig Klarheit, wofür alle aus dem Umfeld und auch die Betroffenen selbst ihren Anteil an Verantwortung zu tragen haben.

Die Kritik, die es 1995 an der Gruppe



KOMITEE gab, fand und finde ich überwiegend solidarisch und, wo nicht, so doch zumindest überlegt. Ich hätte mir vom KOMITEE noch einiges mehr an Selbstkritik vorstellen können. Eine kritische Reflektion ihres politischen Projektes gab es nur in Ansätzen, und letztlich überwog in ihrer Auflösungserklärung eine Stimmung von 'wir haben Fehler gemacht und verantworten uns dafür, aber eigentlich war alles im Prinzip richtig' (die Justiz denunziert vielleicht auch deswegen die erklärte Auflösung der Gruppe als angebliches Täuschungsmanöver). Ich selbst lasse mich gerne nach der Ernsthaftigkeit meines sozialrevolutionären Engagements fragen und bin dennoch der Meinung, daß das vom KOMITEE entwickelte Konzept nicht durchdacht war und letztlich eine unreflektierte Wiederholung dessen war, was Gruppen wie die RZ und lokale Ansätze wie in Berlin die 'Revolutionären Viren' Ende der 80er Jahre bereits selbstkritisch hinterfragt hatten: Militante Kleingruppen sind nicht Guerilla, sie können nicht politische Orientierung der radikalen Linken sein. Sie können deren Kämpfe begleiten, aber nicht anleiern oder gar ersetzen. Die Demonstration, daß militante Aktionen möglich sind, hat keine politische Qualität aus sich heraus, sondern ist auf ein Umfeld von Menschen angewiesen, die dies politisch verarbeiten.

Bei der KOMITEE-Erklärung (wie auch früher schon bei Erklärungen militanter Gruppen, v.a. aus dem antiimperialistischen Spektrum) habe ich den Eindruck, daß die wortreich erläuterte politische Idee des Projektes einerseits und der eine Satz zu dem moralischen Motiv, sich nicht abfinden zu wollen mit den herrschenden Verhältnissen, andererseits, die wirkliche Gewichtung der Motive für das Projekt etwas verzerren. Die ganze linksradikale autonome Politik ist vom moralischen Motiv durchzogen, und in seiner Übersetzung in die Worte 'revolutionäre Ungeduld' macht es auch die Trennlinie zur traditionellen kommunistischen Politik deutlich sichtbar, welche das Zügeln, Kanalisieren und notfalls Unterdrücken ebendieser Ungeduld bedeutet. Aber während wir in unseren Sturm und Drangjahren, als wir uns radikalisierten, dieses starke moralische Motiv ganz in Ordnung fanden, kam später die realpolitischere Überbauung mit Projekten und Strategien. Die militante linksradikale Politik hat jedoch bisher weniger als an-

dere politische Kampffelder Projekte und Strategien entwickelt, sie blieb und bleibt stark moralisch besetzt, sozusagen der rächende 'Batman' der Autonomen, die schroffe Insel im Meer der Anpassung und Kleinlichkeit. Alle Versuche, militante Strategien zu entwerfen, endeten damit, daß die einzelnen Gruppen sich von den aktuellen Bedürfnissen ihres jeweiligen Mikrokosmos führen ließen, ob 'RAF' oder 'Guerilla diffusa'. Oder? Damit will ich nicht sagen, daß das an sich schon schlecht sei - es zeigt lediglich an, in welchem Verhältnis die militanten Gruppen zur linksradikalen Politik im allgemeinen stehen: eben nicht in einem orientierenden, sondern eher in einem kommentierenden.

Urmel wirft die Frage auf, wie im konkreten Fall von Linksradikalen mit der politischen Verantwortlichkeit und dem Verhältnis zu Militanz umgegangen wird. Ich teile nicht die Erwartung, daß alle Linksradikalen willens und in der Lage sein müßten, mit heftiger Repression umzugehen. Dazu kenne ich diese Szene viel zu lange und bin pragmatischer geworden. Wenn wir diesen Anspruch wie ein Banner vor uns hertragen, werden wir zwangsläufig auf die Nase fallen; vergleichbar ist das Spannungsverhältnis zwischen 'Anna und Artur halten's Maul' und die Realität dauernder Aussagen von Linksradikalen bei Bullen/ Justiz...

Eine linksradikale Szene, die sich ihrer Verletzlichkeit bewußt ist und darüber diskutiert, wie damit umzugehen ist, ist letztlich stärker als eine Szene, die versucht, sich durch das Errichten von 'Dämmen' bzw. Tabus zu schützen und dann umso entsetzter und überraschter ihre tatsächliche Verletzbarkeit praktisch erlebt.

Nicht zuletzt aus den hoch gesteckten Erwartungen entstehen schnell Mißtrauen und Enttäuschung, und daraus wiederum Geringschätzung und Ungenauigkeit. Urmel benennt das Mißtrauen, scheint sich aber nicht bewußt zu sein, daß zumindest der mittlere Teil seines/ihres Textes davon dominiert ist. Und vielleicht wird auch mir vorgeworfen werden, ich begegnete Urmels Text mit Mißtrauen... jedenfalls spreche ich mich selbst keinesfalls frei von dem Druck des hohen Anspruches, der so oft spaltet anstatt zu vereinen.

Die dabei entstehenden Risse werden natürlich von den Sicherheitsbehörden ausgenützt, ebenso wie die Tatsache, daß viele Betroffene trotz all der Texte über das Ausmaß der Repression im Lande kaum praktische Erfahrung damit haben und darum zuallererst empört und mit Paranoia reagieren.

Militante linksradikale Praxis wird vorläufig das 'Privatvergnügen' einiger weniger Menschen bleiben, und ringsherum werden viele sein, die den möglichen Konsequenzen nicht oder schlecht gewachsen sind. Aber war das jemals anders? Wir müssen das Beste draus machen.

Wawa der Waran, Juni 1997



Get Ready!

(aus: "Kassiber", Juni 1997)



Die Anregung zu diesem Paper haben wir durch den Artikel "Ready or Not?" von "Urmel aus dem Ei(s)" erhalten. Er spricht unter anderem an, daß wenig über die Situation und die Probleme des Umfelds einer zum Abtauchen gezwungenen Person bekannt gemacht wird.



Wir sind einige Menschen, die im Zusammenhang mit den radikal-Verfahren Erfahrungen mit dem Abtauchen gemacht haben und wollen diese hier vermitteln. Am Anfang möchten wir auf die entstehenden Schwierigkeiten hinweisen, wenn über dieses Thema öffentlich geschrieben wird. Auch jetzt, nachdem alle vier Leute, die damals abgetaucht waren, wieder unter uns sind, ist es nicht leicht, darüber zu reden. Es stellen sich Fragen wie: Was darf eigentlich öffentlich beredet werden, da das Verfahren ja immer noch läuft? Was gehört nicht an die Öffentlichkeit, damit die Bullen daraus nix ziehen können? Wie kann mensch trotzdem Dinge vermitteln, um die Situation allen ein wenig greifbarer zu machen und anderen, die diesen Schritt noch wagen werden, Erfahrungen zu vermitteln? Wir wollen es versuchen.

Abtauchen

Situationen, in denen sich die Frage nach einem Abtauchen stellen, sind durchaus nicht selten. Zwar sind in der sogenannten politischen Szene nur einige wenige Beispiele bekannt geworden, aber es gibt viele Fälle, in denen Menschen aufgrund von staatlichem Druck, z.B. Einberufung zur Bundeswehr oder irgendwelche Gerichtsverfahren, einfach verschwinden. Ein Unterschied besteht darin, das Abtauchen als einen politischen Schritt zu begreifen. In dem Fall sollten Möglichkeiten bestehen, bei der Unterstützung zu Hause und am Fluchtort auf politische Strukturen zurückgreifen zu können. Das ist vom Anspruch her sicher richtig; die Realisierung sieht jedoch meist ganz anders aus.

Zum Ausgangspunkt: Nach dem 13.6.95, an dem bundesweit Durchsuchungen stattfanden, traf es uns alle (die Person und uns) ziemlich unvermittelt , daß ein Mensch aus unserem Zusammenhang, der sich gerade im Urlaub war, abtauchte. Urmel aus dem Ei(s) schreibt dazu: "Je besser vorbereitet so ein Umfeld ist, wenn die Leute sich schon eingehend mit der Möglichkeit, selbst Abtauchen zu müssen, auseinandergesetzt haben, und je mehr Erfahrungen mit konspirativem Verhalten und Organisierung sie haben, desto einfacher wird es für sie werden. Und trotzdem ist es noch hart genug, und noch mehr für die, die einfach ins kalte Wasser geworfen werden, sich in der Beziehung wenig Gedanken gemacht oder/und sich wenig zugetraut haben."

Und weiter: "Eigentlich müßten wir alle, die sich als radikale und/oder revolutionäre Linke verstehen, auf derartige Situationen vorbereitet und in der Lage sein, damit umzugehen. Doch zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft oft eine riesengroße Lücke. Und nur wenige Leute können auf Erfahrungen in derartigen Situationen zurückblicken."

Diese Aussagen können wir bestätigen. Irgendwie ist es mit dem Organisieren der Möglichkeit zum Abtauchen wie mit dem Schreiben eines Testament im plötzlichen Todesfall. Alle denken daran, aber in der alltäglichen Praxis gibt es immer wieder Gründe, die eine Organisierung aufschieben oder verhindern. Auch wir wurden ins kalte Wasser geworfen. Überrascht durch den großangelegten Angriff mußten wir mehr oder weniger spontan alles Nötige selbst aufbauen:

Am Anfang überwog bei uns, wie bestimmt auch bei den Abgetauchten, das Gefühl des Triumphs, zu wissen, daß eine Person aus unserem Zusammenhang bzw. mehrere Leute es geschafft hatten, den Bullen ein Schnäppchen zu schlagen, und nicht in ihre Fänge geraten waren. Außerdem ist es beruhigender, an jemanden zu denken, die/der irgendwo draußen in relativer Sicherheit ist, als sich den Mensch im Knast vorstellen zu müssen. Dieses Gefühl hat auch die ganze Zeit über angehalten. Anfangs war es zwar schwierig, weil die Situation für unsere/n FreundIn, vor allem was eine mögliche Bleibe betraf, noch nicht gefestigt war. Die finanzielle Situation wurde, mit Hilfe eines breiteren Umfeldes - dem wir hier nochmal danken wollen -, schneller geklärt. Dabei kann mensch noch erwähnen, daß nicht nur von den Durchsuchungen, sondern auch von der Situation des Abtauchens und der Notwendigkeit, damit umzugehen, ein Personenkreis betroffen war, der sich aus unterschiedlichen politischen Erfahrungskreisen zusammengesetzt hat. Im Laufe der Zeit mußten deshalb bestehende Barrieren eingerissen werden, um eine effiziente Arbeit zu gewährleisten, was aber nicht immer gelang.

Höllisch viel Arbeit

Nachdem nun die Situation für die abgetauchte Person gesichert war und sich das Entsetzen darüber gelegt hatte, daß jemand, die/den wir lieb haben, die Flucht antreten mußte, gab es

höllisch viel Arbeit, um die Versorgung zu organisieren. Das bedeutete zum Beispiel, die Kommunikation aufrechtzuerhalten. Infos mußten gesammelt und weitergereicht werden. Die abgetauchte Person wollte und mußte natürlich auf dem neuesten Stand der Dinge gehalten werden, was die Entwicklung im Zusammenhang mit den Durchsuchungen usw. betraf. Außerdem sollte er/sie weiterhin in die Diskussion einbezogen sein. Wobei es auch darum ging, daß die Infos nicht nur von engsten Bezugspersonen ausgingen, sondern vielseitig 'rüberkamen. Diese Art der Kommunikation war fast genauso aufwendig und langwierig wie die mit Leuten im Knast - nur ohne Kontrollrichter.

Wichtig war dabei für beide Seiten, daß mensch was tun konnte. Geschenke, Kleinigkeiten wurden ausgetauscht, die an das beiderseitige Leben erinnerten. Dinge, die sein/ihr Leben vorher bestimmten, wie Kleider, Tapes, Walkman und Bücher haben wir natürlich zuerst vermittelt. Mensch kann sich bestimmt vorstellen, wie schön das ist, in dieser Situation den Lieblingspullover, -cassette oder -buch zu bekommmen. Für diese Kommunikation mußten bestimmte Sicherheitskrierien aufgestellt werden (z.B.: Wie kommen die Sachen zu dem Abgetauchten?, Werden Briefe verschlüsselt und nicht handgeschrieben). Dabei ging es aber auch darum, Sicherheitsrisiken abzuwägen: Müssen bspw. Bücher ohne Fingerabdrücke sein oder nimmt mensch das Risiko in Kauf, private Photos mitzugeben? Diese ganze Kommunikation wurde organisiert und auch Besuche mußten ermöglicht werden, wobei jede einzelne Person abwägen mußte, das Risiko tragen zu könnnen, beim Besuch erwischt zu werden oder den/die Freundin nicht sehen zu können.



Schwierigkeiten

Wie bei jeder Art der Organisierung gab es auch hier enorme Schwierigkeiten, Pannen, z.B. nicht eingehaltene Termine. Gerade das war ein besonderes Problem. Für unsere Seite als BesucherInnen gab es zwar eine psychische Belastung vor jeder Verabredung mit der abgetauchten Person, die aber nicht zu vergleichen ist mit der des/der Abgetauchten. Sie/er mußte für sich eine Taktik entwickeln, sich schon von vorne herein darauf einzustellen, daß der Termin nicht klappt, damit die Enttäuschung nicht überhand nimmt, falls er wirklich nicht klappt. Jede/r ist bestimmt schon mal in der Situation gewesen, einen Tag lang vor dem Telefon zu hängen, nur weil der Freund oder die Freundin anrufen wollte. Die Vorstellung gleicht dieser Situation, nur noch etwas schlimmer. Aufgrund dieser Erfahrung war es besonders wichtig, gerade da Verbindlichkeiten zu schaffen und auch immer nur einen Termin einzuhalten - und nicht mehrere Ausweichtermine anzupeilen.

Eine andere Schwierigkeit, die hier im gesamten Soliumfeld auftrat, war das Sprechen über die Situation. Nachdem sich der Schock der Durchsuchungen gelegt hatte und die meisten wieder zu ihrer alten Tagesordnung übergegangen waren, wurde nicht mehr über die Person geredet. Der/die Abgetauchte erschien teilweise wie tot, da er/sie nicht so greifbar war wie die, die im Knast saßen. Sein/ihr Name wurde zB. nicht laut ausgesprochen. Das lag einmal an unserer Unsicherheit: wir mußten uns in die Situation einfinden, Kriterien schaffen, wie wir ihre/seine weitere Sicherheit organisieren. Dann kam das Vorfühlen, wem mensch vertrauen kann und gleichzeitig unsere Unsicherheit im Umgang mit der Repression, die ja weiterhin zu spüren war. Andere hatten natürlich Fragen und interessierten sich aus unterschiedlichen Gründen für die Person, die auf einmal nicht mehr greifbar war, trauten sich aber nicht, diese zu äußern, weil sie nicht anecken wollten, oder sie dachten, konspirative Gründe wurden ein Reden nicht erlaube. Über allem lag auch die Angst - verstärkt durch den laufenden Fahndungsapparat -, etwas zu tun, was dem/der Verfolgten schaden könnte.

Es hat schon einige Zeit gedauert, bis da eine Annäherung und eine relative Offenheit geschaffen wurde. Erfrischend waren da schon manchmal Äußerungen von netten Menschen, die aber nicht in den Politnikkreisen verkehrten und schöne Grüße an die verfolgte Person bestellten. Überhaupt waren die Reaktionen eher positiv und besorgt als abwertend.

Nachdem also der Schrecken des 13.6. für viele vorbei war und sie ihrem normalen Alltag nachgingen oder wiederum andere Wichtigkeiten auftraten, war es für uns immer noch nicht normal. Unsereins konnte andererseits aber auch nicht loslassen, da ja ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis bestand, die abgetauchte Person war in gewisser Weise auf Infos angewiesen. Auch hier hat sich wieder mal gezeigt, wie wichtig kontinuierliche Arbeit ist und welche Personen dazu fähig sind.

Wir haben immer noch den Verlust unseres geliebten Menschen zu spüren bekommen. Es gab zwar den Triumph: besser weg als im Knast, andererseits hatte sich aber auch eine gewisse Normalität eingestellt. Briefkontakte funktionierten und es gab die Möglichkeit der Besuche durch befreundete Personen. Allmählich drang das Thema auch nach außen, nur bis zu einer Einbeziehung in die Solistruktur ist es nicht so richtig gekommen. Aus verschiedenen Gründen, die wir hier aber nicht weiter erörtern wollen, da das den Rahmen sprengen würde.

Zum anderen haben wir auch die Erfahrung gemacht, daß nahestehende Personen zum Sprachrohr des/der Abgetauchten gemacht wurden, obwohl die Möglichkeit einer direkten Auseinandersetzung, auch über offene Briefe, bestand. Politische Brisanz hat das Thema die ganze Zeit nicht bekommmen. Ein Grund dafür kann sein, daß wohl auf ein Zeichen des/der Abge-

tauchten gewartet wurde, statt daß Menschen selbst aktiv geworden wären. Deshalb wurden vor allem Ansätze wie Grußadessen und Anzeigen positiv aufgenommen.

Situation der Abgetauchten

Wir wollen hier kurz einschieben, wie sich die Situation für die abgetauchte Person aus unserer Sicht dargestellt hat.

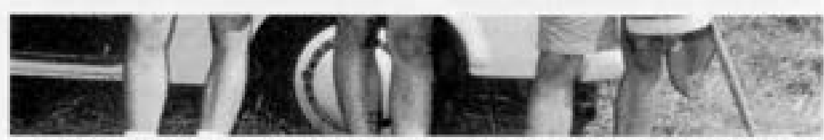
Zuerst mußte er/sie ihre Situation klarkriegen. Sie/er hat die Infos aufgesaugt, mußte versuchen, einen ruhigen Ort zu finden und sich einigermaßen an die Situation gewöhnen, daß er/sie gesucht wird und ohne Papiere leben muß, getrennt von FreundInnen und den bekannten Örtlichkeiten. Daneben mußte der/die Abgetauchte sich an die neue Lebenssituation gewöhnen: Neue Menschen kennenlernen, ihnen vertrauen und mit ihnen leben lernen, d.h. auch Sprache und Gebräuche erlernen, falls er/sie sich im Ausland aufgehalten hat. Dabei macht es schon einen Unterschied, ob mensch alleine oder zu zweit in der Illegalität lebt. Die sogenannte Illegalität muß auch erst erlernt werden: Wie verhalte ich mich in der Öffentlichkeit, ohne aufzufallen? Wie überwinde ich erstmal die Angst davor, auf die Straße zu gehen? Allmählich gewöhnt mensch sich an die neue Situation. Der Angst, geschnappt zu werden, folgt die Einstellung, daß selbst wenn mensch geschnappt wird, er/sie sich dann an jeden einzelnen Tag ohne Knast wird erinnern können.

Wobei es sich dabei auch nicht immer um freudige Tage handelt, denn auch Depressionen und Verzweiflung müssen durchlebt werden. Hinzu kommt, damit klarzukommen, daß mensch abhängig ist von Leuten (hier und da). Das annehmen zu können, ohne immmer nur dankbar zu sein, und darin eine gleichberechtigte Beziehung aufzubauen, ist auch nicht einfach.
Gleichzeitig muß ein Bruch mit dem alten Leben vollzogen werden, um mit dem neuen Leben fertig werden zu können. Der/die Abgetauchte muß anerkennen, daß sein/ihr Leben jetzt nicht mehr so weitergehen kann wie vorher. Er/sie muß sich neue Aufgaben suchen, aber auch von dem Vorherigen Abstand nehmen, einmal wegen der eventuellen Gefährdung, andererseits aber, um die Situation besser aushalten zu können. Das heißt auch, sich auf neue Realitäten einzulassen und im Vergleich dazu, wie mensch vorher drauf war, Abstriche zu machen.



Gerade die gewonnene Zeit kann nicht nur nützlich sein, weil mensch viel über sich und sein bisheriges Leben nachdenken kann, sondern kann auch dazu führen, daß mensch Depressionen durchlebt, wie er/sie es vorher nicht erlebt hat. Das kann auch dazu führen, daß mensch anfälliger für Krankheiten und tagelang schlecht drauf ist. Wenn diese Situation dann vermittelt wird und wir als FreundInnen mitbekommen, daß unsere/r Liebste/r durchhängt, ist das schon eine extreme Situation. Gleichzeitig ist die Gewissheit immer da, daß im Extremfall die Möglichkeit besteht sie/ihn zu treffen und es liebe Menschen gibt, die für ihn/sie da sind, anders als in der Isolation im Knast. Trotzdem muß der/die Abgetauchte schon eine Menge Kraft haben oder bekommen, um diese Situation unbeschadet durchzustehen. Menschen, die vorher viel mit anderen zusammen waren oder immer gerödelt haben, sind nun viel mehr alleine und auf sich gestellt, und da kommt es nicht nur auf sie an, was sie daraus machen. Zu arbeiten, um sich zu beschäftigen, kann auch zu einer nicht leichten Aufgabe werden, wenn mensch keine gültigen Papiere besitzt. Es wirkt sich deshalb meistens positiv aus, wenn mensch sich eine neue Aufgabe sucht.





Für uns waren die Kontakte zu unserem/unserer FreundIn zum größten Teil positiv. Freundschaften wurden geknüpft oder gefestigt, durch diese extreme Situation waren die Kontakte schon sehr intensiv. Mensch kann mal richtig ausspannen, lange schlafen oder krank werden und wird gleichzeitig umsorgt und wieder aufgebaut, mensch kann seine Sorgen loswerden und unser/e FreundIn hört sich das aus der Ferne an, kann mit Abstand darüber urteilen.

Mit dem Einleben in der neuen Umgebung geht immer ein Entfernen von der früheren einher. Irgendwann muß dann die Entscheidung fallen, ob mensch überhaupt noch zurückgeht oder lieber ganz da bleibt. Das hängt auch davon ab, welche Strafe die Person hier erwartet. Die Situation ist da bei den Abgetauchten im Zusammenhang mit dem K.O.M.I.T.E.E. schon eine andere als bei unserem/unserer FreundIn. Die drei wollen wir hier auch nochmal ganz lieb grüßen. Wir würden uns auch freuen, etwas öffentlich von eurer Situation zu hören oder wenigstens, ob es euch gut geht.

Allgemein läßt das Interesse der abgetauchten Person an der alten Umgebung mit der Zeit nach, besonders wenn sie eine Aufgabe oder Arbeit gefunden hat. Mensch denkt dann schon mal an Trennung für länger und an den Aufbau eines neuen Lebens, weil es einfach zu schwierig ist, über längere Zeit in zwei Welten zu leben. Auch die persönlichen Beziehungen, die



dort geknüpft wurden, werden stärker und es fällt auch wieder schwer, diese zu verlassen, und tut bestimmt genau so weh, wie damals, bei dem ersten Bruch. Dann ist es auch für uns - als hiesigem Umfeld - schwierig, zu entscheiden, ob er/sie besser dableiben oder wiederkommen soll oder ob mensch mitwegzieht (als PartnerIn oder so).

Schlußendlich

Durch dieses Papier wollen wir dazu beitragen, dem Thema Abtauchen den Mythos zu nehmen. Das Abtauchen erscheint uns als eine gute Alternative zum Knast. Aber nur wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, das heißt, es muß ein Umfeld vorhanden sein, daß Energie und Arbeit in die Betreuung des/der Abgetauchten setzt und zwar hier und da. Hier ist dabei besonders wichtig, daß der Rückhalt aus dem Freundeskreis und Zusammenhang besteht und die finanzielle Versorgung gesichert ist. Wenn dort die Unterbringung und der persönliche Bezug aufgebaut ist und mensch von hier aus dazu nix organisieren muß, ist das natürlich eine enorme Erleichterung.

Wenn diese Voraussetzungen nicht stimmen, kann es Situationen geben, in denen der/die Abgetauchte selbst Knast als Lösung ins Auge faßt. Wenn die Versorgung nicht so klappt, Kontakte abbrechen und es keine Erklärung dafür gibt; wenn mensch sieht, daß die anderen nach sechs Monaten wieder draußen sind; wenn mensch sich Vorwüfe macht wegen etwaiger Verhaltensweisen und dann den Knast schon als Ableistung seiner Strafen sieht; wenn mensch nicht ihr/sein Leben alleine regeln kann oder Schwierigkeiten hat, dann erscheint ein geregelter Tagesablauf im Knast schon erstrebenswerter.

Aber trotz der vielen Arbeit und der großen psychischen Belastung für die Dagebliebenen und die/den Abgetauchten, überwiegen die positiven Erfahrungen, die mensch aus dieser Situation ziehen kann. Wobei sich alle Leute, die in irgendeiner Art und Weise dazu beigetragen haben, daß es in unserem Fall so geklappt hat, sich hier nochmal gedrückt fühlen dürfen. Entscheidende Erfahrungen können sein, zu sehen, wie welche Leute in solchen Situationen reagieren, Freundschaften entstehen oder verloren gehen - intensive Beziehungen entwickeln sich aus solchen Extremsituationen.

Das Bedeutendste an der Situation des Abtauchens ist, daß sie selbstbestimmt ist. Mensch kann entscheidend an deren Gestaltung mitwirken. Auch das eventuelle Scheitern liegt meist an den eigenen Fehlern oder Unzulänglichkeiten im Umfeld.

Das Abtauchen ist also nicht unmöglich, aber sehr anstrengend, wobei wir auf den Sicherheitsaspekt hier nicht näher eingegangen sind, weil dies den Rahmen sprengen würde. Mensch muß nur im Kopf behalten, daß die Bullen zwar viel wissen und immer in den Planungen "einbezogen" werden müssen, aber doch nicht alles kontrollieren können. Die Erfahrungen, die wir hier vermitteln wollen, sind individuell zu sehen und lassen sich bestimmt nicht auf alle Abgetauchten übertragen. Sie regen aber vielleicht dazu an, daß andere sich auch noch zu Wort melden.

AU (Abgetauchten-UnterstützerInnen)



Das K.O.M.I.T.E.E. meldete sich erstmals am 27.10.1994 zu Wort, nachdem die Gruppe ein Gebäude des Verteidigungskreiskommandos 852 der Bundeswehr in Bad Freienwalde (Brandenburg) in Brand gesetzt hatte. In der Erklärung wurde die Bundeswehr angegriffen, weil sie den Krieg der Türkei gegen die PKK und gegen die kurdische Bevölkerung massiv unterstützt. Das K.O.M.I.T.E.E. stellte in der Erklärung fest, daß Deutschland "Kriegspartei im Völkermord in Kurdistan (ist) - militärisch, ökonomisch, politisch", und daß sich ohne Übertreibung feststellen lasse, "daß die BRD heute für die Türkei die gleiche Bedeutung hat, wie die USA ehemals für Vietnam und Mittelamerika". Gleichzeitig kritisierte das K.O.M.I.T.E.E. die unterentwickelte Solidarität der deutschen Linken zum kurdischen Befreiungskampf. Den Anschlag verstand das K.O.M.I.T.E.E. als symbolische Aktion mit dem Ziel, "uns als deutsche Linke mit dem kurdischen Befreiungskampf in Bezug zu setzen".



Militant ins nächste Jahrtausend!?

Der versuchte Angriff auf den zukünftigen Abschiebe-Knast in Köpenick am 11.4.1995 erweiterte diese Themenstellung. Zum einen zielte er erneut konkret auf die deutsche Kurdistan-Politik, denn KurdInnen in Deutschland, vor allem politisch aktive, sind dauernder Einschüchterung und Terrorisierung durch deutsche Behörden ausgesetzt, die in Knast und Abschiebung gipfeln. Darüber hinaus ist die deutsche Abschottungs- und Abschiebepolitik gegen Flüchtlinge aus aller Welt seit Jahren zurecht Angriffsziel verschiedenster politischer Gruppen, von Kirchengemeinden bis zu bewaffneten Gruppen.
Zum anderen wollte das K.O.M.I.T.E.E. sich diesmal nicht mit einer symbolischen Aktion begnügen. Es ging darum, den im Umbau befindlichen, leerstehenden Knast so stark zu beschädigen, daß seine Fertigstellung erheblich verzögert worden wäre. Daß es möglich ist, durch militante Angriffe mehr als symbolische Wirkung zu erzielen, zeigte in Berlin bereits 1987 der Anschlag 'Revolutionärer Viren' auf die Berliner Ausländerbehörde, bei dem tausende von Akten und Pässen vernichtet wurden, wodurch viele Asylverfahren bei Null anfangen mußten, was zwar für die Flüchtlinge erneuten Streß, aber auch eine längere Verzögerung von Abschiebungen bedeutete. Noch mehr dürfte der Anschlag der RAF 1993 auf den neuen hoch-modernen Knastbau in Weiterstadt (Hessen) Vorbild gewesen sein, der die Einweihung des Knastes um vier Jahre verzögerte und die Baukosten um 100 Millionen Mark hochtrieb.
Nach dem Scheitern des Angriffes in Köpenick meldete sich das K.O.M.I.T.E.E. erst am 6.9.95 wieder mit einer Erklärung. Darin wurde eine Bilanz gezogen und als Konsequenz die Auflösung der Gruppe erklärt. Das K.O.M.I.T.E.E. zog diese Konsequenz aus den gemachten Fehlern, die zur Ver-

folgung von vier Menschen führten, verteidigte aber gleichzeitig das eigene Konzept, nach dem militante Aktionen notwendiger Bestandteil linker Politik sind und die Existenz kontinuierlich in Erscheinung tretender militanter Gruppen Orientierungspunkte für die linke Szene setzen kann. Das K.O.M.I.T.E.E. hatte sich selbst als eine solche Gruppe gesehen, meinte aber, der damit verbundenen hohen Verantwortung nicht gerecht geworden zu sein.
Es gab verschiedentlich Kritik an der Erklärung des K.O.M.I.T.E.E.s, die sich auf die politischen Grundüberlegungen und ihre Umsetzung bezog. Der Gruppe wurde entgegengehalten, sie überschätze ihre eigene Bedeutung wie die Bedeutung militanter Aktionen an sich für die radikale Linke, sie verfolge letztlich einen Avantgarde-Anspruch und sehe die Situation der Linken allgemein zu undifferenziert. Infrage gestellt wurde auch, inwieweit das K.O.M.I.T.E.E. wirklich das in der Erklärung als politisch "nötig" hergeleitete Projekt war oder doch der individuelle Handlungsdrang angesichts des unerträglichen Normalzustandes ringsum von größerer Bedeutung war als von der Gruppe eingeräumt wurde.
Ein weiterer Einwand gegen das Projekt des K.O.M.I.T.E.E.s war, daß das erklärte Ziel, ein Thema militant zu "pushen" und damit zum Durchbrechen einer "Lethargie" der Linken beizutragen, bereits in den achtziger Jahren von den Revolutionären Zellen in Form der Kampagne 'Für freies Fluten' unter ungleich günstigeren Bedingungen nicht oder fast nicht erreicht worden sei; u.a. darüber gab es Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre öffentliche Diskussionen, in denen militante Gruppen das Scheitern ihrer Politik und ihre Auflösung erklärten oder auch stillschweigend von der nächtlichen Bildfläche verschwanden. Auf diese Erfahrungen aus jüngster Vergangenheit ging das K.O.M.I.T.E.E. in seiner Erklärung nicht ein.
Eine Debatte über die Perspektiven militanter Politik kommt nicht darum herum, sich damit zu beschäftigen, was die praktischen Erfahrungen der letzten knapp dreißig Jahre sind. Denn sonst wird immer wieder bei Null angefangen, und die Textbeiträge wie die praktischen Aktionen wiederholen sich in dem Maße, wie die handelnden Personen und Gruppen neu auftauchen bzw. verschwinden.
Schon Mao hatte mit seinem Vergleich vom Fisch im Wasser richtig erkannt, was eine der notwendigen Bedingungen für radikale Politik ist. So wie revolutionäre Organisationen und Guerillas eine soziale Basis brauchen, so brauchen auch militante Kleingruppen sie, nur daß im ersten Fall 'Volksmassen' vonnöten sind, im zweiten Fall eine einigermaßen starke linke Bewegung genügt. Es nützt dem Fisch überhaupt nichts, wenn er sich für objektiv richtig erklärt, dabei aber am Strand liegt und austrocknet. Und es nützt der militanten Bewegung nichts, wenn sie - frei nach Brecht - die Situation der Linken allgemein für falsch erklärt, denn sie kann sich keine neue wählen.
"Konsequente militante Praxis könnte einer der Hebel sein, den Kreislauf der Linken von Glaubwürdigkeitsverlust nach außen und Mutlosigkeit und Anpassung nach innen zu durchbrechen", schrieb das K.O.M.I.T.E.E.. Eine solch strategische und tiefgreifende Auswirkung militanter Praxis auf die Linke an sich war in den vergangenen Jahrzehnten nur dann mehr als ein Wunschtraum, wenn diese Militanz sich unmittelbar aus einer Bewegung entfaltete, die auch anderweitig Stärke entwickelte - etwa in Form der 'sozialen Bewegungen' um 1970 bzw. 1980 herum. Wo immer militante Gruppen versuchten, selbst diesen 'Hebel' anzu-



setzen, fanden sie sich früher oder später als isolierte Avantgarde auf dem Trockenen wieder, schlimmstenfalls gefolgt von Repressionswellen des Staates, die (zu) viele Menschen unvorbereitet trafen und somit die erhoffte Wirkung des Projektes in sein genaues Gegenteil verkehrten (wie das K.O.M.I.T.E.E. selbst richtig feststellt).
Auf den klandestinen Gruppen - bewaffneten wie auch 'Guerilla diffusa' - lastete allzulange der Anspruch, sie müßten eine strategische Orientierung der radikalen Linken erarbeiten, theoretisch wie praktisch: immerhin, sie verkörperten, neben Zeitungen, über Jahre die nahezu einzigen linksradikalen Strukturen von Dauer; sie galten (ausgesprochen oder auch nicht) als vorbildhaftes Ziel für persönliche und politische Reifungsprozesse der einzelnen; sie boten die Chance, die Kluft zwischen radikalem Handlungsdrang und theoretischer Auseinandersetzung zu überwinden. Tatsächlich waren sie mit dem Anspruch stets überfordert. Das eigene Überleben gegen den enormen feindlichen Apparat und die Bewahrung der eigenen Handlungsfähigkeit machten es meist unmöglich, Perspektiven zu entwickeln, die über taktische Überlegungen (die von der eigenen Vorgeschichte in der Bewegung geprägt waren) bzw. das eigene Orientieren an 'äußeren' Vorgaben hinausgingen. Die klandestinen Gruppen haben dies nach und nach erkannt und praktische Konsequenzen daraus gezogen - Schritt für Schritt, vom Stellen der Machtfrage in vermeintlich greifbar naher vorrevolutionärer Situation Anfang der 70er Jahre bis zur jenem unausgegorenen Gemisch aus Nadelstichen und "Trotz alledem" der 90er.
Wenn Militante nun den Vorwurf an die radikale Linke richten, diese unterstütze die klandestinen Gruppen zu wenig, so ist damit wenig gewonnen. Solidarität läßt sich nicht einklagen. Wo Gruppen feststellen, daß sie zu 'vereinsamen' drohen, liegt es in ihrer eigenen Verantwortung, darauf zu reagieren, selbst wenn die Verhältnisse hier im Lande mehr denn je nach militanter Praxis verlangen.
Eine solche Konsequenz muß beileibe nicht die Selbstauflösung sein: die RAF entschied sich in den siebziger Jahren stattdessen dafür, die Bindung an die deutsche Linke weitgehend selbst zu kappen, da sie ihr eigenes Projekt für wichtiger hielt. Andere Gruppen gehen den schweren Weg der Rücknahme der Eskalation - es ist in der Tat schwer, auf ein Terrain zu verzichten, das selbst mühevoll erobert wurde, und sei es nur das der technischen Qualifikation. Ein möglicher Weg ist auch, die Versuche militanter Organisierung voranzutreiben, dabei aber direkte Aktionen hintenanzustellen.



Zwei Fragen, die früher von den meisten Gruppen (außer der Roten Zora) eher nebenbei abgehakt wurden, sind dabei in den 90er Jahren ins Zentrum der Debatte gerückt: Erstens, was haben militante Gruppen mit patriarchalen Herrschaftsstrukturen zu tun und wie stehen sie dazu; zweitens, wie macht revolutionäre, auf Befreiung der Menschen gerichtete Militanz sich eindeutig identifizierbar in Abgrenzung zu Militanz von rechts!?
Eine umfassende Darstellung der Debatten über militante Strategien in der BRD steht noch aus, obwohl mittlerweile die Texte militanter Gruppen dicke Bücher füllen. Je mehr die Erfahrungen der klandestinen Gruppen der 70er/80er Jahre in die Vergangenheit rücken, je weniger Menschen übrig sind, die aus eigener Erfahrung und mit positivem Bezug auf militante Politik an sich etwas zu der Diskussion beizutragen haben, desto notwendiger wird es, vor dem Entwurf neuer oder doch-nicht-so-neuer Strategien diese Texte zu berücksichtigen. Als kleine Appetithappen zitieren wir aus ein paar Texten der letzten 17 Jahre. Die Auswahl ist gewiß nicht ausgewogen, sondern entspricht unseren hier beschriebenen Standpunkten zur Militanz-Debatte. Wir fanden Texte von 1981, die Antworten auf Texte von 1997 enthalten, und Beobachtungen, die allem Anschein nach zeitlos aktuell sind und regelmäßig wiederkehren...

Wie ein Fisch im Wasser oder in der eigenen Suppe schwimmen?

Zitate aus Texten militanter Gruppen der 80er und 90er Jahre

"Revolutionärer Zorn" Nr.6, Januar 1981:

"...Prinzip unserer Aktionen ist es deshalb, daß sie ausgehen von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, an denen wir beteiligt sind, daß sie an den dort geführten politischen Auseinandersetzungen anknüpfen, daß sie unter der Fragestellung 'bringen sie die Bewegung weiter' bzw. 'verschärfen sie die Widersprüche' eindeutig bestimmbar sein müssen. Orientieren sich unsere Aktionen nicht an dieser Maxime, führen sie in die Isolation und tragen zum Entsolidarisierungsprozeß bei..."

"...Mit der Zersplitterung der Bewegung reduzierte sich die Bedeutung gesellschaftlicher Konflikte, in denen die Linke präsent war, auf Auseinandersetzungen, die nur in den seltensten Fällen wenigstens lokale Ausmaße erreichten. (...) (Es) stieg die Tendenz, auf symbolische Interventionen auszuweichen. Benennbare konkrete Zielsetzungen gerieten in den Hintergrund, während das Argument, es ginge um den Nachweis, daß illegaler Widerstand in diesem Land überhaupt möglich ist, zunehmend an Gewicht gewann. (...) Erschwerend wirkte sich aus, daß eine personelle Verbindung zu den verschiedensten Gruppen und Initiativen unter den gegebenen Bedingungen nahezu ausgeschlossen war, wir folglich mehr und mehr von Diskussionen abgeschnitten und auf indirekte Informationen angewiesen waren, um die Objekte, die Zielrichtung, die Form und den Zeitpunkt von Aktionen zu bestimmen. Klar, daß sich damit das Risiko erhöhte, ungenau, abstrakt, unverständlich zu bleiben. (...) Als Folge dieser Schwierigkeiten, aber auch als Kritik am Zerfall der Linken, (...) veränderte sich die Stoßrichtung unserer Aktionen. Statt sich an dem zu orientieren, was die Bewegung machte, gingen wir dazu über, die Bewegung an dem orientieren zu wollen, was wir für politisch brisant und notwendig hielten."

"Gratwanderungen und Gletscherspalten", radikal 114, März 1983:

"Ein erklärter Anspruch aller militant organisierten Gruppen, so auch der Revolutionären Zellen, war schon immer, in Zeiten eher flauer Basisbewegungen Kontinuität im Widerstand zu demonstrieren. (...) Wir (wollen) hier mal unterstellen, daß es neben den vorgegebenen 'objektiven' Gründen für die Kontinuität noch mindestens ebenso wichtige, doch nicht offen benannte 'subjektive' Motive gibt. Aktionen, die anderen zeigen sollen, daß der Kampf weitergeht, sind für die eigene Identifikation mit der Rolle des Revolutionärs noch viel bedeutender. Denn gerade in flauen Zeiten muß der Revolutionär sich selbst beweisen, daß sein Weg richtig und sein Ich wichtig ist.
Vielleicht wäre es mal an der Zeit, diese Strategie der 'einsamen Kontinuität' grundsätzlich zu überdenken."

"Revolutionäre Politik ist die Gratwanderung zwischen Sektierertum und Reformismus", Januar 1986:

"Je mehr Menschen sich in laufenden sozialen Konflikten oder Bewegungen schon politisiert und aktiviert haben, je vielfältiger dadurch auch Diskussions-, Protest- und Aktionsformen vorhanden sind, desto mehr können über subversive Angriffe erreicht werden. Positiv Einfluß nehmen auf soziale Kämpfe können wir jedoch nur, wenn wir daran teilnehmen, Bescheid wissen über die laufenden Prozesse, die Schwierigkeiten und die Diskussionen unter den Betroffenen. Nur so können wir die nötige Sensibilität dafür entwickeln, ob unsere Aktionen der Bewegung nützen. Andernfalls verpuffen sie oder bewirken statt Mobilisierung gar das Gegenteil - Ärger über die Militanten. In diesem Sinne kritisieren wir z.B. die Praxis der RZ 1982 im Zusammenhang mit der Startbahnbewegung: In einer Phase, in der die radikale Linke sich aus der eigenen Schwäche heraus dem



friedlichen, gewaltfreien Protest der BI unterordnete, machten die RZ eine Serie von Anschlägen, von denen aber nur einige positiv aufgenommen wurden (...). Dazu kam, daß sie in ihren Erklärungen abgehobene und besserwisserische Kommentierungen der Bewegungssituation abgaben (...).
Eine notwendige militante Praxis innerhalb sozialer Konflikte kann dann erfolgreich sein, wenn wir es schaffen, über subversive Aktionen die Grenzen, die durch Reformismus, Angst und Akzeptanz gegenüber Staat und Kapital gesetzt sind, aufzubrechen. Ohne jedoch das Dogma der Legalität mit dem Fetisch der Illegalität zu vertauschen."

"Schnell statt gründlich", Einige Gene aus der Revolutionären Vire Thomas Müntzer, Interim 84, 21.12.1989:

"...Vielleicht erinnern sich einige daran, daß wir selbst 1988 eine ähnliche Idee hatten: Ein Thema durch militante Eingriffe anzuschieben. (...) Woran sind wir letztlich gescheitert? Wir hatten natürlich auch etliche technische Probleme, die die Effektivität unserer Aktionen beeinträchtigten. Ein wichtiger Faktor, der zum Abbbruch der Kampagne beitrug, war der völlig gesprengte Zeitplan (...).

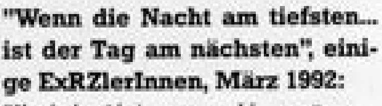




Wir (denken) - durch unsere Erfahrung bestärkt -, daß militante Politik mit jeder Form der Avantgardepolitik sehr vorsichtig sein muß (...). Den (...) engen Zusammenhang zwischen Bewegung und militanter Politik halten wir für durchaus wünschenswert. Wir befürchten jetzt, daß ihr [eine RZ-Gruppe, d.S.] mit eurer Kampagne in derselben Avantgarde-Sackgasse landen könntet, wie schon andere vorher. Ihr stellt selbst fest, daß die RZ-Kampagne zum Thema Asyl voluntaristisch war. Wir stellen fest, daß unsere CIM-Aktionen [CIM=Computer-Integrated Manufacturing = Fabrik-Automatisierung, d.S.] es auch waren. (...) Natürlich reicht es nicht aus, sich als Militante hinzustellen und auf 'die' Bewegungsthemen zu warten (...). Natürlich ist es denkbar, daß ein ursprünglich isolierter Ansatz, militant oder nicht, zum Zündfunken wird. Aber überlegt euch genau, wo ihr vielleicht subjektivistisch handelt, d.h. wo ihr allein die eigene Einsicht in die Notwendigkeit des militanten Eingriffs zum Leitfaden des politischen Handelns macht und etwaige widrige äußere Umstände lieber wegdiskutiert."

"Das Ende unserer Politik", eine Revolutionäre Zelle, Januar 1992

"Unsere eigenen Aktionen der letzten Jahre sind im luftleeren Raum verlaufen, waren nicht mehr Bestandteil einer breiteren sozialen Praxis. Unser Koordinatensystem: bewaffnete Opposition - Vermittlung - Verankerung - Vermassung stimmt nicht mehr, der Bezugsrahmen hat sich verschoben, Verhältnisse haben sich aufgelöst. (...) In den 80er Jahren haben wir in der Region eine militante Politik zu vertreten und zu entfalten versucht, die immer auf dem Prinzip der Verankerung und Vermassung aufgebaut war - Verankerung in einem aktiven linksradikalen Umfeld und womöglich in sozialen Konflikten, die über diese linksradikale Szene hinausgingen. Die mit unseren Aktionen und Erklärungen verbundenen thematischen Vorschläge: eine konsequent antirassistische und internationalistische Orientierung zur Unterstützung des schwarzen Befreiungskampfes in Südafrika, dann verstärkt unsere Kampagne gegen die imperialistische Flüchtlingspolitik und ihre staatlich-administrativen Durchsetzungsorgane - diese Vorschläge sollten politisch orientierend wirken, ohne uns in eine avantgardistische Position gegenüber dem legalen Teil des Widerstands zu bringen.
Spätestens am Ende der Flüchtlingskampagne, nach dem 18.12.1987, und bei der Wiederaufnahme unserer Angriffe zur Unterstützung der Roma ab 1989, wurden wir uns unserer Isolierung bewußt. Die fehlende Verankerung in unserem politischen Umfeld ließ sich nicht länger mit vereinzelten Zustimmungsritualen aus der Szene kaschieren. (...) Es war das eingetreten, was wir unbedingt vermeiden wollten: Wir waren allein, ohne Austauschmöglichkeiten, so daß sich die Motivation für die bewaffnete Intervention nur noch aus dem reinsten Subjektivismus zu speisen begann. Ein Zustand, den wir als Tod von Politik begreifen und als Einfallstor für Beliebigkeit und Terrorismus."



"Wenn die Nacht am tiefsten... ist der Tag am nächsten", einige ExRZlerInnen, März 1992:

"Ihr habt Aktionen zur Unterstützung des südafrikanischen Befreiungskampfes und gegen die staatliche Flüchtlingspolitik gemacht. '... diese Vorschläge sollten politisch orientierend wirken, ohne uns in eine avantgardistische Position gegenüber dem legalen Teil des Widerstandes zu bringen' sagt ihr - und wir würden gerne wissen, warum.
Was ist eine Avantgarde? Steht sie notgedrungen ganz oben, hat sie mit Hierarchie überhaupt etwas zu tun? Kann mensch überhaupt Avantgarde sein wollen oder nicht wollen? Ist 'Avantgardesein' im Kontext einer politischen Bewegung oder Entwicklung nicht einfach Ausdruck davon, ob der politische Vorschlag einer Gruppe angenommen wird oder nicht, ob er zur Dynamik von Kämpfen beitragen kann?
'Avantgarde' scheint für euch eine

überaus negativ besetzte Vokabel zu sein, andererseits auch eine Art Schlüsselwort. Kämpfe aus einer inhaltlich-politischen Stärke heraus anzuführen, ist anscheinend unweigerlich mit dem Dünkel von Macht und Hierarchie behaftet, so als sei dies nicht zu allererst eine Frage der Struktur und der Inhalte (in diesem Fall: der Linken). Für uns ist die vordergründig panische Angst, sich zu exponieren, nicht zuletzt ein Zeichen von fehlender Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen."

"Mili's Tanz auf dem Eis", Rote Zora, Dezember 1993:

"(Das) veränderte politische Klima - zusammen mit den Verunsicherungen durch die Repression - stoppte erstmal all unsere praktischen Pläne. Es waren aber nicht nur diese äußeren Bedingungen, die uns schwächten, hinzu kamen unsere eigenen Fehler: Wir schätzten unsere Bedeutung und unsere Möglichkeiten nicht realistisch ein. Wir fanden das Projekt "Rote Zora" in dieser Situation so immens wichtig, daß wir alle unsere Bemühungen darauf ausrichteten, die Struktur aufrecht zu erhalten, und merkten gar nicht, wie sehr wir uns dabei praktisch lahmlegten. Wir unterlagen unserem eigenen Mythos, was sich ebenfalls in unserem hohen Anspruch an eine mögliche Praxis ausdrückte. Wir konnten uns als Rote Zora keine Aktion vorstellen, die hinter die Entwicklung unserer bisherigen Praxis zurückfiel. Das lag aber in der speziellen Situation jenseits unserer Fähigkeiten und Möglichkeiten. Je länger der Zeitraum ohne praktische Politik war, desto höher wurde der Anspruch und desto unmöglicher die praktische Umsetzung. So schloß sich der Kreislauf zunächst einmal. (...)

Die aufwendige Form der politischen Organisierung ohne konkrete Umsetzung in Aktionen und eine komplizierte Kommunikationsstruktur (...) verstärkten bei vielen von uns Unzufriedenheit und massive Zweifel, ob wir als illegale Organisation in der Lage seien, in die politischen Prozesse einzugreifen. Aus verschiedensten Gründen - andere Schwerpunkte setzen, militanten Widerstand nicht mehr angemessen finden, Festgefahrenheit in der Organisationsstruktur und damit einhergehender Schwerfälligkeit und Verlust von Lebendigkeit - trennten sich die meisten Roten Zoras von unserem Zusammenhang, und somit stehen wir quasi am Neuanfang.

Die grundsätzlichen Fragen nach Wirksamkeit, Legitimation, Ziel, Basis und persönlicher Umsetzbarkeit unserer Politik haben sich uns verschärft gestellt. Das sind zwar Fragen, die uns ständig begleiten, aber in Zeiten geringer politischer Gewißheit und in Phasen der notwendigen Klärung von Perspektiven werfen wir immer wieder die politischen Erfolgsaussichten und persönliche Gefährdung und Einschränkungen neu in die Waagschale.

Zudem mußten wir uns gegen den mainstream dieser Zeit behaupten, der v.a. von gemischten Gruppen ausging, daß militanter Widerstand in dieser Situation nichts mehr bringe.(...)

In einer Phase von Perspektivlosigkeit, nachlassendem und zersplittertem Widerstand und geballt erscheinender Übermacht des Systems greift Resignation desto mehr um sich, je mehr wir glauben, die vielen Zuspitzungen sexistischer und rassistischer Gewalt und Ausbeutung ohne sichtbare Gegenwehr hinnehmen zu müssen.

Es liegt an uns, Teil dieser Resignation zu sein oder sie zu durchbrechen!"

"Selbstportrait einer militanten Gruppe - Anfangen, aber nicht um jeden Preis", Interim 388, 13.09.1996:

"Militante Projekte einzustellen, bis eine umfassende Strategie entwickelt, ausgearbeitet und schließlich von vielen an- und aufgenommen worden ist, hieße, das Verschwinden linksradikaler Positionen zu beschleunigen, denn Aktionen fungieren oft als Vehikel für unsere Themenschwerpunkte. Nicht nur würden politische Vorstellungen weiter aus der Wahrnehmung verschwinden, auch die praktische Erfahrung einer militanten Intervention in die HERRschenden Verhältnisse wäre zumindest zeitweilig kein erkennbarer Bestandteil revolutionärer Politik in der BRD mehr. Es geht demnach darum, einen Pool von Eingriffsoptionen beizubehalten, damit diese nicht als undurchführbar gelten und aus dem Blickfeld geraten. Es wird für neu konstituierte militante Gruppen stets von Bedeutung sein, Vorlagen von schon existenten klandestinen und militanten Zusammenhängen zu haben und von ihrem inhaltlichen und praktischen Potential zu zehren. (...) Die an die Ausführungen des K.O.M.I.T.E.E.s angelehnten Motive für militante Politik stießen bei Stellungnahmen z.T. auf grundsätzliche Kritik: Linksradikale Militanzmythen würden durch die K.O.M.I.T.E.E.-Politik fortgeschrieben, die gesellschaftsverändernde Bedeutung militanter Politikformen werde überschätzt, das K.O.M.I.T.E.E. nehme eine avantgardistische Rolle ein und verknüpfe Aktionen mit einem 'Erweckungsgedanken' (vgl. Interim-Artikel und ak-Kommentar). Uns ist in den letzten Jahren kein Statement eines militanten Zusammenhanges bekannt, der die Lage linksradikaler Politik in der BRD nicht als marginal beschrieben hätte. Diese Marginalität zeigt sich sowohl an der Aktionszahl, der -präzision und dem -niveau als auch an dem AdressatInnenkreis. Die Aktionen dienten vornehmlich der Festigung und Motivierung der eigenen Strukturen (...). Wenn dabei gescheiterte Aktionen oder gar eine erzwungene Gruppenauflösung als demobilisierend begriffen wird, so ist das nur allzu berechtigt und nicht als Überschätzung militanter Aktionsformen auszulegen. Wir empfinden die K.O.M.I.T.E.E.-Auflösung gewiß nicht als Motivationsschub und Verbesserung unserer Ausgangsbedingungen! Und wir können keinen Grund erkennen, der eine wie auch immer geartete (Selbst-)Überschätzung rechtfertigen könnte! (...)

Mit den fast schon ritualisierten Vorwürfen der 'Mythenbildung' und des 'Erweckungsgedanken' wird vernachlässigt, daß militante Zusammenhänge ihre Aktionen i.d.R. in den Rahmen einer Kampagne stellen oder Themen aufgreifen, die bspw. Teil des tripple-oppression-Ansatzes sind (...). D.h. es ist darauf zu achten - und so haben wir auch die Ausführungen des K.O.M.I.T.E.E.s aufgefaßt -, daß Aktionen im Kontext linksradikaler Basispolitik stehen bzw. über ein (wenn auch kleines) politisches Pendant verfügen. Hierin drückt sich die Wechselbeziehung zwischen Basispolitik und 'flankierenden' Aktionen aus. Wenn diese Wechselbeziehung von militanten Gruppen berücksichtigt wird, kann der Tendenz,

daß jede militante Kleingruppe eine isolierte ist (vgl. radi-Text) entgegengesteuert werden. Sicherlich ist eine kampagnenbezogene Aktion in bewegungsarmen Zeiten nicht in einen zahlenmäßig großen Teilbereichskampf eingebettet. Sie vermag aber in Verbindung mit der linksradikalen Szene zu wirken, um die 'Bodenhaftung' nicht zu verlieren.
Ähnlich unverständlich erscheint uns der Avantgardismus-Vorwurf. Da der Begriff 'Avantgarde' derart negativ besetzt ist, nimmt der Vorwurf schon fast einen diffamatorischen Charakter an. Worauf stützt er sich? Auf die Intention, eine politisch orientierende Rolle einzunehmen? Politische Akteure zu sein? Impulse setzen zu wollen und Verantwortung zu übernehmen? Den Wunsch zu haben, daß bestimmte Themen von anderen aufgegriffen werden? Auch wir verfolgen diese Intentionen mit unserem Vorgehen. Wir finden dabei nichts Anrüchiges, denn nur so lassen sich im solidarischen Widerstreit politische Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausbilden, entsteht 'Bewegung'."

"Militant und bewaffnet ins nächste Jahrtausend! ...oder vielleicht doch nicht?" Interim 428, 24.7.1997:

"Kommt es nur uns so vor, dass militantes Auftreten zum Ausdruck verlorengegangener gesellschaftlicher Kämpfe geworden ist? Wenn schon die Spießer nicht mitziehen, so sollen sie uns zumindest nicht überhören. Ist es nicht die Sackgasse militaner Politik, wenn Radikalität zum Ersatz für die eigene Niederlage wird."



Wir wollten doch diesen Sommer jeden Tag ein Ei legen!?

Vergiß es!!

(Radikal 153, Nov.1995)

E.I.N.I.G.E. G.E.D.A.N.K.E.N. Z.U.M. K.O.M.I.T.E.E.- K.O.N.Z.E.P.T. U.N.D. Z.U.R. S.I.T.U.A.T.I.O.N. L.I.N.K.S. R.A.D.I.K.A.L.E.R., M.I.L.I.T.A.N.T.E.R. G.R.U.P.P.E.N.

Wie ihr wohl spätestens nach dem durchblättern voranstehender Erklärung (vgl. Seite 16, Anm.d.S.) mitgekriegt habt, hat sich das K.O.M.I.T.E.E. aufgelöst. Bei dem Versuch eine Stellungnahme zu diesem "Projekt" zu schreiben, sind uns eine Menge Fragen und Probleme hochgekommen, die wir für wichtig halten, egal ob die Kollegen mit den vielen Punkten im Namen (versucht den Namen mal zu tippen, das dauert ne halbe Stunde) nun weitermachen oder nicht.

Militante linksradikale Politik ist in der Krise, wie die Linke insgesamt. Das alte Konzept vom Zusammenwirken von legaler Bewegung und militanten Aktionen geht nicht mehr auf. Den verbliebenen Rest von aktiven Gruppen, in welchen Teilbereichen auch immer, die militantes Vorgehen tatsächlich mitzutragen bereit sind, kann mann/frau kaum als soziale Bewegung bezeichnen. Vielleicht sieht es punktuell in einigen Winkeln der BRD anders aus, z.B. aktuell im Wendland, wo sich einiges bezüglich der Castorproteste regt. Verallgemeinernd läßt sich trotzdem feststellen, daß die Zeiten, wo noch zurecht an die politische Wirksamkeit auch von eingeschlagenen Bankscheiben geglaubt werden konnte, einfach weil es massenhaft geschah, erstmal vorbei sind. Viele zweifeln am Sinn ihres Tuns oder tun nichts mehr. Auch die Organisationsdebatte scheint sich im Sande verlaufen zu haben und anstelle von Organisierung der linksradikalen Kräfte, wurde die Landschaft um weitere fraktionierende Gruppierungen bereichert. Das K.O.M.I.T.E.E. hat daraus für sich die Konsequenz gezogen, sich einen Namen zu geben und das Aktionsniveau hochzuschrauben, offenbar um somit als einzelne Gruppe an Einfluß zu gewinnen. Welche Bedeutung Gruppen, wie das K.O.M.I.T.E.E. anscheinend eine hätte werden wollen, in der Krise militanten Widerstands zukommen könnte, ob solche Praxis ein Weg wäre, den andere mittrügen, diese Fragen wollen wir stellen.

Warum denn? Hat sich doch schon erledigt mit dem K.O.M.I.T.E.E. werdet ihr euch vielleicht denken? An solchen Fragen sollte unseres Erachtens viel mehr hängen, als die Einzelentscheidung oder das Einzelschicksal einer militanten Gruppe. Und darum geht's in diesem Text.

Wir SchreiberInnen begreifen uns in dieser Problematik nicht als Außenstehende. Wenn wir an einigen Punkten eher zugespitzt formulieren, Situationen überzeichnen, so nicht, weil das ganze Thema weit weg von uns wäre, sondern weil wir hoffen, auf diese Art das Dilemma besser vor Augen führen zu können.

Situation in Berlin nach dem fehlgeschlagenen Anschlag:

Letztendlich ist Berlin, was oben beschriebene Entwicklung vom Verschwinden militanter Positionen und Aktionen betrifft, eine Stadt, in der aufgrund von guten Ausgangsbedingungen (große Scene, dadurch Anonymität vor dem Bullenapparat...) viel mehr an militanten Aktionen und Massenmilitanz möglich war, als in anderen Regionen. Von daher ist das Verschwinden hier noch nicht abgeschlossen! Aber seit Jahren führen die VerfechterInnen der linksradikalen Militanz einen immer aussichtsloseren Kampf gegen das Wegbrechen ihres Bodens.

Wir hatten das Gefühl, die Repression, die nach dem Scheitern des Anschlags

in Berlin folgte, hat sie Szene völlig auf dem falschen Fuß erwischt. Terroristenfahndung durch die Bundesanwaltschaft in den eigenen Reihen, darauf war offenbar keineR (mehr) gefaßt gewesen. Nur sehr wenige verhielten sich spontan solidarisch, indem sie Geld sammelten, 'ne Demo organisierten etc. Die ganze Geschichte fand ja zu Beginn des bundesweiten, autonomen Kongresses in Berlin statt und von daher waren die Voraussetzungen für Diskussionen, Stellungnahmen und praktische Solidarität mehr als günstig.

Eine Gruppe drückte ihre Solidarität zur geplanten Aktion durch den Namen K:O:L:L:E:K:T:I:V aus und propagierte durch Aktion und Aufruf, die am Knastumbau verdienenden Großfirmen zu schädigen. Dieser Initiative folgten zwei weitere Gruppen mit Anschlägen auf die gleichen Firmen (...). Das ist natürlich nicht gar nichts, sondern in heutigen Zeiten ein recht gutes Ergebnis, was praktische Solidarität und Aufgreifen der Initiative des K.O.M.I.T.E.E.'s angeht. Wir finden solche Reaktionen super! Doch trotzdem wollen wir es auch hier nicht bei dem "Hurra!" stehen lassen, sondern uns auch die Funktion dieser Nachfolgeaktionen genauer anschauen und zur Diskussion stellen.

Denn für viele Männer und Frauen, die sich durchaus als linksradikal verstehen, hatte das ganze überhaupt nichs mehr mit ihnen selber zu tun! Es ließ sich der Eindruck gewinnen, sie fühlten sich eher durch das doch irgendwie exotische Hobby anderer Leute, terroristische Vereinigungen zu gründen, in Mitleidenschaft gezogen. (Damit meinen wir nicht diejenigen, die durch Ungenauigkeiten und Fehler des K.O.M.I.T.E.E.'s in den Mittelpunkt der Fahndung gerutscht sind, sondern eine Haltung, die bei ganz vielen, die jetzt nicht unmittelbar von Verhaftung und bedrohlicheren Ermittlungen betroffen sind, zu spüren war.)

Es wurde zum Teil als lästig empfunden, sich mit dem gänzlich Unzeitgemäßen, mit militanter Politik auseinandersetzen zu müssen, wo es doch schon günstig ausgesehen hatte, das Problem so lange aussitzen zu können, bis es von allein verschwände.

Erst als die Bundesanwaltschaft am 13.6. bundesweit drei recht verschiedene Aktivitäten in einen Sack steckte: Radikal, AIZ, K.O.M.I.T.E.E., entstanden Soliplena. Dort ging es viel um die radikal, wenig um das K.O.M.I.T.E.E. und zwangsweise um eine Positionsbestimmung zur Politik der AIZ. Die radikal steht schlimmstenfalls als langweilig da, ansonsten fällt es bei dem Projekt am leichtesten sich zu solidarisieren, was mit Sicherheit auch daran liegt, daß sie ja in dem Sinne keine militante Gruppe ist, sondern eine Zeitung. Das Schweigen zum K.O.M.I.T.E.E. erklärt sich vielleicht am ehesten darüber, daß es in dem Zusammenhang keine Gefangenen (mehr) gibt. Das Thema AIZ kam erst dadurch überall auf den Tisch, daß durch die Repression zumindest den Frauen und Männern, die von Ermittlungen bezüglich der Gruppe betroffen sind, eine Positionsfindung aufgezwungen wurde. Mit letzterem wollen wir behaupten, daß die Politik der AIZ ohne den 13.6. niemals so breit diskutiert worden wäre.

Wollte man/frau die ehemals erarbeiteten Kriterien autonomer Militanz, z.B. daß die Aktionen und Aktionsformen dem jeweiligen Entwicklungsstand der Bewegung entsprechen müssen, nicht nur wegen der Vermittelbarkeit, sondern auch, weil die Bewegung auch in Motivation und Bewußtsein der nachfolgenden Repression standhalten muß, auf die Aktion in Grünau anwenden, so hätte sie eigentlich nicht stattfinden dürfen. Gelten die Kritierien noch?

Ausgangslage für militante Gruppen

Die Ausgangslage für die, die immer noch linksradikalen, militanten Widerstand gegen die bestehenden Verhältnisse leisten wollen, ist eine Zwickmühle. Das Unrecht ist gewachsen, brutaler, drückender, häßlicher geworden. Der Drang, dem etwas effektives entgegensetzen zu wollen, wächst mit. Gleichzeitig wächst aber auch der Frust, die aus den 80ern stammenden Formen der Bewegungsmilitanz immer wieder am Leben erhalten zu wollen. Nichts klappt, keineR kommt mehr. Auf Demos gibt's Prügel für alles, was den Bullen nicht paßt, und Zurückschlagen ist ne Seltenheit. Koordinationsversuche zwischen militanten Gruppen scheitern oft vor einem ersten praktischen Versuch. In vielen Gruppen ist auch schon längst nicht mehr klar, welches Projekt angegangen werden soll, was gerade Sinn macht. Mann/frau verzweifelt an sich selbst und den anderen, will nicht aufgeben, wird aber doch auf Dauer das Gefühl nicht los, daß da irgendwas am eigenen Tun den Umständen nicht angemessen ist, nicht mehr hinhaut.

So ungefähr stellen wir uns das lebendig vor, was das K.O.M.I.T.E.E. am Anfang von "Zu unserem Projekt das K.O.M.I.T.E.E." geschrieben hat. Dieses Problem teilen die meisten, die noch übriggeblieben sind. Vor diesem Hintergrund auf die Idee zu kommen, eben dickere Dinger drehen zu wollen, mit kontinuierlichem Namen, um "auf die Entwicklung der linken Szene einen positiven Einfluß zu haben und Orientierungspunkte setzen

zu wollen", finden wir sehr nachvollziehbar. Aber das K.O.M.I.T.E.E. schreibt, sie kamen zu dem Schluß, daß ihr Schritt "nötig" sei. Das hört sich nach mehr an, als einem individuellen Ausweg. Ist es das tatsächlich?

Es gibt im Moment sicherlich ganz verschiedene Wege, die Frauen und Männer einschlagen, die Orientierungspunkte in der Linken setzen und das weitere Abbröckeln aufhalten wollen. Wir gehen davon aus, daß die wenigsten davon sich zu einem ähnlichen Schritt wie das K.O.M.I.T.E.E. entschließen. Das hat bestimmt auch handfeste Gründe.

Viele, die in Regionen mit größeren Scenen lebten, hatten vor Zeiten auf eine gewisse Arbeitsteilung vertraut. Solange genügend Männer und Frauen in öffentlichen Gruppen und auf Plenas radikale und auch militante Standpunkte vertraten oder mitbedachten, konnten sie sich anonymer und zeitintensiver ihrer verdeckten Aktionsplanung widmen. Trotzdem war es in großen Scenen, wie in Berlin, auch möglich, solche Standpunkte zu vertreten, ohne danach die Bullen drauf zu haben. Diese Zeiten sind lange vorbei. Offen sympathisierende Diskussionen über militante Aktionen sind mehr oder weniger unvorstellbar geworden. Wer sich mit seinem Protest im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben bewegt, kann überall reden, wie es ihm/ihr beliebt. Am kürzeren Hebel sitzen die Positionen, für die sich keineR offen hinstellen kann. Wenn es doch eineR vorsichtig wagt, ist die Gefahr groß, daß unsolidarisch damit umgegangen und letztendlich mit dem Finger auf entsprechende Personen gezeigt wird.

Viele Standpunkte drohen gänzlich aus dem öffentlichen Bereich zu verschwinden. Aber sie werden nicht nur nicht mehr ausgesprochen, sondern sie existieren zum großen Teil einfach nicht mehr in den Köpfen, können dementsprechend auch nicht mehr weitertransportiert werden. Damit auf dieser Ebene nicht alles wegbricht, was mal da war, sind einige, die früher offene Plenas eher gemieden haben, in die entstandenen Lücken in den öffentlichen Bereich gesprungen und mühen sich dort unter den oben beschriebenen Schwierigkeiten ab, die Option auf gewisse Ideen und Handlungsformen nicht aufzugeben. Diesen Frauen und Männern fehlt abgesehen von ihrer höheren Gefährdung oft einfach die Zeit und die Kraft für längerfristige militante Projekte. Sie haben



sich für den entgegengesetzten Weg entschieden, wie das K.O.M.I.T.E.E.. Da eine Doppelfunktion oft nicht mehr vorstellbar ist, drückt sich das durch einen weiteren Aktionsschwund aus.

Die Entscheidung für den öffentlichen Bereich fällt sicherlich oft auch weniger überlegt. Auf irgendeine Art findet im Moment ein Generationswechsel in der Scene statt, der diese Entscheidung begünstigt. Verbindungen von alter und junger Scene gibt es wenig. Die Zeit der Alten ist abgelaufen, viele haben im Laufe der letzten Jahre verschiedenste Gruppen in ihren engeren Zusammenhängen durchlaufen, irgendwann ist das bekannte Feld abgegrast. Wenn die jetzige Gruppe zerfällt, wird keine neue mehr gesucht. Die dadurch entstehende Handlungsunfähigkeit der Einzelnen erleichtert dann letztlich auch ihre Entscheidung für den öffentlichen Bereich, wenn sich die Frauen und Männer nicht sogar ganz zurückziehen.

Viele sind mit Sicherheit auch ernsthaft gefrustet von den vielbeschworenen herrschaftsfreien Strukturen der Autonomen und AntiimperialistInnen, die sich letztendlich natürlich immer doch auch als Räume entpuppten, wo Macht mißbraucht und zugewiesen wurde, wo Chefinnen und Chefs sich etablierten, wo es teilweise so dogmatisch

zuging, daß Frauen und Männer mit abweichenden Vorstellungen fix und fertig gemacht wurden. Viele sind verletzt liegengeblieben und zwar nicht von 'nem Knüppel, den sie auf den Kopf gekriegt haben. Andere erinnern sich mit Grausen an ihr eigenes engstirniges Auftreten, ihr opportunistisches Verhalten in der kleinen Scene, in der alle nach gleicher Moralvorstellung und gleichem Code funktionieren mußten. Aus Angst vor ihrer Schwäche gegenüber solchen Mechanismen wollen sie lieber garnichts mehr mit politischen Gruppen mit persönlichem Anspruch zu tun haben.

Ein sicher ernst gemeinter Versuch die Fehler und Mißstände der autonomen Bewegung zu überwinden und das Verhältnis von Militanz, Bewegung und Öffentlichkeit neu zu strukturieren, war die Organisationsdebatte. Wir sind von dem realen Ergebnis aber nicht begeistert. Vielleicht überdauern die AA/BO-Gruppen ja tatsächlich die Reste der Bewegung und wir finden uns eines Tages doch in ihnen wieder, aber wir können darin im Augenblick keinen vielversprechenden Neuanfang sehen.

Die Konzeption autonomer Militanz und das Konzept, das die RZ's + Zoras zuletzt vertreten haben, waren auf eine Vermassung des Widerstandes hin ausgerichtet. Sie waren zum Teil in bewußter Kritik an der RAF erarbeitet worden, der dabei vorgeworfen wurde, isoliert zu handeln, ohne sich auf die Restlinke in der BRD, auf soziale Bewegungen und die vorhandenen Widersprüche in den Metropolen ausreichend zu beziehen. Darin steckte der Vorwurf, sich diese Isolation freiwillig ausgesucht zu haben. Mittlerweile sieht dies anscheinend ein Teil der RAF und der Gefangenen selbst so. Währenddessen nähert sich die Entwicklung der Linken, einschließlich großer Teile der ehemaligen Autonomen trotz gelegentlicher Lippenbekenntnisse dem Punkt, wo festgestellt werden muß: Die Entscheidung für militanten Widerstand, der über das Niveau, sich nicht von Nazis verprügeln zu lassen, hinausgeht, führt praktisch in die Isolation, egal, worauf mann/frau versucht sich zu beziehen. Die Wahl zwischen einem innerhalb der Bewegung und einem isolierten außerhalb gibt es so nicht mehr. Mittlerweile ist jede militante Kleingruppe eine isolierte Kleingruppe! Traditionell verstand sich die gesamte autonome/linksradikale Bewegung eher als militant. Ihre verschiedenen Ausdrucks- und Aktionsformen sollten eine gemeinsame gesellschaftliche Wirkung entfalten, Druck auf links-liberale Kreise und deren Öffentlichkeitsarbeit ausüben. Inzwischen kann weder von den per se militanten Linksradikalen, noch von einer links-liberalen Öffentlichkeit die Rede sein. Es hat eine Verschiebung stattgefunden. Wenige linksradikale Militante versuchen mit ihren versprengten Aktionen die restliche Scene zu agitieren. Diese wiederum übernimmt immer häufiger Aufgaben, die früher von den Links-liberalen besetzt waren. Das Verhältnis von Militanten zur Scene ist schon lange kein wir mehr. Trotzdem erwartet die Scene nach wie vor, daß sie in Diskussionen um Sinn und Zweck von Militanz, um moralischen Anspruch an Aktionen und vieles andere mehr der Maßstab der Dinge ist.

Kleingruppe mit Markenzeichen

Leider ist das Experiment des K.O.M.I.T.E.E.'s ja schon sehr frühzeitig abgebrochen worden, so daß es keinen Sinn macht, aus ihren Anfängen Prognosen über eventuellen Erfolg bzw. Nichterfolg zu schlußfolgern.

Auf der anderen Seite gab es in den letzten Jahren immer wieder ähnliche Projekte, über die einiges gesagt werden kann.

Wer diese Projekte mit Sympathie verfolgt hat, mußte feststellen, daß die allermeisten Gruppen nach zwei Aktionen und einem längeren Grundsatzpapier zu ihrer beabsichtigten Politik, im Nichts verschwunden sind. Das hat über die Jahre hinweg doch zu einer gewissen Skepsis geführt, was den Erfolg dieses Weges angeht. Faktisch haben nur Gruppenzusammenschlüsse wie z.B. die RZ und die Rote Zora und Projekte mit größeren Strukturen, wie die RAF, die alle schon in den 70er Jahren entstanden sind, geschafft, über Jahre hinweg mehr oder weniger (die Zoras in den letzten Jahren vor 94 auch gar nicht) öffentlich präsent zu sein.

Daraus könnte der Schluß gezogen werden, daß einzelne Kleingruppen mit solchen Projekten offensichtlich überfordert sind. Leider haben die vielen, die irgendwann mal aufgetaucht und dann wieder verschwunden sind, dazu nie was gesagt.

Es bleibt also bei Vermutungen, was ihr Scheitern angeht.

Weiter wäre in diesem Zusammenhang festzustellen, daß allen solchen Gruppen gemeinsam war, daß sie sich ein höheres Aktionsniveau für ihre Praxis auferlegt hatten, als der Durchschnitt der militanten Gruppen (Ausnahme wäre da z.B. KGK (Klasse gegen Klasse), die es ja auch nach wie vor gibt).

Haben sich die meisten dieser Gruppen mit ihrem angestrebten Aktionsniveau überfordert und sind deshalb so schnell wieder ins anonymere Fahrwasser der Autonomen eingetaucht?

Warum die "Namensgebung" bei so vielen mit einem bestimmten Aktionsniveau verkettet ist, scheint uns im Nachhinein eher ein komischer Psycho, als eine wirkliche Notwendigkeit.

Dahinter steckt bestimmt auch eine Hierarchisierung von Aktionen und Mitteln, die es zwar offiziell nicht geben darf, aber trotzdem nicht aus den Köpfen zu kriegen ist (Bomben sind was höheres als Mollies und Bundeswehrkasernen was höheres als Bagger etc.). Der Schritt von der anonymen Gruppe, die Brandanschläge verübt, zur Gruppe mit Markennamen, die Spreng-

stoff benutzt, hat in der autonomen Leistungsgesellschaft irgendwie auch was von Hocharbeiten.
Trotzdem scheint uns gerade in der jetzigen Situation eine gewisse (auch gefährliche) Logik darin zu liegen, immer größere, aufwendigere und spektakulärere Aktionen machen zu wollen. Wenn kleinere Aktionen zunehmend unbeachtet verpuffen, weil sie nicht mehr zahlreich stattfinden und durch eine größere Bewegung ihre eigentliche Brisanz erhalten, wenn verschiedenste Vernetzungsversuche mit anderen gescheitert sind, liegt es für militante Gruppen nahe, sich die öffentliche politische Wirkung durch Steigerung der Mittel, die sie selbst in der Hand haben, zu verschaffen.
Eine Gefahr und teilweise auch Tatsache, die entsprechende Gruppen selbst schon formuliert haben, ist ihr Abrutschen in StellvertreterInnenpositionen, was ihrem beabsichtigten Wunsch viele Männer und/oder Frauen zum mitmachen zu agitieren, entgegen läuft. Dieses Problem existierte auch schon zu Zeiten, in denen zahlenmäßig viel mehr Männer und Frauen dem militanten Widerstand zuzurechnen waren. Solange es da welche gibt, die gute, wirkungsvolle Aktionen machen, kann frau/man sich ja zurücklehnen. Radikalität verkommt zur Sympathieempfindung für "unsere Zoras" oder "unsere xxx". Das ist die andere Seite der Hierarchien. Die Gruppen gewinnen nicht nur ein stückweit an Beachtung und Bedeutung, sondern entfernen sich dadurch gewollt oder ungewollt von anderen, die nicht in ähnlichen Positionen agieren.
Gruppen, die sich wie das K.O.M.I.T.E.E. größere militante Projekte vornehmen, langfristige Planungen und Suche nach der Möglichkeit einer effektiven Beschädigung oder Behinderung in Kauf nehmen, technische Weiterentwicklung und Forschung betreiben, um ihren Anforderungen nachkommen zu können, sind kräftemäßig als einzelne Gruppe höchstens zu 1-2 Aktionen im Jahr in der Lage (die AIZ erscheint hier als erfolgreiche Ausnahme, aber wir denken, daß sie es sich mit ihren Aktionen auch zu leicht macht). Das ergibt bei einer Anzahl von 3-5 Gruppen in der BRD nicht besonders viel Wirbel. Es besteht die Gefahr, daß entsprechende Gruppen dies gar nicht so wahrnehmen, sondern vorrangig ihr subjektives Erfolgserlebnis sehen und dieses mit der tatsächlichen Bedeutung für die Linke verwechseln.
Ein anderes Problem ist der Knast. Die autonome Nonamevariante ist u.a. auch als Schutz vor Repression entwickelt worden. Über Jahre haben die gleichen Männer und Frauen teilweise auch in ähnlichen Konstellationen viele Aktionen gemacht ohne daß sie im Zweifelsfall für eine zuviel verknackt hätten werden können. Dieses Konzept hat bislang gut funktioniert. Es gab auf seiten der Autonomen nur wenige langjährige Verurteilungen. Mit sinkender Anzahl von agierenden Gruppen und größerer Möglichkeit der Repression, die Kreise der Männer und Frauen einzugrenzen, die überhaupt in Frage kommen, relativiert sich der Schutz, den dieses Konzept bietet. Trotzdem gibt's wesentlich höhere Knastzeiten, wenn man/frau zu einer Aktion und außerdem zu Mitgliedschaft in einer Vereinigung verurteilt wird.
Und wie sieht es überhaupt aus mit Einfahren in Zeiten wie diesen? Vielen fehlt schon länger das Gefühl, Teile einer Bewegung zu sein, für deren Ziele, Ideen und Aktionsformen es sich lohnt, das persönliche Risiko Knast einzugehen.

Es ist nicht mehr selbstverständlich, daß draußen weitergeht, was man/frau politisch angefangen und mit anderen geteilt hat. Natürlich fällt die Entscheidung militant zu agieren und dadurch Knast zu riskieren wesentlich leichter, wenn viele Männer und Frauen dazu bereit sind. Nicht zuletzt genossen Linke, die längere Haftstrafen hinter sich gebracht hatten, ein gewisses Ansehen. Mittlerweile käme ein solches einem Verbandsligatitel im Querfeldeinschwimmen gleich.
Eine für uns recht unerklärliche Schwierigkeit der real existierenden Gruppen mit Markennamen besteht in ihrer Kommunikationsunfähigkeit. Es wirkt so, als wollten sie alle unbedingt nur in ihrer eigenen Suppe schwimmmen. Es ist eine totale Unkultur sich als eine solche Gruppe aus allem rauszuhalten, was diskutiert wird und auch auf Stellungnahmen, die zu eigenen Artikeln (heutzutage ja fast nur noch in Form von Erklärungen) geschrieben werden, prinzipiell nicht zu antworten. Solche Kritik geht nicht nur berechtigterweise an die RAF (in diesem Zusammenhang ist es total lohnenswert die Prozeßerlärung von Birgit Hogefeld, veröffentlicht im Info 6.
(...), zu lesen), die das am allerhärtesten durchgezogen hat, sondern mittlerweile genauso an die RZ und Zoras. Das wiederum trägt auch zu der Distanz bei, die es zwischen diesen Gruppen und anderen gibt und verunmöglicht, daß die wenigen Aktivitäten, die es auf dieser Ebene noch gibt, mehr zusammenrutschen und gemeinsame Kraft entwickeln. Uns persönlich frustriert es zum Teil nur noch, die Erklärungen der jeweiligen Gruppen zu lesen. Wir fänden es den absoluten Wahnsinn, wenn die RZ z.B. sich in die Diskussion um die Politik der AIZ einklinken würde oder das K.O.M.I.T.E.E. mit den Flammenden Herzen über Militarismus und Männerrollen diskutierte, und zwar nicht nur durch einen Schrieb, sondern so, daß wirklich was hin und hergeht und alle, die Interesse haben, sich beteiligen könnten. Dabei wäre das im Grunde doch das normalste der Welt, daß Linke, die bestimmte Politik machen wollen, sich in irgendeiner Form darüber austauschen. Daß dies überhaupt nicht normal ist, sondern kaum eineR zu denken wagt, ist doch ein absolutes Armutszeugnis. Wenn alle isoliert vor sich hinwurschteln und dann einmal im Jahr ne recht gute Aktion mit einer in der Regel ziemlich zusammengeschraubten, merkwürdigen linken Analyse verbunden wird, die im luftleeren Raum schwebt, ist es nicht verwunderlich, wenn das keineN hinter



Niedergebrannte „Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber" (ZSA) in Berlin nach einem antirassistischem Brandanschlag der „Revolutionären Viren" im Sommer 1987

dem Ofen hervorlockt.
Trotzdem, um nicht falsch verstanden zu werden: In der Lage dazu zu sein, ganz reellen Schaden anzurichten, nicht nur zu fordern, daß etwas weg muß, sondern es tatsächlich zu beseitigen, ist und bleibt notwendig, um Gegenmacht spürbar und erfahrbar zu machen, auch wenn dadurch die bestehenden Verhältnisse nicht ins Wanken geraten. Auch wenn die Aussichten auf weitere Verbreiterung erstmal illusorisch sind, muß diese Funktion militanter Gruppen in der derzeitigen Situation unbedingt erhalten und weiterentwikkelt werden.

Nachwuchs
"Wir wollten mit unserem Namen und unserer Praxis Propaganda machen für die Möglichkeiten des direkten Eingreifens und Angreifens, die allen offenstehen, die sich mit Ungerechtigkeit und Unterdrückung nicht abfinden wollen", erklärt das K.O.M.I.-T.E.E..
Das hört sich für uns doch eine Spur zu einfach und problemlos an.
Tatsächlich begeben sich Gruppen, die solche Praxis durchführen auf ein Niveau von Aktion, daß nicht einfach so von jederfrau und jedermann nachgemacht werden kann. Es wäre falsch vorzugaukeln, daß da nicht vorher eine Menge Erfahrungen gesammelt und Auseinandersetzungen geführt sein sollten! Doch mit dem Schwinden der Massenmilitanz schwindet auch die Möglichkeit gerade solche Lernprozesse zu machen. Gerade die vielen kleinen Aktionen und auch die unverbindlichen Zusammenschlüsse der Autonomen, die zwar einerseits immer wieder als Spielwiese kritisiert wurden, boten doch auf der anderen Seite die Möglichkeit auszuprobieren, inwieweit einzelne sich was zutrauen, welche Aktionsformen für welche Gruppenkonstellationen machbar sind, wo Grenzen erreicht wurden... und auch zuletzt die Möglichkeit auszusteigen, wenn es für einzelne so überhaupt nicht mehr weiterging.
Gruppen mit größeren Strukturen, wie die RZ's und die Zoras haben in Sachen "Nachwuchs" sicherlich auch auf Männer und Frauen zurückgegriffen, die ihre Politisierung und praktischen Erfahrungen unabhängig von den konkreten Zusammenhängen der RZ gemacht hatten. Wie das bei der RAF mit dem subjektiven Sprung funktioniert, ist uns eher unklar, aber zu bestimmten Zeiten gab es auch von den AntiimperialistInnen einiges an Aktionen, so daß es möglich gewesen wäre, in solchen Kreisen eine gewisse Entwicklung zu durchlaufen, um dann irgendwann zu springen. Das mit der RAF ist auch aus anderen Gründen nochmal gesondert zu betrachten, da sie als einzige Gruppe die Entscheidung getroffen hat, die Tötung von Funktionären zur Aktionsebene zu machen. Dies setzt unseres Erachtens nochmal ganz andere Klarheiten voraus, als die Entscheidung irgendwelche Gebäude zu sprengen. Wie sich im Nachhinein zeigt, ist in der persönlichen Entscheidung diesbezüglich auch jede Menge schief gelaufen, sonst würden jetzt nicht so viele ehemalige RAFlerInnen ihre GenossInnen von damals denunzieren und auf weitere Lebenslänglich hinter Gitter bringen.
Damit die Voraussetzungen für eine Verbreiterung von militanter Politik nicht völlig aufgegeben oder auf Jahre verschüttet wird, wäre es weiterhin notwendig, daß Gruppen auf ganz verschiedenen Aktionsniveaus agieren, und die Entwicklung nicht dahin läuft, daß außer einigen wenigen Vorzeigeverei-

nen militante Praxis bis auf weiteres eingestellt wird. Eine andere Möglichkeit wäre, daß die verbliebenen Militanten neue Konzepte erarbeiten, um "Nachwuchs" zu bekommen. Dazu scheint wieder eine wie auch immer geartete Vernetzung dieser Gruppen notwendig. Wenn das Netz der Scene wegbricht, müßte an diese Stelle ein verbindlicheres zwischen den verschiedenen Gruppen aufgebaut werden. Das gilt nicht nur in Bezug auf "Nachwuchs", sondern auch, um überhaupt wiedern in der Lage zu kommen, politische Wirksamkeit zu entfalten. Obwohl bisherige Versuche hierbei nicht sonderlich erfolgreich waren, denken wir, daß die Frage, ob und mit welchem Erfolg eine solche Vernetzung nochmal von den verschiedensten Gruppen angegangen wird, eine zentrale Bedeutung für die Weiterführung linksradikaler militanter Politik hat.

Fazit
Wir bedauern, daß die Sprengung des Abschiebeknastes nicht geklappt und das K.O.M.I.T.E.E. sich infolge der Umstände jetzt aufgelöst hat. Wir denken schon, daß das Gelingen der letzten und möglicherweise noch weiterer Aktionen guten Einfluß auf Motivation und Verfassung der linksradikalen Szene gehabt hätte. Das strukturelle Problem scheint uns aber durch das Konzept der Kleingruppe mit Markennamen keineswegs lösbar. Dazu braucht es mehr als eine Gruppe. Wir nehmen an, so haben sie es sich auch nicht gedacht. Eine solche Initiative scheint uns eher eine Möglichkeit, das eigene Gewicht so komplett wie möglich in die Waagschale zu werfen, was aber eine Menge Risiken und Widersprüche in sich birgt, solange sich bei oben beschriebenen Problemen keine neuen Konturen abzeichnen.
Wir würden uns freuen, von möglichst vielen Gruppen (K:O:L:L:E:K:T:I:V:, Autonome Gruppe Celal Akan, Gruppe Oleg Ruksha,... und natürlich auch allen, die mit Markennamen operieren), was dazu zu hören. Genauso von einzelnen und ihren Erfahrungen, wenn sie keine Gruppen mehr haben. Wenn wir mit unserer Einschätzung völlig daneben liegen, holt uns bitte wieder auf den Teppich.
Unser Papier erschöpft sich an diesem Punkt, denn das, was in der von uns problematisierten Entwicklung etwas voranbringen würde, können wir selbst nicht liefern. Dies wäre in aller erster Linie eine praktische Initiative, die so angelegt wäre, daß sie einige hiergenannte Probleme durch konkrete Versuche angeht. Sei es das Vernetzen, als auch das wirkliche Einklinken in Diskussionen.
noname

Folge-Aktionen:
Am 8.Juni 1995 wurden Brandsätze unter drei Fahrzeuge der Bau- und Gerüstfirma "Allround" gelegt, die am Bau des Abschiebeknastes Berlin-Grünau beteiligt ist. Verantwortlich erklärte sich "Das K:O:L:L:E:K:T:I:V:".
Am 21.Juli 1995 wurden Brandsätze auf einem Lagerplatz der Firma "Arnold Kuthe GmbH" deponiert, die am Bau des Abschiebeknastes Berlin-Grünau beteiligt ist. Verantwortlich erklärte sich "Das K:O:L:L:E:K:T:I:V:".
Am 18.August 1995 wurde ein Bauwagen mit einer Baumaschine darin angezündet, der der Firma "Arnold Kuthe GmbH" gehörte, die am Bau des Abschiebeknastes Berlin-Grünau beteiligt ist. Verantwortlich erklärte sich die "Autonome Gruppe Celal Akan".

VOLL DURCH DIE MITTE UND DOCH DANEBEN

(Interim 352, 16.11.1995)
Einige vielleicht unbequeme Anmerkungen zur letzten Erklärung des K.O.-M.I.T.E.E.s
Die Gruppe "K.O.M.I.T.E.E." hat sich vor einigen Wochen aufgelöst. Bisher gab es noch keine schriftliche Reaktion auf ihr Papier. In Gesprächen ist zu hören, daß viele das Papier in Teilen als zu gewagt empfinden, im allgemeinen gibt es jedoch mehr Zustimmung als Kritik. Diese fällt leider zumeist hinten runter - insbesondere durch den Umstand, daß 3 Leute abtauchen mußten. Eine Kritik ist jedoch auf der politischen Ebene angebracht und diese sollte auch keinesfalls als ein Zeichen der Entsolidarisierung gegenüber den gesuchten und kriminalisierten Leuten verstanden werden. Es folgen also einige kritische Fragen und Antworten.
Das K.O.M.I.T.E.E. zieht mit ihrer Entscheidung der Auflösung eine Konsequenz aus dem *Scheitern* (das *kursiv* gedruckte sind Wörter und Passagen aus der Erklärung) ihrer Aktion in Grünau und aus der *Gesamtheit* der von ihnen gemachten *Fehler*. Gleichzeitig wird noch einmal betont, daß ihre Entscheidung keineswegs als ein *Abgesang auf militante Politikformen im Allgemeinen*, sondern lediglich eine persönliche Konsequenz aus dem *Debakel* zu verstehen ist. In ihrem Papier vom 6.9.95 versucht die Gruppe ihre schwerwiegenden Fehler zu benennen und *selbstkritisch zu reflektieren*. Dabei konzentriert sich die Gruppe zum einen auf technische Fehler bei der Durchführung der Aktion und zum anderen auf Überforderungen innerhalb der Gruppe und die innere Gruppendynamik, die sie mit einer *"Alles oder Nichts"-Haltung* charakterisieren. Einer kritischen Einschätzung ihrer Politik bzw. einem deutlichen Hinterfragen ihres politischen Projektes geht die Gruppe jedoch weitgehend aus dem Weg. Es heißt lediglich, daß sie ihrer *Verantwortung* gegenüber der Öffentlichkeit und der Linken nicht gerecht geworden sind und weiter: *Der von uns anvisierte Effekt, mobilisierend auf die radikale Linke zu wirken, hat sich durch unser Scheitern und durch die Art des Scheiterns ins Gegenteil verkehrt!*
Dem Fazit vom 6.9. zufolge, wurde das Projekt K.O.M.I.T.E.E. vor allem wegen der Fehler bei der Grünau-Aktion beendet und weniger aus politischen Fehlern. So verständlich und richtig wohl die Auflösung ist, weil die Gruppe ihren Ansprüchen nicht nachkommen konnte oder auch aus Gründen der Kriminalisierung und Konfrontation mit der Justiz - das Hinterfragen ihres Projekts und ihres politischen Ansatzes geht nicht weit genug! Zwar wird versucht, ihre Politik im nachhinein transparent zu machen, ihr Ansatz wird allerdings unhinterfragt als "erfolgversprechend" präsentiert. "Bildet viele radikale K.O.M.I.T.E.E.s"? (Es ist natürlich klar, daß dieser Spruch vor allem im Zusammenhang mit der Kriminalisierung zu verstehen ist.)
Es kann kaum davon die Rede sein, daß das Projekt in Anbetracht der *Gesamtheit* der gemachten Fehler nun aufgegeben wurde. Vielmehr werden leider Mythen und unrealistische Einschätzung zur Bedeutung von linksradikaler Militanz und militanter Politik im Abschlußpa-

pier der Gruppe fortgeschrieben, sodaß sogar konstatiert wird, das Scheitern der Grünau-Aktion hätte zu einer Demobilisierung der radikalen Linken geführt. Diese Einschätzung zeugt von einer Selbstüberschätzung ihrer Politik und Praxis als K.O.M.I.T.E.E. und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung. Sie zeugt von einer Fehleinschätzung militanter Politik überhaupt und nicht zuletzt auch der von ihnen angeführten *politischen* Lage.

Es steht also zur Frage, ob eine Aktion, wie sie in Grünau geplant war, wenn sie denn geklappt hätte, in der derzeitigen politischen Situation überhaupt einen mobilisierenden Effekt auf die radikale Linke oder die sonstige Öffentlichkeit gehabt hätte. Dies soll die Richtigkeit der Aktion selber noch keineswegs grundsätzlich in Frage stellen, aber die politische und strategische Ausrichtung des Projekts K.O.M.I.T.E.E..

Daß es sich beim K.O.M.I.T.E.E. überhaupt um ein längerfristig angelegtes Projekt gehandelt hat, ist erst gleichzeitig mit der Auflösung jenes bekannt geworden. In der Erklärung zur Aktion in Bad Freienwalde wird kein Wort dazu verloren. Das "Projekt" wird von der Gruppe praktisch nachgeschoben. Das ist natürlich schon etwas seltsam und es stellt sich die Frage nach dem Sinn, da es der Kriminalisierung natürlich noch zusätzlich Futter liefert.

Woher kommt der offensichtlich hohe Erklärungsdruck? Es ging der Gruppe darum, nicht nur gemachte Fehler ihrer Praxis öffentlich und nachvollziehbar zu machen, damit andere militante Gruppen praktisch daraus lernen könnten, sondern ein politisches Selbstverständnis zu vermitteln.

So gut und richtig sicherlich die Veröffentlichung eines Selbstverständnisses von militanten Gruppen ist, so scheint jedoch die Erklärung des K.O.M.I.T.E.E.s nicht unwesentlich etwas mit der eigenen Verortung in der *linken Scene* zu tun zu haben. Und diese Verortung war dergestalt, daß das K.O.M.I.T.E.E. sich als militante Gruppe in gewisser Weise eine richtungsweisende, vielleicht sogar avantgardistische Rolle in der linksradikalen und autonomen Politik beimaß.

Richtig ist sicherlich, *daß Beiträge und Interventionen von Gruppen deren Name für eine bestimmte Praxis und politische Ausrichtung steht, von der Öffentlichkeit und der Linken mit einer größeren Aufmerksamkeit gelesen, verfolgt und diskutiert werden können als Veröffentlichungen von Gruppen ohne erkennbare Kontinuität.*

Insbesondere auch für die mediale Verbreitung kann ein gleicher Gruppenname durchaus von Vorteil sein. Auf der anderen Seite zeichnen sich viele militante Aktionen verschiedenster Gruppen gerade dadurch aus, daß sie in einem erkennbaren Kontext zu sozialen Brennpunkten, autonomer Bewegung oder linksradikaler Basispolitik stehen. Es ist eine alte Weisheit, daß militante Aktionen nicht nur durch den Angriff auf eine Institution des Systems einen Sinn bekommen, sondern auch dadurch, daß sie politische Bewegungen und soziale Zusammenhänge konkret in ihrer Politik und ihren Forderungen unterstützten. Die Bedeutung des militanten Angriffs ergibt sich letztlich aus der Bedeutung der "Basispolitik". Das K.O.M.I.T.E.E. versuchte dagegen, aus einer gewissen Isolation oder auch Abgehobenheit heraus, mit militanten Aktion Orientierungspunkte zu setzen und einen positiven Einfluß auf die Entwicklung der linken Scene zu haben.

Dieser Ansatz militanter Politik erinnert fataler Weise an die Vorreiterrolle und den avantgardistischen Ansatz, der zum Teil von den Revolutionären Zellen, der Roten Zora oder auch der RAF betrieben wurde. Dem *Reproduzieren von überholten und falschen Politikansätzen* wollte die Gruppe jedoch gerade selbst nicht auf den Leim gehen.

Es drängt sich zudem die Frage auf, ob die gemachten praktischen Fehler - die "Alles oder Nichts"Haltung - etwas mit dem Ansatz und Selbstverständnis der Gruppe zu tun haben könnten.

Mit ihrem *ersten Schlag* gegen die Bundeswehr in Bad Freienwalde, der von der Gruppe im nachhinein auch mehr als symbolische Aktion betrachtet wird, sollte das Thema *Befreiungskampf des kurdischen Volkes* bzw. die Mitverantwortlichkeit der BRD am *Krieg in Kurdistan* u.a. in der Linken gepusht werden. Das allgemeine Nichtverhalten



der radikalen Linken wurde als *unsolidarisch* betrachtet. Zum anderen wurde der deutschen Linen aber gerade eine *besondere Verantwortung* zu diesem Thema zugeschrieben. Anders gesagt war die Aktion gegen die Bundeswehr sozusagen u.a. als Auftakt zu einer Solikampagne gedacht: Hier müssen "die Linken" jetzt was machen, alles andere ist unsolidarisch. Dieses strategische Verständnis einer militanten (mit moralischem Unterton) gegenüber (der) Linken und überhaupt ist jedoch vermesssen und äußerst fragwürdig.

In bezug auf die Grünauaktion ist es sehr verwunderlich, daß mit keinem Wort auf die Flüchtlingskampagne der RZ und ihrer diesbezüglichen Selbstkritik zu militanter Politik eingegangen wird. Sicherlich wäre die Aktion bei gelingen ein durchaus *effektiver Eingriff in die Umsetzung der Abschiebebeschlüsse* gewesen, häte den *Ausbau der Maschinerie vorübergehend gestoppt* und das wäre ohne Zweifel gut gewesen. Der Einfluß der Aktion wäre oder ist auf die Entwicklung "der Linken" zu Masse, Stärke und Bewegung mit Gelingen oder Scheitern - so oder so - relativ gering gewesen.

Militante (Einzel-)Aktionen sind auch in der heutigen bewegungsarmen Zeit eine Möglichkeit sich der allgemeinen Mutlosigkeit und völligen Anpassung entgegenzustellen und aktiv zu werden. Sie sind eine Möglichkeit in dieser Gesellschaft nicht tatenlos zuzusehen was abgeht, sondern selber, zusammen



mit einigen Freunden aktiv zu werden, auch wenn sie dabei oft nur einen Protestcharakter haben. Darüberhinaus können sie Spaß machen und einem/r das Gefühl geben, hier etwas richtiges zu tun, um nur einige wenige Aspekte zu nennen. Jedoch ist weder dem Glaubwürdigkeitsverlust der Linken noch dem Glauben an die persönliche Radikalität mit *konsequenter militanter Praxis* beizukommen. Und was soll hier überhaupt eine konsequente militante Praxis heißen? Doch wohl kaum 1-2 mal im Jahr ein großes Ding drehen. Der Glaubwürdigkeitsverlust der Linken findet vielmehr im stinknormalen Alltag statt. Gerade was den sozialen Alltag und Umgang der letzten X Jahre in der "linken Scene" angeht, kann man und frau den Glauben an "unsere" Politik schon verlieren. Und es ist an vielen Punkten richtig, zu sagen, daß es so nicht weitergehen kann und ich das so nicht mehr weiter machen will und werde. Dementgegen wird die militante Aktion von der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. konsequent zu hoch gehalten!

Eine Linke, die *ihre Niederlage* wegen fehlender konsequenter Militanz *schon im eigenen Kopf erlitten hat*, ist eine zu sehr konstruierte und undifferenziert betrachtete Linke. Im übrigen steht auch schon seit längerem im Raum, daß linke Politik und gesellschaftliche Veränderung sich mehr als auf "Sieg oder Niederlage" beziehen muß. Auf der anderen Seite ist die Kritik an die Adresse bestimmter "linker Kreise", sich unsolidarisch zu militanten Aktionen zu verhalten, sicherlich richtig, wird aber wahrscheinlich ungehört bleiben.

Die Politik des K.O.M.I.T.E.E.s steht zwar unwidersprochen dafür, *auch in schlechten Zeiten der ständigen Schere zwischen Denken und Handeln getrotzt zu haben.* Sie steht dafür, daß es heute und in dieser Gesellschaft möglich und richtig ist, die Bundeswehr anzugreifen und einen Knast in die Luft zu jagen, auch wenn es diesmal nicht geklappt hat. Dies kann jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß sogar die meisten Linksradikalen zur Praxis der Gruppe eine erhebliche praktische Distanz haben, geschweige denn der Rest der hier Lebenden, sodaß diese Praxis weniger für die Möglichkeit eines Eingreifens für jedermann und jedefrau steht.

autonome - mehr als militanz!

Nicht jede/r kann anfangen
(ak 383, 19.10.1995)

Wer kennt sie nicht, die sarkastische Behauptung von Karl Marx, die Geschichte wiederhole sich, aber eben nur als Farce. Daran wird man unweigerlich beim Lesen der Erklärung der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. auf dieser Seite erinnnert. Schon der zweite Versuch, mit "konsequent militanter Praxis, den Kreislauf der Linken von Glaubwürdigkeitsverlust nach außen und Mutlosigkeit und Anpassung nach innen zu durchbrechen", mündete in ein Desaster, das schließlich sogar die erklärte Aufgabe der Gruppe zur Konsequenz hat. Allein, Hohn und Spott ob ihres kläglichen Scheiterns hat die Gruppe sicher genug geerntet und es wäre auch der falsche Weg, auf die hinter dieser Erklärung stehenden Probleme einzugehen.

Als die RAF ihre Anschlagsserie mit dem Bombenanschlag auf das NATO-Hauptquartier in Heidelberg begann, gingen die GründerInnen noch davon aus, damit langfristig eine Bombe in das Bewußtsein des Proletariats legen, den "schlafenden Riesen" aufwecken und es an seine eigentliche Aufgabe, die proletarische Revolution, erinnern zu können. Wieviel bescheidener hört sich dazu im Vergleich die Begründung des K.O.M.I.T.E.E.'.s an, deren Propagandaziel nur noch die radikale Linke ist. Dennoch hat dies wenig mit politischem Realitätssinn zu tun, wie man bei einer solchen Einschränkung meinen möchte. Der von ihnen selbst beklagte Einflußverlust der radikalen Linken wird eben nicht darauf zurückgeführt, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse zwar objektiv aber eben nicht subjektiv nach Revolution schreien oder daß vielleicht die radikale Linke mit ihren Rezepten nicht auf der Höhe der Zeit ist. Vielmehr soll mit militanten Aktionen Mut gemacht werden, sollen die entsprechenden Themen (Kurdistan, Bundeswehr, Abschiebung) "gepusht" werden, so als bedürfte es nur des Anstoßes, um ein verschüttetes Bewußtsein frei zu legen. Und so fehlt denn auch nicht die schon 1970 falsche Behauptung, jeder könne anfangen und es bedürfe nur dieses Anfangs eines jeden: "Wir wollen mit unserem Namen

und unserer Praxis Propaganda machen für die Möglichkeiten des direkten Eingreifens und Angreifens, die allen offen stehen, die sich mit Ungerechtigkeit und Unterdrückung nicht abfinden wollen."

Dieser Einengung politischer Praxis auf die "Propaganda der Tat" folgt in der Regel eine völlige Überschätzung ihrer Bedeutung für eine gesellschaftsverändernde Praxis und die Unterordnung unter die Regeln der Mediengesellschaft. Der Bombenanschlag auf eine Bundeswehreinheit sollte Auslöser dafür sein, "daß die Bundeswehr mehr in den Mittelpunkt des Interesses rückt". Als wenn es das Problem wäre, daß die Bundeswehr zu wenig im Mittelpunkt des Interesses stünde, als wäre es das Problem, daß die Menschen nicht wüßten, daß sie in Ex-Jugoslawien Krieg führt. Darauf muß man nicht mit Anschlägen hinweisen. Das Problem ist, daß das Kriegführen gebilligt wird (mindestens stillschweigend). Dem wiederum kommt man nicht mit solchen Anschlägen bei.

Das Problem ist auch nicht, daß die Menschen in diesem Land nicht wissen, daß Zufluchtsuchende abgeschoben werden. Das Problem ist, daß sie es wissen und es billigen. Unbestritten soll sein, daß die erfolgreiche Sprengung eines im Bau befindlichen Abschiebeknastes bei dem, was radikale Linke genannt wird, mehr als einen befriedigenden Seufzer hervorgerufen hätte. Sand im Getrieb wäre dies gewesen, aber schon die Behauptung, damit wäre der Ausbau der Abschiebemaschinerie "zumindest vorübergehend gestoppt" worden, läßt sich durch Fakten nicht bestätigen.

Läßt man alles Drumherum beiseite, reduziert sich die Erklärung der Gruppe für diese Art der Politik auf einen Begriff: "Konsequente militante Praxis könnte einer der Hebel sein, den Kreislauf der Linken von Glaubwürdigkeitsverlust nach außen und Mutlosigkeit und Anpassung nach innen zu durchbrechen." Es ist ein alter Fehler, zu versuchen, durch scheinbar noch radikalere Praxis den Einflußverlust wettmachen zu können. Bei wem wird mit solchen Aktionen nach außen Glaubwürdigkeit ge-



wonnen? Es könnten doch wohl nur die sein, die ihren Glauben in die radikale Linke verloren haben, weil sie (hier vor allem wohl die RAF oder die RZ) im militanten/militärischen Sinn bei Null steht. Wer sind diese Menschen, die nur auf ein solches Signal warten? Wieviele sind es und was könnten sie, einmal "aufgeweckt" und "ermutigt" zur Veränderung beitragen? Ohne dieses Drumherum ausgedrückt bringt diese Erklärung rüber: militante Praxis ist für die Gemütslage der radikalen Linken gut. Daß dies so ist, darüber braucht eigentlich nicht gestritten werden (auch wenn dies wiederum einiges über den Stand dieser Linken aussagt), aber das allein kann wohl nicht ernsthaft Grundlage einer politischen Strategie sein.

In der Berliner radikalen/autonomen Linken wird das Versagen der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. vor allem daran diskutiert, daß sie in der Organisierung und Absicherung ihres Projekts dilettantisch vorgegangen ist und es der BAW durch die Verwendung eines Organisationsnamens für mehrere Anschläge ermöglicht hat, eine Organisation nach §129a zu konstruieren. Die Verfolgung durch die BAW im Umfeld der Verdächtigten verbietet hier eigentlich jeden Sarkasmus. Aber eben nur eigentlich, wenn die Gruppe und die Betroffenen in ihren Erklärungen nicht selbst diesen hervorrufen würden. Selten hat es eine so eitle und halbherzige "Selbstkritik" einer politischen Gruppe nach einem solchen Desaster gegeben. Großmäulig wird zu Beginn der Erklärung bekannt gegeben, die Gruppe K.O.M.I.T.E.E. werde als Konsequenz aus ihrem Scheitern die Selbstauflösung vornehmen, um am Ende zu erklären, bis auf die dilettantische Ausführung sei alles bestens gelaufen, weshalb man sich freue, daß es für die aufgelöste Gruppe K.O.M.I.T.E.E. umgehend eine Nachfolgegruppe K:O:L:L:E:K:T:I:V gäbe. Vielleicht hätte es ja tatsächlich die Chance für die Verfolgten und Eingesperrten gegeben, mit der Auflösungserklärung die Anklage nach §129a zu erschweren. Dann hätte man den Hut ziehen sollen, daß eine Gruppe die Courage findet, sich durch Selbstauflösung zum Gespött der Szene zu machen, um damit anderen Menschen eine Chance auf Freiheit zu geben. Mit der Erklärung, unter anderem Namen weiter zu machen, ist diese Chance vertan. Ist dies nun nur Eitelkeit einer "Männercombo" oder schlichtweg Verantwortungslosigkeit gegenüber denjenigen, die jetzt für das Scheitern des An-



schlages für Jahre in den Knast müssen? Es ist eine Sache, wenn Menschen durch Anschläge auf Gewalteinrichtungen zur Minimierung der Gewaltmöglichkeiten des Staates beitragen wollen. Darüber kann in jedem einzelnen Fall diskutiert werden. Eine andere ist jedoch, wenn dies mit dem Erweckungsgedanken verbunden wird. Dann kann an diese Aktionen auch nicht mehr nur der Grad der handwerklichen Fähigkeiten betrachtet werden, sondern sie müssen einer politischen Kritik unterzogen werden. Die Ansprüche waren ja auch nicht gerade bescheiden: "Wir waren uns darüber im Klaren, daß eine solche Ausrichtung hohe Verantwortung und Genauigkeit erfordert. Fehleinschätzungen der politischen Lage, Ungenauigkeiten in der politischen Diskussion oder das Reproduzieren von überholten und falschen Politikansätzen usw. wären nicht nur auf uns, sondern dadurch, daß wir Orientierung bieten wollen, evtl. auch auf die Linke im Allgemeinen zurückgefallen." Damit ist der Nagel auf den Kopf getroffen.

he., Hamburg



Vorbemerkung: Die dramatische Entwicklung in Kurdistan seit Herbst 1998 konnte in diesem Text nicht mehr berücksichtigt werden. Die hier von uns benannten bzw. dokumentierten Sichtweisen haben aber dadurch nicht an Aktualität verloren, wie wir meinen.

Das K.O.M.I.T.E.E. hat mit seinen zwei Aktionen den Krieg in Kurdistan thematisiert. Zu diesem Krieg und seinen Auswirkungen in Kurdistan, Türkei und Deutschland gibt es zahlreiche Veröffentlichungen, weshalb wir uns darauf beschränken, neben den Erklärungen des K.O.M.I.T.E.E.s ein paar Lesetips zu geben. Uns interessiert hier mehr das Verhältnis der deutschen radikalen Linken zum kurdischen Befreiungskampf.

Das K.O.M.I.T.E.E. stellt dazu nur knapp in seiner (Auflösungs-) Erklärung vom 6.9.95 fest: "Wir empfanden das weitgehende Nichtverhalten der radikalen Linken hier als eine Bankrotterklärung. Vielerseits mußte als Begründung dafür die zum Teil berechtigte Kritik an der Politik der PKK herhalten. Kritik an der PKK stellt für uns aber keine Rechtfertigung für unsolidarisches Verhalten dar." Sinngemäß sehr ähnlich, wenn auch ausführlicher, äußerte sich übrigens die ROTE ZORA in ihrer Erklärung vom 24.7.95 (Anschlag auf die Lürßen-Werft).

ein Thema für liberale bzw. humanitär engagierte deutsche Linke ist. Karin Leukefeld schreibt zudem in ihrem Buch "Solange noch ein Weg ist..." (S.294) zutreffend: "Von den vielen kleinen Soligruppen, Organisationen und Informationsbüros aber, die heute 'zu Kurdistan' (...) arbeiten, dringt nur selten eine Stimme an die Öffentlichkeit. (...) Wenn wir alle Leute zusammenzählen, die heute in Deutschland aktiv mit Kurden und KurdInnen und zur Lage in Kurdistan arbeiten, wir kämen bestimmt auf einige Tausende. Doch selten hat es bei der Solidaritätsbewegung in Deutschland eine derart große Zersplitterung gegeben. Von Einheit in der Vielfalt keine Spur. Jede Gruppe, jede Initiative sucht ihre politische Klientel aus, mit der sie politisch zusammenarbeiten will. Jenseits diesen Kontakts scheint es nichts anderes zu geben."

Die Solidaritätsbewegung ist also nicht nur zahlenmäßig schwach, sondern hat darüberhinaus wenig Ausstrahlung und ist nicht sehr effektiv.

Der Frage nachspürend, woran das wohl liegen könnte, sind wir auf einige Ideen gekommen - manche vielleicht auf der Hand liegend und nicht neu, andere dafür möglicherweise etwas ketzerisch -, die wir im folgenden teils selbst formuliert, teils in Zitaten vorstellen.

Kulturelle Klüfte oder Multikulti?

Seit nunmehr dreißig Jahren leben in deut-

Von Köpenick nach Kurdistan

Es ist tatsächlich auffällig: Kurdistan ist kaum weiter entfernt von hier als Portugal; hunderttausende kurdischer MigrantInnen leben in Deutschland; der deutsche Staat unterstützt massiv die türkische Armee, gibt der türkischen Regierung politische Rückendeckung und verfolgt politisch aktive KurdInnen hierzulande mit aller rassistischen Härte... zu erwarten wäre da eigentlich, daß "Kurdistan" das alles beherrschende Thema internationalistischer Politik der radikalen Linken ist. Dennoch scheint es manchmal, als ob Chiapas im fernen Mexiko uns näher liege, und öffentlich sieht es so aus, als ob "Kurdistan" mehr

schen Großstädten oppositionelle deutsche Subkultur-Szene und türkische wie kurdische Menschen auf engem Raum nebeneinander, ohne sich zu berühren. Die (wohlwollende) Distanz zu unseren Kiez-Nachbarn und -Nachbarinnen demonstrierten wir Linksradikalen 1981 im Mitsingen eines Liedtextes: *Wir sind die Türken von morgen*, sprich: wir sind uns im klaren darüber, daß diese in Deutschland von Staat und Gesellschaft mies behandelt werden, das betrifft uns aber nur insoweit, als wir Angst haben, uns könnte dasselbe passieren.

Erst seit Anfang der 90er Jahre gibt es sichtbare Berührun-

gen und Vermischungen mit der "dritten Generation" der MigrantInnen, nicht zuletzt deshalb, weil diese Generation sich nicht mehr wie viele ihrer Eltern als "Gastarbeiter" versteht und daher ein existentielles Interesse daran hat, einen (auch von deutschen radikalen Linken) akzeptierten Platz in der hiesigen Gesellschaft zu finden.

Hier zeigt sich der Unterschied zwischen den großen Worten von der 'internationalen Solidarität' und dem praktischen alltäglichen Zusammenleben mit Menschen aus anderen Kulturen. Lateinamerikanische Linke, die als politische Flüchtlinge oder VertreterInnen revolutionärer Organisationen hierher kamen, hatten meist einen ähnlichen sozialen (AkademikerInnen) und kulturellen (christlich-europäischen) Hintergrund wie ihre deutschen GenossInnen und konnten zudem auf eine gewisse Tradition linker Revolutionsmythen in Bezug auf spanisch-sprachige Kulturen aufbauen (von B.Traven über den spanischen Bürgerkrieg bis zu Che Guevara). Da lassen sich leichter Gemeinsamkeiten herstellen als mit mehrheitlich nichtstädtischen Menschen aus Kurdistan, Ghana oder Vietnam, die vor Krieg und/oder Armut geflohen sind. Ist es nicht ein bequemer Luxus der deutschen Linksradikalen, sich immer wieder ethnische Lieblingsgruppen auszusuchen, mit denen sie sich enger verbunden fühlen als mit denen, die ihnen im Alltag am nächsten stehen? Wenn sie dann bemerken, wie sehr sie selbst von der eigenen ethnischen bzw. kulturellen Zugehörigkeit beeinflußt sind - was nicht automatisch gleich Rassismus bedeutet -, folgt meist betretenes Schweigen und Aussitzen der Problematik durch Nichtverhalten und Distanz.

Solidaritätsbewegungen gestern und heute

Solidarität mit Befreiungskämpfen in anderen Ländern ist in Deutschland seit jeher in einem Spannungsfeld zwischen drei Eckpunkten angesiedelt: Zum einen gibt es die Solidarität derer, die sich mit den Zielen und Formen der jeweiligen Kämpfe bedingungslos einverstanden erklären. Zweitens gibt es die materialistische Solidarität, die eigene politische Interessen zurückstellt und die Bestimmung der Ziele und Formen des Kampfes zur alleinigen Sache der Kämpfenden vor Ort erklärt. Drittens gibt es kritische Solidarität, die eine produktive Diskussion zwischen Soli-Bewegung und Kämpfenden anstrebt. Die kritische Solidarität hat dabei innerhalb der radikalen Linken erst nach und nach an Gewicht gewonnen.

In früheren Jahren waren die Soli-Bewegungen eher kommunistisch dominiert. Fragen wie die nach dem Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie gegen die Kolonialmächte, dem Ausspielen der "nationalen Karte" zur patriotischen Mobilisierung der Massen für die Befreiungsbewegung oder auch der Berücksichtigung anderer Fronten (etwa der Geschlechter) waren deshalb lediglich taktischer Art. Es ging dabei nur darum, was beim Kampf um die Macht der Partei nützt, die ja bestimmender Kern der Befreiungsbewegung war und bleiben sollte. Der politische Spielraum der Befreiungsbewegungen und damit auch der Soli-AktivistInnen schien weitgehend auf die Wahlmöglichkeit zwischen dem 'Modell Sowjetunion' (z.B.Vietnam, Cuba, Angola) und dem 'Modell China' (z.B. Kambodscha, Indonesien) beschränkt,, oder aber das vorrangige Ziel war Befreiung von bzw. Widerstand gegen ein Regime (z.B. Chile, Palästina, Portugal, Griechenland, Spanien).

Die Soli-Bewegungen seit Ende der 70er Jahre, vor allem was Lateinamerika angeht, wurden von "undogmatischen" Linken dominiert, die zunehmend in Konflikt kamen mit taktischen, machtpolitisch bestimmten Antworten auf die Fragen des alltäglichen Kampfes. Es gelang oft genug, dieses Unbehagen auszuklammern und durch Mythen und Schönreden zu beschwichtigen, oder - freundlicher ausgedrückt - es wurde ein pragmatischer Weg gefunden zwischen den drängenden kritischen Fragen und der blinden Solidarität.

Das ist im Falle der PKK nicht einfach, denn mit ihr kamen alle schwierigen Fragestellungen einer Befreiungsbewegung und der Solidarität mit ihr unübersehbar auf den Tisch, und das nicht irgendwo jenseits des Ozeans, sondern in Deutschland selbst. Die PKK hatte in den 80er Jahren scheinbar alles zu bieten, was undogmatische bzw. autonome Linke fürchten: Führerkult, Kaderpartei, "demokratischen Zentralismus", Fraktionsverbot und entsprechenden Umgang mit interner Opposition, Ignoranz gegenüber Kritik von außen, Führungsanspruch gegenüber anderen Organisationen (der gewaltsam durchgesetzt wurde), taktischer Umgang mit UnterstützerInnen... und auch die oben erwähnten Fragen, wie etwa die nach dem Nationalstaat, schien sie wie gehabt machtpolitisch zu beantworten.

Deutsche Linke kannten zu Beginn der 80er die türkische Linke (ohne noch deren 'kurdische Seite' wahrzunehmen) als ein Sammelsurium vieler meist kommunistischer Organisationen, die tödlich verfeindet waren und dabei alle Spaltungen und Kämpfe der frühen 70er Jahre in Deutschland in den Schatten stellten. Die PKK schien sich nahtlos einzufügen in die Fraktionskämpfe, von denen viele hier die Schnauze voll hatten. Die PKK ihrerseits hatte andere Sorgen als sich darum zu kümmern, was ein paar deutsche Linksradikale von ihr halten. So gab es auf der einen wie auf der anderen Seite wenig Interesse an einem produktiven Austausch, und die Solidarisierung mit der PKK fiel in der Folgezeit denen am leichtesten, die sich selbst kommunistisch orientierten.

Ein Vertreter der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans, überparteilich, aber von der PKK kontrolliert) wird von Karin Leukefeld mit dem Satz zitiert, "man muß die PKK ja nicht lieben. Kritik ist sogar nötig. Doch ohne Einbeziehung der PKK wird es keine Lösung für Kurdistan geben." Das genügt allemal aus Sicht der PKK, aber für klare Verhältnisse in der deutschen Soli-Bewegung ge-

nügt es offenbar nicht. Sie hat viele einfache Antworten und Weltbilder der letzten dreißig Jahre abgelegt, aber oft anstatt neuer Antworten einfach gar keine Antworten zu bieten, oder zu viele verschiedene, um noch handlungsfähig zu sein. Was bei vielen geblieben ist, ist ein Mißtrauen der PKK gegenüber, genährt aus den ernüchternden Erfahrungen von Vietnam bis El Salvador.

Und eine letzte Frage dazu: Hat das Ausmaß des solidarischen Einsatzes am Ende auch etwas damit zu tun, welche Aussicht auf Erfolg einer Befreiungsbewegung zugebilligt wird? Waren Indochina und Lateinamerika angesagt, weil die Befreiungskämpfe stark waren und das angenehme Gefühl versprachen, auf der siegreichen revolutionären Seite zu stehen, während das im Falle Kurdistans eher ungewiss zu sein scheint?

Stärke der Bewegung

Ein dritter Gesichtspunkt schließlich ist, daß starke internationalistische Bewegungen zusammenfielen mit allgemeinen Hochphasen der linksradikalen Bewegung - 1968-72 war es v.a. Vietnam, 1979-83 Nicaragua/El Salvador, die (auch) ein gutes Projektionsfeld abgaben für revolutionäre Träume der metropolitanen Bewegungen. In den neunziger Jahren ist ein solches Bewegungshoch leider bisher nicht auszumachen. Im Gegenteil, die weltweiten Siege des westlichen Herrschaftssystems haben Hoffnung und Vorstellungskraft der Linken, was Befreiungskämpfe angeht, weit in die Defensive gedrängt.

In den Jahren 1994-1996 gab es immerhin lebhafte Diskussionen in der deutschen radikalen Linken zum Thema 'Kurdistan', doch seitdem ist kaum noch etwas zu vernehmen. Im Gegenteil, das Interesse scheint nachgelassen zu haben, abgesehen von vereinzelter Teilnahme an kurdischen Demos und der oben nach Karin Leukefeld zitierten Kleinarbeit im Soli-Bereich regt sich nicht viel, auch nicht bei militanten Gruppen - vielleicht auch aufgrund der Fixierung auf eigene Probleme wie etwa die Repressionsschläge der letzten Jahre gegen linksradikale Strukturen.

Zuschlechterletzt ist der kurdische Befreiungskampf und alle, die sich mit ihm solidarisieren, in Deutschland Angriffen ausgesetzt, die es in dieser Form gegen keine andere Solidaritätsbewegung gab. Der deutsche Staat ist hier viel unmittelbarer beteiligt und in seinen eigenen Interessen berührt als in den früheren Vergleichsfällen, wo es um weit entfernte Kämpfe zwischen US-Interessen und Befreiungsbewegungen ging, und entsprechend deutlich ist seine Reaktion. Wer könnte sich wohl vorstellen, daß irgendwo legal ein Konto "Waffen für Kurdistan" eingerichtet würde, wie es das zu Beginn der 80er Jahre für El Salvadors FMLN gab?

Während also bei radikalen deutschen Linken insgesamt Mut und Entschlossenheit über die Jahre eher nachgelassen haben, müßten sie eigentlich im Falle Kurdistans mehr davon aufbringen als früher - die Schere klafft weit auseinander...

All diese Überlegungen könnten Anhaltspunkte für die unterentwickelte Solidarität der deutschen Linken mit dem Kampf in Kurdistan bieten, ohne damit Untätigkeit zu rechtfertigen. Denen, die sich damit nicht abfinden wollen, schlägt so oft Gleichgültigkeit entgegen, daß sie schon aus Stein sein müßten, wenn sie darüber nicht verbittert würden. Dennoch ist es wohl realistisch, davon auszugehen, daß eine starke Solidaritätsbewegung nur aus einer selbstbewußteren, gestärkten Linken hervorgehen kann. Dann würde sich weniger mit der politischen Distanz zur PKK beschäftigt und mehr mit den oft genug benannten Strukturen, Interessen und Personen in Deutschland, die für den Krieg des türkischen Staates gegen nahezu alle KurdInnen mitverantwortlich sind.



Hoch die internationale Solidaritätsbewegung...?

Zitate aus Texten zum Verhältnis der deutschen radikalen Linken zu Kurdistan



Der kurdische Befreiungskampf und die Linke in der BRD (von Jörg Hilbert, in: Kurdistan Report Nr.69, Juli 1994, S.29):

"Flüchtlinge sind auch handelnde und kämpfende Menschen, Subjekt im Kampf gegen den imperialistischen Status quo. Das haben die kurdischen MigrantInnen in Europa oft genug bewiesen. Doch in das Bild vom 'armen Flüchtling' passen keine Menschen, die kämpfen und das noch mit einer eigenen führenden Kraft - was bei vielen Autonomen auf besondere Skepsis stößt - an der Spitze. Hier ist eine direkte und persönliche politische Auseinandersetzung nötig, um eine wirkungsvolle Solidaritätsarbeit aufbauen zu können.

Die alte StellvertreterInnenpolitik muß aufgegeben werden, die MigrantInnen formulieren ihre Ziele selbst. (...) Es muß deutlich werden, daß die Nationale Befreiungsbewegung Kurdistans in der BRD eine eigene politische Größe darstellt, die im übrigen hier mehr Menschen mobilisiert als die gesamte deutsche Linke zusammen, mit der es sich auseinanderzusetzen gilt. (...) Hier wird keine blinde Solidarität gefordert, die jegliche kritische Auseinandersetzung mit den politischen Zielen der PKK verhindert. (...) Doch eine kritische Auseinandersetzung kann erst anfangen, wenn eine gewisse Kenntnis über die zu Kritisierenden erlangt wurde. (...) Doch es bleibt nicht zuletzt Teilen der Kurdistan-Solidaritätsbewegung geschuldet, daß die Linke in der BRD über die wirklichen Ziele des kurdischen Befreiungskampfes unterinformiert ist."

"Die Autonome Linke ist zur Zeit nicht dazu in der Lage, wirklich entscheidende Kämpfe für die Rechte des kurdischen Volkes zu führen. Allein schon deshalb muß sie akzeptieren,

daß sich die kurdische Befreiungsbewegung den Luxus des Linksradikalismus, nach den Autobahnblockaden von vielen Autonomen herbeigesehnt, nicht leisten kann. Die militante Initiative muß die Linke hier schon selber ergreifen. In Kurdistan geht es um mehr als um die Kneipengemütlichkeit der deutschen Linken, nämlich darum, den Völkermord zu beenden - konsequent und auch mit Bündnispartnern, die für den Klassenkampf in der BRD sicher keine akzeptablen Partner sind."

Radikal 151, Dezember 1994, S.9:

"Gerade eine (Autonome) Linke, die sich anscheinend begeistert auf jeden Kampf von ImmigrantInnen stürzt, läßt jene Organisation von ImmigrantInnen, die hier am offensivsten ihre Interessen auf die Straße trägt, allein im Regen stehen. Ihr Glück, daß sie uns nicht nötig haben...

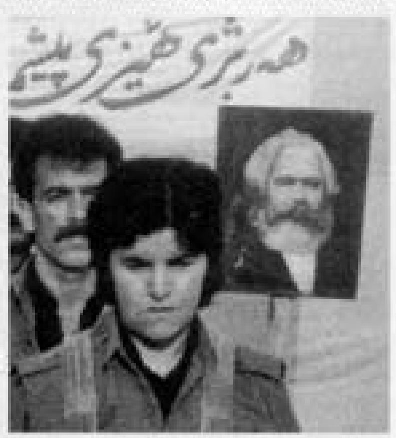
Es trägt einen Hauch von Rassismus in sich, wenn jener exotische Guerilla-Mythos des euphorischen Kämpfers im lateinamerikanischen Dschungel plötzlich in der Alltäglichkeit des kurdischen Nachbarn auf dem harten Boden des Realen landet."

"Den einzig gangbaren Weg sehen wir im Moment darin, die kurdischen GenossInnen in ihrem nationalistischen Konzept radikal zu kritisieren, ohne uns einfach abzuwenden. Vielleicht kann eine solche Diskussion denjenigen Kräften innerhalb der kurdischen Organisationen den Rücken stärken, die selber Probleme mit der patriotischen Ausrichtung haben. Ob sich ausschließlich nationalistische Strömungen durchsetzen, ist auch eine Frage des Kräfteverhältnisses.

Eine linke Kritik, die sich allerdings zur Bestätigung der aufrechten antinationalen Haltung damit zufrieden gibt, den völkischen Charakter der PKK hervorzuheben, um sich daraufhin selbstgenügsam urteilend wieder zurückzuziehen, verabschiedet sich von einem Stück internationaler Solidarität. Solange die Linke keine politischen und sozialen Alternativen zum 'Befreiungsnationalismus' aufzeigen kann, wirkt eine solche Haltung zynisch angesichts der Lebensbedingungen der Menschen in Kurdistan."

Rote Zora 24.7.95:

"Es ist uns ein Anliegen, die Passivität vieler Frauen- und linker Zusammenhänge gegenüber dem kurdischen Widerstand und der massiven Repression an den hier Zuflucht suchenden und den Widerstand unterstützenden KurdInnen aufzubrechen. Dieses Nichtverhalten wird oft mit Kritik an der Politik der PKK begründet. Mit der PKK kann frau sich nicht identifizieren - wir auch nicht -, und leider wird



Solidarität meistens von dieser Frage abhängig gemacht. Wir wollen hier über politische Solidarität diskutieren, die sich nicht länger an der Identifikation mit Befreiungsbewegungen oder der Distanzierung von ihnen mißt.

Über Identifikationen werden eigene Wünsche projiziert, sie versperren den Blick auf die realen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Sie sind keine tragfähige Basis für Solidarität. Im Gegenteil, sobald eine andere Realität hinter der Projektion sichtbar wird, ist es meistens Schluß mit der Soli.

Den Frauen in Kurdistan, die aus guten Gründen inner- oder außerhalb der PKK gegen ihre Unterdrücker und für umfassende Befreiung kämpfen, und vor allem vom türkischen Regime im Verein mit seinen imperialistischen BRD-Aufrüstern unterdrückten und bekämpften Menschen gehört unsere ungeteilte Solidarität.

Als in der BRD lebende Menschen müssen wir Verantwortung übernehmen und eingreifen, wenn wir den von hier massiv unterstützten und mitgeführten Krieg gegen die kurdischen Menschen nicht mittragen wollen.

Der Versuch, den Krieg in seinen gegen die Bevölkerung und gegen die Frauen gerichteten Dimensionen zu beschreiben, soll den auf die militärische Konfrontation zwischen PKK und türkischem Staat reduzierten Blick, der von herrschender Seite und den Medien wie auch von der PKK vorgegeben wird, aufbrechen."

"Die von der Gesellschaft getrennten Guerillastrukturen mit dem Schwerpunkt militärischer Gegenmacht gegen die türkische Armee machen eine Guerillaformation nötig, die sich ausschließlich gegen die 'FremdHERRschaft' richtet und infolgedessen ihre militärische Angriffe nur gegen die militärischen und polizeilichen Besatzerorgane ausführt. Damit wird die Bildung einer Guerilla verhindert, die sich an den sozialen, gegen Ausbeutung und patriarchale und rassistische Unterdrückung gerichteten Befreiungsinteressen orientieren könnte.

Auch wenn für viele Frauen in Kurdistan die Bildung einer eigenen Frauenarmee innerhalb der PKK als notwendiger und zu begrüßender Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung gesehen wird, ist das für uns keine Orientierung. Auch die Beteiligung oder eigene Frauenorganisation ändert nichts daran: die militärische und von den sozialen Kämpfen losgelöste Formierung bleibt einer der Stützpfeiler und Erneuerer des Patriarchats. Wir wollen den Mythos von der revolutionären Qualität des 'bewaffneten Kampfes' per se hier nicht unterstützen. Denn der 'bewaffnete Kampf' führt nicht durch seine militärische Ausrichtung und Bewaffnung zur Befreiung, sondern nur durch seine Verbindung mit den sozialen und gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung gerichteten Kämpfen.

Unsere Solidarität gilt v.a. den Frauen, die nicht bereit sind, in den Kämpfen ihre Forderungen nach einer befreiten Gesellschaft ohne Frauenunterdrükkung und ohne Ausbeutung den national-ethnisierenden Parolen zu opfern."

"Solidarnetze gibt es bisher nur in den Strukturen der MigrantInnen selbst. Nicht im 'Austausch', sondern im praktisch-solidarischen Verhalten werden sich unsere Kontakte zu KurdInnen entwickeln und können Fäden zu diesen Netzen gesponnen und verknüpft werden.

Der Krieg in Kurdistan hat zu einer Verschärfung nationalistischer Abgrenzungen der Menschen verschiedener Herkunft in der Türkei und auch hier

beigetragen. Im Zusammenkommen von kurdischen, türkischen und deutschen Frauen müssen wir darum kämpfen, diese Barrieren zu überwinden.
Ansätze für kritische praktische Solidarität können wir in den verschiedensten Formen von öffentlichen und subversiven Protest- und Aktionsformen umsetzen:
- für das Bleiberecht für ALLE: Aktionen zur Behinderung der staatlichen rassistischen Politik, gegen Abschiebungen und Abschiebeknäste, dafür Verantwortliche aus dem Schutz ihrer Anonymität reißen.
- daran sich bereichernde Firmen angreifen.
- Aktionen gegen Rassisten, Faschisten, Sexisten und Ausbeuter illegalisierter Billigstarbeit in der Bevölkerung (auch Frauen!).
- Soliaktionen gegen das Verbot der PKK und kurdischer Vereine. Praktisch alle Solidarnetze der KurdInnen sind von der Zerschlagung durch die bundesdeutsche Repression zusammen mit dem Parteiverbot betroffen. Für die ungehinderte und selbstbestimmte Organisierung der MigrantInnen.
- Tourismus ist eine moderne Form kolonialer Ausbeutung. Die Tourismusindustrie wirbt auch dieses Jahr wieder besonders für das 'Reiseland Türkei 95'. Aktionen zur Forderung 'Kein Tourismus in die Türkei' verbinden wir jedoch mit dem Ziel, die dikken Geschäfte der BRD-Konzerne zu behindern und nicht kleine türkische Reisebüros anzugreifen. Das Schweigen der PKK zu den gegen türkische MigrantInnen gerichteten Aktionen in diesem Frühjahr begünstigt die weitere rassistische und nationalistische Formierung in der BRD-Gesellschaft, insbesondere zwischen KurdInnen und TürkInnen. Das steht unseren Zielsetzungen grundsätzlich entgegen.
- die ökonomische und politische Zusammenarbeit zwischen BRD und Türkei behindern, von öffentlichem Protest bis zu Aktionen, die Firmen und PolitikerInnen für ihre blutigen Geschäfte zur Verantwortung ziehen."

Frauen zur ROTE ZORA Erklärung (radi 154, Juni 1996, S.42):

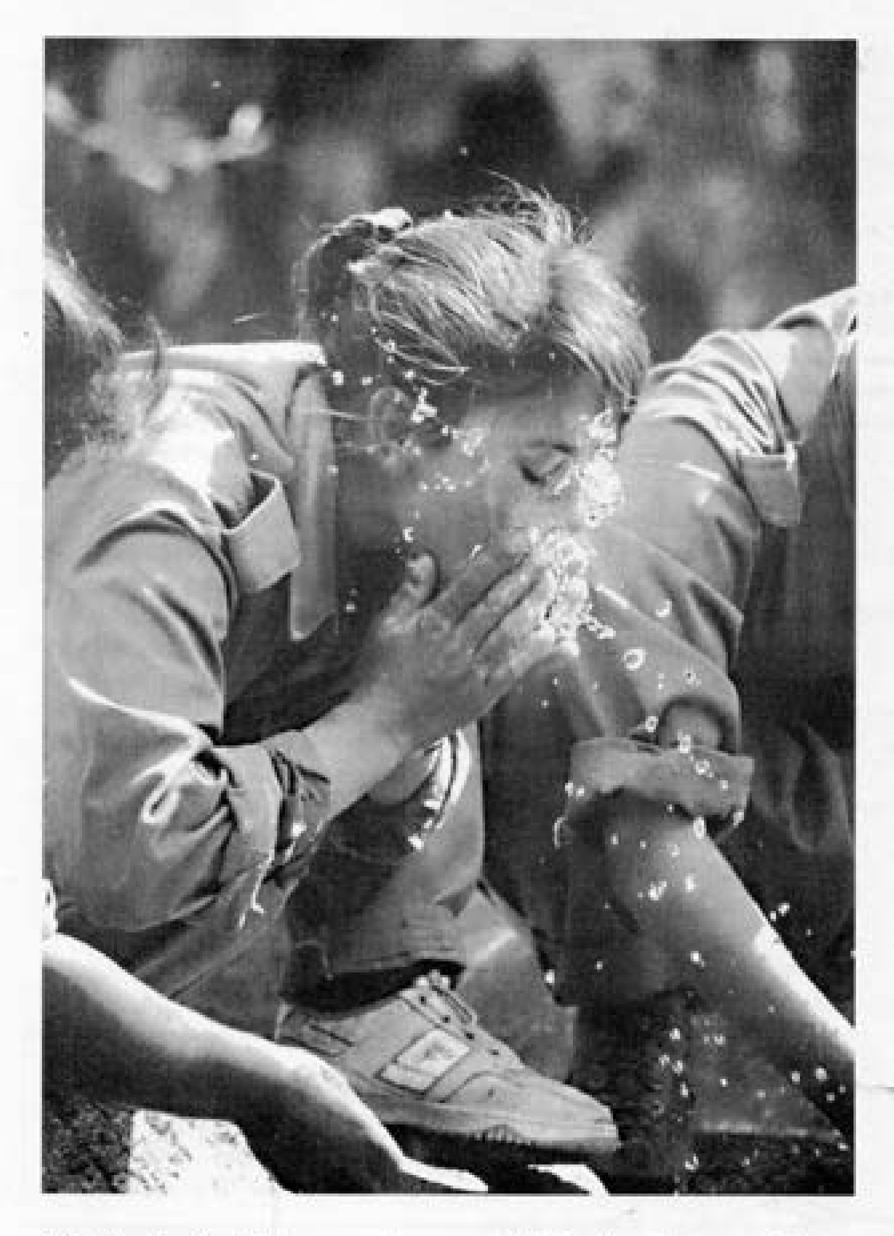
"1993 kündigten die Frauen der Roten Zora eine Veränderung ihrer politischen Orientierung und Bezugnahme an. In deren Mittelpunkt stellten sie die Situation von Frauen weltweit und deren unterschiedlichste Kämpfe: *'Unser primäres Interesse gilt den Frauen, ihren Kämpfen, ihren Positionen, auch innerhalb der Befreiungsbewegungen'*, heißt es in ihrem Grundsatzpapier.
Darin machen die Zoras eine Veränderung zu ihrem früheren internationalistischen Selbstverständnis fest, das von einem *'starken Loyalitätsverhältnis zu bewaffnet kämpfenden antiimperialistischen Gruppen und von einer Faszination der Befreiungsbewegungen gekennzeichnet war'*.



Die Bedeutung der Politik dieser Befreiungsbewegungen für emanzipatorische Kämpfe von Frauen - innerhalb oder außerhalb dieser Bewegungen - erscheint den Zoras gerade aus feministischer Sicht zu enttäuschend, als daß sie dazu weiterhin ein unkritisches Verhältnis einnehmen könnten. Zurecht bezeichnen sie die Begeisterung radikaler Frauen und Lesben gegenüber bewaffnet kämpfenden Gruppen und Bewegungen im Trikont als Mystifizierung der eigenen - unerfüllten - Wünsche nach radikalen Befreiungskämpfen. Sich selbst nehmen sie davon nicht aus.
Diese Kritik an der Metropolenlinken der 70er und 80er Jahre ist sicherlich zutreffend, und zwar gleichermaßen für linksradikale Männer und Frauen. Seit einiger Zeit, spätestens seit dem Zusammenbruch des Ostblocks, werden solche Mystifizierungen auf verschiedensten Ebenen hinterfragt, was wir für eine grundsätzlich positive Entwicklung linker Geschichtsaufarbeitung und Theoriebildung halten.
Die Rote-Zora-Frauen bleiben jedoch nicht stehen bei den Enttäuschungen, die die bisherigen Befreiungsbewegungen und nationalen Revolutionen (nicht nur) aus feministischer Sicht hervorgerufen haben. Im Gegenteil besticht die Lürßen-Erklärung weitgehend durch ein differenziertes, solidarisches und gleichzeitig kritisches Verhältnis zum kurdischen Befreiungskampf. Damit befinden sich die Frauen im krassen Gegensatz zu den meisten Metropolenlinken, die sich wegen ihres unklaren oder ablehnenden Verhältnisses zur PKK am liebsten gar nicht zum Krieg gegen die KurdInnen und auch nicht zu der Verfolgung kurdischer MigrantInnen in der Metropole verhalten wollen.
Die Sabotage der deutschen Kriegsunterstützung ist auf jeden Fall richtig, auch wenn die Zoras (wir ebenfalls) viele berechtigte Zweifel daran haben, was die PKK irgendwann einmal an tatsächlicher Befreiung (besonders der Frauen) in einem unanhängigen kurdischen Staat zulassen würde."
"Die Zoras haben in ihrer Broschüre 'Mili's Tanz' zurecht das von Mystifizierung und Projektionen geprägte Verhältnis zu trikontinentalen antiimperialistischen Befreiungskämpfen aufgegeben. Jetzt scheint es uns so, als würden sie dieses Verhältnis durch die Hintertür wieder hereinholen und es auf die 'weltweiten Frauenkämpfe' als ihren neu ausgemachten Bezugspunkt übertragen.
Die Bezugnahme auf Frauenkämpfe finden wir richtig. Wir kritisieren lediglich ihre Verklärung und Überbewertung. Warum brauchen wir schon wieder neue Projektionsflächen?
Diese Frage beantworten die Zoras gewissermaßen selbst in 'Mili's Tanz':
'Nur auf uns gestellt, müßten wir daran zweifeln, welche gesellschaftliche Kraft hier denn eine tragfähige Basis und breite Zustimmung für unseren Kampf abgeben könnte. Denn nur eine solche Sicherheit, getragen zu werden von den gleichen Hoffnungen und Kämpfen anderer, kann langfristig den Mut zum Widerstand lebendig halten.'"

Angst schützt vor Verfolgung nicht (ZAG - antirassistische Zeitschrift, Juli 95)

Vor sieben Monaten versuchte die Gruppe »K.O.M.I.T.E.E.«, mittels mehrerer selbstgebastelter Sprengsätze das im Bau befindliche neue Abschiebegefängnis in Berlin-Grünau in die Luft zu sprengen. Der Anschlag schlug



fehl. Zu den Einzelheiten verweisen wir auf die Erklärung des »K.O.M.I.-T.E.E.« hierzu.

Die öffentliche Reaktion der zum Komplex »Abschiebung« arbeitenden Gruppen, der antifaschistischen und antirassistischen Gruppen und Initiativen, sowie der Linken in diesem Land insgesamt hierzu war eher dürftig. Wir wollen mit diesem Artikel erreichen, daß die zu diesem Thema arbeitenden Gruppen Stellung beziehen bzw. zumindest öffentlich darüber sprechen, in welcher Form der Widerstand gegen die staatliche Abschiebungspraxis geführt werden soll.

Die Überlegung dazu ist, daß es hierbei wenig weiterhelfen wird, die in der Zeit nach dem versuchten Anschlag erfolgten Repressionsmaßnahmen seitens der Bundesanwaltschaft gebetsmühlenartig zu beklagen und die Gemeinheiten dieses Staates zu bejammern. Etwas anderes war ernsthaft nicht zu erwarten. Solidarisch zu diskutieren heißt vielmehr, sich insbesondere mit dem Anlaß der Aktion auseinanderzusetzen.

Aus internen Diskussionen ist bekannt, daß es innerhalb der Linken große Vorbehalte gegen diese Art von Widerstand gibt. Die Argumente reichen von »Die Zeit für solche Anschläge ist vorbei« über »Das bringt uns politisch nicht weiter bzw. in Mißkredit« bis hin zu »Damit wird verhindert, daß die Verhältnisse im Abschiebeknast, wie sie derzeit in der Kruppstraße bestehen, verbessert werden«. Daneben gibt es natürlich auch die »klammheimliche Freude« (die allerdings höchstens verschämt am WG-Frühstückstisch, also nicht-öffentlich geäußert wird und die Sorge darüber, daß diejenigen, denen eine Beteiligung an dem Anschlag vorgeworfen wird, möglichst nicht erwischt werden. Die beiden letztgenannten Positionen sind allerdings schon seltener zu finden.

Vor 20 Jahren war dies noch anders. Anfang der 70er Jahre gab es innerhalb der Linken vor allen Dingen keine Scheu, auch öffentlich über diese Art von Widerstand gegen eine als falsch erkannte staatliche Politik zu diskutieren.

Die zentralen Fragen heißen also:

1. Warum haben viele mit dieser Art von Widerstand gegen die Abschiebungspolitik dieses Staates Schwierigkeiten ?

2. Warum gibt es keine öffentliche Diskussion hierüber?

Die Beantwortung der ersten Frage hängt - so scheint es - eng mit der zweiten zusammen. Im Prinzip gibt es wenig dagegen einzuwenden, einen Knastneubau für Abschiebehäftlinge in die Luft zu jagen. Zum einen erfolgte die Aktion - anders als manche in den 70er Jahren - nicht losgelöst von den derzeit geführten Diskussionen. Seit der Wende ist das Engagement vieler in Antifa- und Antirassismusgruppen stetig größer geworden. Die Aktion kommt daher sozusagen aus der Mitte der derzeit wohl stärksten Bewegungen innerhalb der Linken. Der Gruppe ist von daher nicht vorzuwerfen, daß ihre Aktion völlig abgehoben von der derzeit stattfindenden gesellschaftlichen Diskussion durchgeführt bzw. versucht wurde. Nach der Erklärung des »K.O.M.I.T.E.E.« war außerdem die Gefährdung von Menschenleben ausgeschlossen. Es bleibt der Versuch, eine Baustelle in die Luft zu sprengen. Die Gruppe behauptet selbst nicht, mit der Aktion die Revolution einleiten zu wollen, sondern die staatliche Abschiebungspolitik behindern zu wollen. Wenn also selbst diese Aktion nicht dazu führt, daß sich militante und nichtmilitante Linke über deren Zulässigkeit verständigen könnnen, an welchem Punkt sollten sich beide Gruppen dann treffen?

Es ist festzustellen, daß es bereits Gruppen gibt, die sich längst außerhalb der bestehenden Gesetze ihre Handlungsmöglichkeiten zurückgeholt bzw. aufgebaut haben. Wenn Kirchengemeinden damit anfangen, Flüchtlinge, die abgeschoben werden sollen, zu verste-

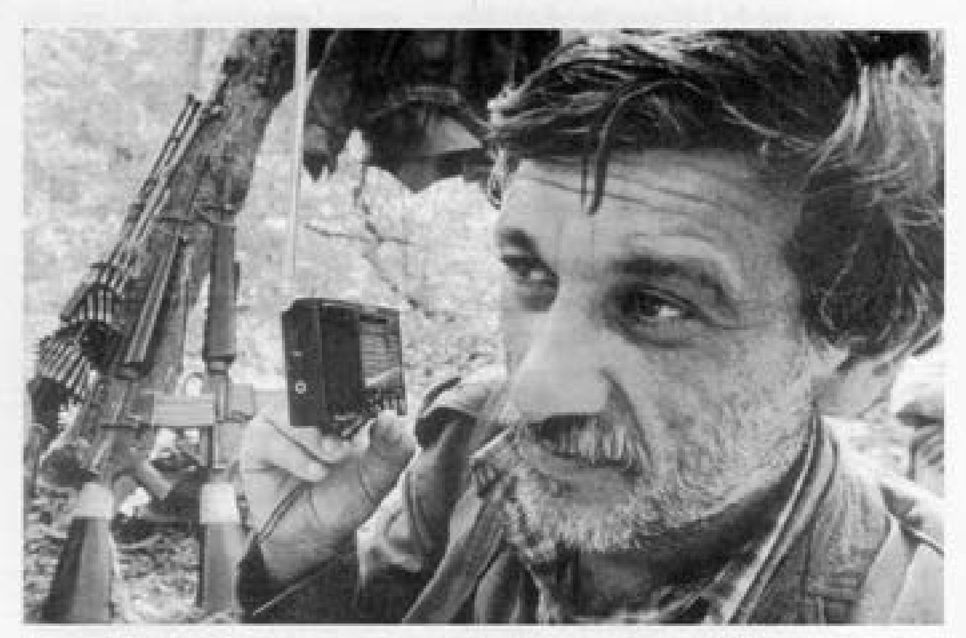
cken bzw. dem Zugriff der Staatsmacht entziehen, so haben sie sich bereits in die Illegalität begeben. Die zentrale Frage, die sich jede/r stellen muß, ist doch, wo der Konsens über den Umgang mit der staatlichen Flüchtlingspolitik liegt. Welche Formen von Protest und/oder Widerstand sollen erlaubt sein? Es liegt auf der Hand, daß der Staat jederzeit über die Möglichkeiten verfügt, Flüchtlinge abzuschieben. Auf der politischen Ebene ist es zudem nicht gelungen, die Änderung des Asylrechts und die damit einhergehende Flüchtlingspolitik zu verhindern. Wir müssen uns daher zwangsläufig die Frage stellen, wie Abschiebungen in Zukunft unmöglich gemacht werden können. Die Möglichkeiten des verbalen Protestes hiergegen sind weitgehend ausgeschöpft, weil sich der Staat hierdurch kaum beeindrucken läßt. Darüberhinaus zeigt gerade das Beispiel der im August abgeschobenen Sudanesen, daß auch auf der parlamentarischen Ebene die Möglichkeiten der Verhinderung von Abschiebungen nicht bestehen. Der Verzicht der GRÜNEN auf die aktuelle Stunde hat diesem Staat in fataler Weise propagandistisch in die Hände gearbeitet. Bleibt der zweifelhafte - weil individualistische - Weg des juristischen Geplänkels, der zwar mitunter einzelnen Flüchtlingen weiterhilft, aber keine politische Lösung des gesamten Problems beinhaltet. Flüchtlinge sind Menschen, die es aus den unterschiedlichsten Gründen vorgezogen haben, ihre Heimat zu verlassen und deren einziges »Verbrechen« darin besteht, sich ohne erforderliche Aufenthaltsgenehmigung in der BRD aufzuhalten. Sie haben in einem Gefängnis nichts zu suchen, denn Haft bedeutet Stigmatisierung. Es geht also nicht um schönere Knäste mit mehr Tischtennisplatten, sondern um die Abschaffung derselben. Damit keine Mißverständnisse entstehen: Ziel dieses Artikels ist nicht, Beifall für die Aktion einzufordern, sondern die eigenen Handlungsmöglichkeiten in bezug auf die staatliche Flüchtlingspolitik in der ganzen Bandbreite zu diskutieren.

Zur zweiten Frage: Vor ca. 20 Jahren hat der Staat damit begonnen, uns mittels der Keule der §§ 129 und 129a bestimmte Formen der Diskussion aufzuzwingen. Waren militante Aktionen bereits immer strafbar, so ist es seitdem auch die öffentliche Diskussion hierüber, weil jede/r schnell in den Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung geraten kann, wenn er/sie Verständnis für militante Aktionen äußert. Öffentliche Diskussionen über diese Themen sind deshalb angstbehaftet. Außerdem ist der Bezug von uns untereinander auf Aktionen anderer zur Zeit nur sehr schwach ausgeprägt. Die gegenwärtige Welle der Repression, insbesondere gegen die »radikal«, soll noch einmal klarmachen, daß der Staat bestimmte Diskussionen über die gegenwärtige Politik zu kriminalisieren gedenkt. Dies hat insbesondere einen zentralen Grund: Die BRD als mittlerweile zweitgrößter Waffenexporteur der Welt schickt sich an, Interessen in der sog. »Dritten Welt« auch militärisch zu verteidigen, denn es liegt auf der Hand, daß die Unterstützung der Türkei gegen kurdische Rebellen und die Entsendung von Tornado-Kampfflugzeugen nach Bosnien erst der Anfang sind. Dies wird zwangsläufig mit einer zunehmenden Repression nach innen einhergehen. Bereits im Vorfeld sollen die ärgsten Kritiker mundtot gemacht werden. Deswegen ist es wichtig, sich dem entgegenzustellen, indem öffentlich zu der Politik der BRD - und damit auch zu den militanten Aktionen hiergegen - Stellung bezogen wird. Es kann nicht angehen, daß wir uns von einer kleinen Bande korrupter Parteifunktionäre und drittklassiger Politiker vorschreiben lassen, worüber wir wie diskutieren und ob wir bestimmte Politikformen wie z.B. militante Aktionen gut oder schlecht finden.

Der Grad der Kriminalisierung und Repression zeigt, daß auch Unbeteiligte - z.B. weil sie die »falschen« Menschen kennen, weil sie ihr Auto an diesen oder jene verkauft haben oder sich zur falschen Zeit am falschen Ort aufgehalten haben -, mittels Rasterfahndung in den Verdacht geraten können, mit dieser oder jener Aktion irgendetwas zu tun zu haben. Völlig normale Dinge sind plötzlich imstande, einen Verdacht zu erregen. Die Angst, sich öffentlich zu äußern und sich damit staatlicher Repression auszusetzen, schützt offenbar nicht vor Verfolgung. Nur dann, wenn viele Menschen sich diesem staatlichen Diskussionsverbot entgegenstellen und Stellung beziehen, werden diese staatlichen Maßnahmen ins Leere laufen.

Dies sei hiermit eingefordert.

xy- ungelöst

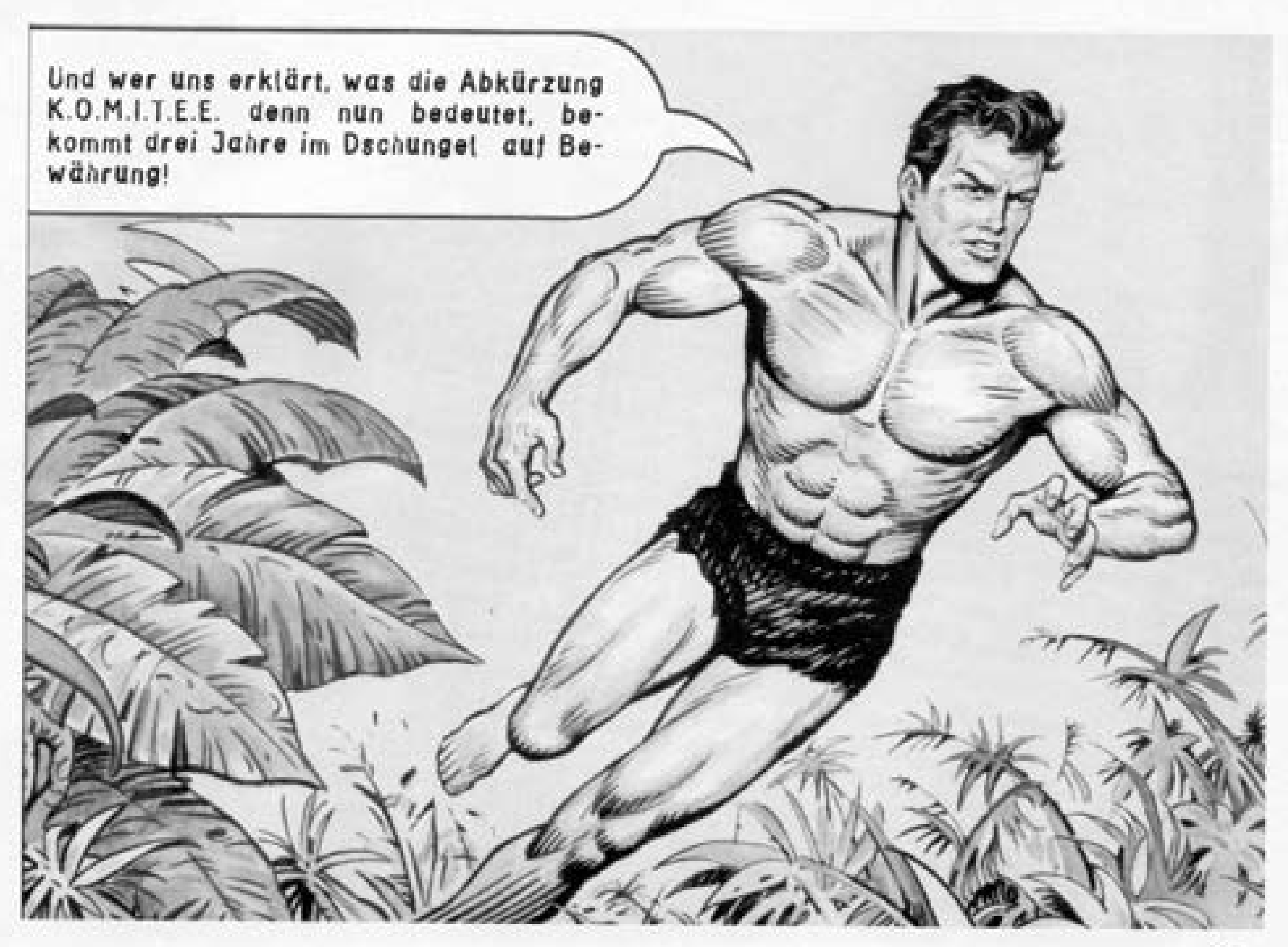


Ein PKK-Kämpfer lauscht den Ratschlägen der deutschen internationalistischen Linken...

Wie diese Broschüre zu lesen ist!

»Da dir dieses Papier so wichtig zu sein scheint, obowhl du seinen Inhalt bereits kennst, wird er mir erlauben, es zuvor einmal genau zu betrachten.«
Mein Verdacht hatte sich noch mehr gefestigt. Anstatt behoben zu werden, war er bereits zu einer bestimmten Vermutung geworden. Ich hielt das Papier mit seiner Fläche senkrecht zwischen das Auge und die Sonne; ich konnte nichts Auffälliges bemerken. Ich befühlte und beroch es, aber ohne Erfolg. Nun hielt ich es waagerecht so, daß ich die darauffalenden Sonnenstrahlen mit dem Auge auffing, und da endlich zeigten sich mir mehrere, allerdings nur einem scharfen Blick bemerkbare Stellen, die zwar mit der Farbe des Papiers beinahe verschwammen, aber dennoch die Gestalt von Schriftzeichen zu haben schienen.
»Du wirst das Papier nicht bekommen!« sagte ich zum Kaimakam.
»Warum nicht?«
»Weil es eine geheime Schrift enthält, die ich untersuchen werde.«
Er verfärbte sich.
»Du irrst, Effendi.«
»Ich sehe es genau!« Und um ihn zu versuchen, fügte ich hinzu: »Diese geheime Schrift wird zu lesen sein, wenn ich das Papier ins Wasser halte.«
»Tu es!« antwortete er mit sichtbarer Genugtuung.
»Du hast dich durch die Ruhe deiner Worte verraten. Ich werde das Papier nun nicht ins Wasser, sondern über das Feuer halten.«
Ich hatte es getroffen; das erkannte ich an dem nicht ganz unterdrückten Erschrecken, das sein zu offenes Gesicht überflog.
»Du wirst den Brief dabei verbrennen!« mahnte er.
»Trag keine Sorge! Ein Effendi aus dem Abendland weiß mit solchen Dingen recht wohl umzugehen.«....

(Karl May, Durchs wilde Kurdistan, Verlag Neues Leben, 1990, S. 69)



Literatur zum Thema Militante Linke...

- Besonders zu empfehlen ist die **„Schwarze Reihe" im ID-Verlag**, Berlin, (diverse Bücher u.a. zur Geschichte von Bewegung 2.Juni, RAF, RZ, Rote Zora, Brigate Rosse u.a.); das Verlagsprogramm findet sich in fortschrittlichen Buchhandlungen, direkt beim Verlagsversand (14059 Berlin Knobelsdorffstr.8) und im Internet unter http://www.txt.de/id-verlag
- Auswahlbibliographie von nicht im ID-Verlag erschienenen Büchern (Überwiegend entnommen aus dem Buch „Zwischenberichte", ID-Verlag, Berlin 1998):

Nanni Balestrini/Primo Moroni, **Die Goldene Horde**, Berlin 1994 (VLA/Schwarze Risse);
Nanni Balestrini, **Die Unsichtbaren**, München 1988 (Weissmann)
Nanni Balestrini, **Der Verleger**, Hamburg 1992 (VLA/Schwarze Risse)
Pieter Bakker Schut, **das info, briefe von gefangenen aus der raf** aus der diskussion 1973-1977, Kiel 1987 (Neuer Malik Verlag)
Der blinde Fleck. Die Linke, die RAF und der Staat, 1987 (Verlag Neue Kritik)
Der Blues, Gesammelte Texte der Bewegung 2.Juni, 2 Bände (vergriffen)
Peter Brückner, **Ulrike Marie Meinhof und die deutschen Verhältnisse**, Neuausgabe Berlin 1995 (Wagenbach)
Peter Brücner, **Über die Gewalt**, Berlin 1979 (Wagenbach)
Alberto Francheschini, **Das Herz des Staates treffen**, Wien 1990 (Europaverlag)
Christian Geissler, **Kamalatta**, Hamburg 1988 (Rotbuch)
Sean McGuffin, **Der Hund**, IRA-Roman, Neuauflage Hamburg 1997 (Nautilus)
Hess, Scheerer, Steinert u.a., **Angriff auf das Herz des Staates**, 2 Bände, Frankfurt/M. 1988 (Suhrkamp)
Mario Moretti, **Brigate Rosse**, Eine Italienische Geschichte, Hamburg/Berlin 1996 (VLA/Schwarze Risse)
AG Ohrwürmer, **Das Ohr auf die Schiene der Geschichte...** des bewaffneten Kampfes in der BRD, **Broschüre**, Stuttgart 1998 (Selbstverlag)
Rote Zora, **Mili's Tanz auf dem Eis**, Broschüre 1993(Selbstverlag)
Karl Heinz Roth, Fritz Teufel, **Klaut sie!** (Selbst-)Kritische Beiträge zur Krise der Linken und der Guerilla, Tübingen 1980 (iva-Verlag)
taz-journal 20 Jahre deutscher Herbst, Berlin 1997
Lutz Taufer, **Gedanken gegen die Mauern**, in: Odranoel, Hamburg 1992 (VLA)
Oliver Tolmein, **Ein Gespräch mit Irmgard Möller über bewaffneten Kampf und die Linke**, Hamburg 1997 (Konkret)
Oliver Tolmein, **Stammheim vergessen. Deutschlands Aufbruch und die RAF**, Hamburg 1992 (Konkret)
Klaus Viehmann, **Dino strike back**, in: „Arranca!" Nr.5, Berlin 1994
Inge Viett, **Nie war ich furchtloser**, Hamburg 1996 (Nautilus)

Literaturliste Kurdistan (kleine Auswahl)

-Bibliothek Fequiye Teyran: **Kurdologie**, Studien zur Sprache, Geschichte, Gesellschaft und Politik Kurdistans und der Kurdinnen und Kurden, Hrsg. Kurdistan-AG AStA FU-Berlin, Berlin
- M. van Bruinessen: **Agha, Scheich und Staat**, Politik und Gesellschaft Kurdistans, Edition Parabolis, Berlin 1989
- Gérard Chaliand (Hrsg.): **Kurdistan und die Kurden, Band 1**, Reihe pogrom, Göttingen 1988
- Günther Deschner: **Die Kurden, Das Betrogene Volk**, Ullstein Sachbuch 1991
- Brigitte Heinrich, Jürgen Roth: **Partner Türkei oder Foltern für die Freiheit des Westens?** rororo aktuell 1973
- H. Hinz-Karadeniz, Rainer Stoodt (Hrsg.): **Kurdistan - Politische Perspektiven in einem geteilten Land**, Focus-Verlag Gießen 1994
- Gedichte aus türkischen Gefängnissen 1980-1985: **... ich schreibe mit den Fingernägeln**, Zambon-Verlag, Frankfurt am Main 1986
- Ismet Cherif Vanly: **Kurdistan und die Kurden, Band 2**, Reihe pogrom, Göttingen 1986
- Ismet Cherif Vanly: **Kurdistan und die Kurden, Band 3**, Reihe pogrom, Göttingen 1988
- Karin Leukefeld: **„Solange noch ein Weg ist..."**, Die Kurden zwischen Verfolgung und Widerstand, Göttingen 1996

Bildnachweis * Wir entnahmen Bilder ohne freundliche Genehmigung unter anderem aus: Gerhard Gäbler, 100 Fotos für die Pressefreiheit - Stille Zeugen, 1997 * Berlin von außen, Neue Gesellschaft für Bildende Kun R. Maro, Kurdistan - Ein Fotobuch, Edition ID-Archiv, 1995 * Carla Solina, Der Weg in die Berge, Nautilus, Ha

Artikel, Texte und Interviews zum Thema Abtauchen/Flucht/Exil (in Klammern: Bezugsschwerpunkt)

- **„Anna und Arthur drücken die Augen zu"** - Aufarbeitungsbroschüre zum „Kaindl"-Fall, Berlin 1995
- **„Der Fall Kaindl - Daß Du dich wehren mu-t..."** Eine Nachbetrachtungbroschüre, Berlin 1995
- **„Friß und stirb trotzdem"**, Raul Zelik, Nautilus Verlag, Hamburg 1997 (Roman, „Kaindl"-Fall)
- **„Interim"**, Berlin, Nr.340, 20.7.1995; Nr.427, 10.7.1997; Nr.429, 7.8.1997 („K.O.M.I.T.E.E."-Verfahren); Nr.430, 21.8.1997 („radikal"-Verfahren); Nr.432, 18.9.1997 („K.O.M.I.T.E.E."-Verfahren)
- **„Junge Welt"**, 26./27./28.4.1996 („RoteZora/RZ"-Fahndung); 22.7.1996; 26.11.1996 („radikal"-Verfahren); 5.12.1996; 7./8.12.1996; 14./15.12.1996 („RAF"-Fahndung)
- **„Jungle World"**, Berlin, Nr.32/7.8.1997 („RAF"-Fahndung); Nr.24/10.6.1998; Nr.26/24.6.1998 („RoteZora/RZ"-Fahndung)
- **„Kassiber"**, Bremen, Febr./März.1996; April 1997; Juni 1997 („radikal"-Verfahren); Nr.35/Juni 1998 (Andrea Wolf)
- **„Konkret"**, Hamburg, Sept.1996 („RoteZora/RZ"-Fahndung); Jan.1997 („RAF"-Fahndung)
- **„radikal"** Nr.150, Juli 1994 („Kaindl"-Verfahren); Nr.153/2, Nov.1995 („Kaindl"-/"radikal"-/"K.O.M.I.T.E.E."-Verfahren)
- **„radikale Zeiten"** Nr.2, Jan.1996; Nr.3, Febr.1996; Nr.5, Juli 1996; Nr.6, Sept.1996 („radikal"-/"K.O.M.I.T.E.E."-Verfahren)
- **„ravage"**, Niederlande, Nr.223/Herbst 1996 („radikal"-Verfahren)
- **„Der Spiegel"**, Hamburg, Nr.50/1996 („RoteZora/RZ"-Fahndung)
- **„Swing"**, Rhein-Main-Info, Febr./MÑrz 1997 („K.O.M.I.T.E.E."-Verfahren)
- **„die tageszeitung"**, Berlin, 11./19./20.6.1998 („RoteZora/RZ"-Fahndung)
- **„ZAG - Zeitung antirassistischer Gruppen"**, Berlin, Nr.15/Juni-Aug.1995 (Illegalisierung); Nr.17/1995 („K.O.M.I.T.E.E."-Verfahren)

- Golmorad Moradi: **Ein Jahr autonome Regierung in Kurdistan**. Die Mahabad-Republik 1946-1947, Hochschule Bremen, Bremen 1992
- Ismail Besikçi: **Kurdistan, Internationale Kolonie**. ISP-Verlag, Frankfurt 1991
- Serdar Çelik: **Die Geschichte des 15. August, Zehn Jahre bewaffneter Befreiungskampf in Nordkurdistan**, Selbstverlag Erlangen 1995
- Serdar Çelik: **Morde an Journalisten in Kurdistan**. Bericht von Özgür Gündem und Yeni Ülke, Özgür Gündem/Europavertretung, Agri-Verlag, Köln 1993
- IPPNW, Ärztekammer Berlin, Genocide Watch (Hrsg.): **Kurdistan-Türkei, Medizin unter Kriegsbedingungen**, Verlag der Buchläden Schwarze Risse-Rote Straße, FFM Heft 3, Berlin-Göttingen 1996
- medico international (Hrsg.): **Menschenrechtsverletzungen in Nordwest-Kurdistan 1993**, nach den Berichten der Menschenrechtsvereine IHD, Frankfurt 1994
- Jürgen Roth: **Aufstand im wilden Kurdistan**, Baden-Baden 1977
- Lizzy Schmidt: **Wie teuer ist die Freiheit? Reportagen aus der selbstverwalteten kurdisten Region 1991-1993**, ISP-Verlag, pocket 56, Mai 1994
- Sabine Skubsch: **Die kurdische Frage und die deutsch-türkischen Beziehungen**, Diplomarbeit, PH Karlsruhe 1994
- Freie Frauenbewegung Kurdistan (Hrsg.): **Internationale Konferenz der Frauen aus Kurdistan zum Internationalen Frauentag 1993**
- **Kurdistan Report**, Informationsstelle Kurdistan Bonn
- Carla Solina: **Der Weg in die Berge**. Eine Frau bei der kurdischen Befreiungsbewegung, Hamburg 1997